Dienstag, 9. Oktober 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 237 - 41.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Wirtschaftskommission: Warschau wünscht nach Auskünften aus dem Auswärtigen Amt die Reaktivierung der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission, die Bonn nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen auf Eis gelegt hatte. Mit einer Entscheidung darüber sei allerdings nicht vor dem Warschau-Besuch Außenminister Genschers in der zweiten Novemberhälfte zu rechnen.

Ablehnung? Die Forderung der Grünen, die beiden Hanauer Nuklearfabriken Alkem und Nukem zu schließen, hat der Sprecher des Wiesbadener Wirtschaftsministeriums mit dem Hinweis auf die legale Arbeit der Unternehmen abgelehnt. Ministerpräsident Börner hingegen verweigerte bisher eine Stellungnahme. (S. 5)

Selbstschußanlagen: Die Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze werden nur abgebaut, wenn der Schutzstreifenzaun im „DDR"-Hinterland verstärkt worden ist, berichtet das Bundesgrenzschutzkommando Süd. Die Grenze werde damit nicht durchlässiger.

Tanker-Beschuß: Im Persischen Golf ist gestern ein unter liberianischer Flagge fahrender Öltanker südlich des iranischen Ölverladehafens Kharg vermutlich von iranischen Maschinen in Brand geschossen worden. Sechs Seeleute sollen getötet worden sein.

Terror-Aufruf: Der libysche Revolutionsführer Khadhafi hat die PLO zu Terroranschlägen gegen Jordanien aufgerufen. Er sagte, König Hussein müsse für die Entscheidung, zu Kairo wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen, bestraft werden.

Neuwahlen: In Australien soll am 1. Dezember zum sechsten Mal in neun Jahren wieder gewählt werden. Ministerpräsident Hawke begründete die Vorverlegung mit dem Wunsch, aus Kostengründen die Wahlen für das Abgeordnetenhaus und den Senat gleichzeitig abzuhalten.

Attentat: Ein Anschlag der „Zelle kommunistischer Kämpfer", die sich bereits in der vergangenen Woche zu Attentaten in Brüssel bekannt hatte, richtete erhebliche Schäden bei der US-Firma „Honeywell" in Brüssel an.

Rücktritt: Um Präsident Zuazo eine Kabinettsneubildung am Mittwoch zu ermöglichen, erklärte gestern die Regierung Boliviens ihren Rücktritt. Die Verteilung der Ressorts werde allerdings nicht wesentlich verändert.

Streik: Etwa 6500 griechische Tankstellenwärter protestieren mit einem zweitägigen Streik gegen das Handelsministerium, das eine Erhöhung des Anteils der Tankstellenbesitzer am verkauften Benzin abgelehnt hatte.

ZITAT DES TAGES



❞ Eine nationale und wirtschaftspolitische Aufgabe von hohem Rang, welche die Unterstützung aller verantwortungsbewußten Unternehmen, insbesondere aber Bundesunternehmen verdient, ist Berlin ❞

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg beim Vorständetreffen der Bundesbeteiligungen in Berlin
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Bundesunternehmen: Der Bund hat von 1970 bis 1982 für seine Unternehmen 4,2 Milliarden Mark mehr ausgegeben als eingenommen. Bundesfinanzminister Stoltenberg kündigte einen Kabinettsbeschluß zur Privatisierung von Bundesunternehmen noch in diesem Jahr an. (S. 11)

Bundesobligationen: „In Anpassung an die Marktentwicklung" werden nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums ab heute Bundesobligationen zu einem Preis von 100,4 Prozent mit einer Rendite von 7,15 statt 7,3 Prozent angeboten. (S. 11)

Einzelhandels-Umsatz: Der Einzelhandel in der Bundesrepublik setzte von Januar bis August 1984 nominal 3,2 Prozent und real 0,6 Prozent mehr um als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Börse: Auslandskäufe konnten zum Wochenanfang dem Aktienmarkt in der Bundesrepublik keine wesentlichen Anregungen geben. WELT-Aktienindex 156,1 (155,6). Am Rentenmarkt hat sich das Tempo der Zinssenkung deutlich verlangsamt. Dollar-Mittelkurs 3,0438 (3,0335) Mark. Goldpreis je Feinunze 341,60 (343,80) Dollar.

KULTUR

Musikalische Zusammenarbeit: Als Beispiel einer fruchtbaren künstlerischen Kooperation präsentierte Riccardo Chailly mit dem Radio-Symphonie-Orchester, der Frankfurter Kantorei und dem Freiburger Vokalensemble in der Berliner Philharmonie Verdis „Requiem". (S. 21)

Symposium: In Zusammenarbeit mit dem Institut für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv veranstaltet die Duisburger Universität bis zum 12. Oktober in der Evangelischen Akademie Arnoldshain (Taunus) ein Symposium zum Thema „Juden in der Weimarer Republik".

SPORT

Finanzen: Der Entwurf für den Sporthaushalt 1985 sieht 189 Millionen Mark vor, die von zehn Ministerien zur Verfügung gestellt werden sollen. (S. 19)

Tennis: Die deutsche Daviscup-Mannschaft erhielt bei der Auslosung des Wettbewerbs 1985 Spanien zum Gegner. Bei einem Sieg folgt ein Spiel gegen die USA.

AUS ALLER WELT

Razzien: Italiens Polizei hat gestern mit 147 Festnahmen in fünf Städten nach der Verhaftungswelle vor gut einer Woche erneut einen Schlag gegen das organisierte Verbrechen geführt. Nach weiteren 159 mutmaßlichen Mafiosi wird gefahndet.

Bußgeld-Erfolg: Rund 92 Prozent der Autofahrer in der Bundesrepublik benutzen nach den Ergebnissen einer repräsentativen Erhebung Sicherheitsgurte. Bei einer Zählung im März waren es nur 58 Prozent gewesen. Bundesverkehrsminister Dollinger begründete den Erfolg mit der Einführung des Bußgeldes.

Wetter: Regnerisch, aber mild. Zwischen 12 und 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

In Peking kommt Kohl beim Thema Wirtschaft zur Sache

50-Millionen-Kredit zu günstigen Konditionen / Bedeutung für Mittelstand

DW. Peking

Bundeskanzler Kohl will die Beziehungen zu Asien zu einem Schwerpunkt seiner Außenpolitik machen. In einer Tischrede am ersten Tag seines offiziellen Aufenthalts in Peking verwies Kohl gestern abend zugleich auf die Absicht der Bundesrepublik Deutschland, mit der Volksrepublik China auch finanzpolitisch zusammenzuarbeiten. Die deutsche Wirtschaft ist nach Kohls Worten zu einem weitreichenden Technologietransfer bereit, ein Thema, das in Peking auf großes Interesse stößt.

HERBERT KREMP, Peking

Bundeskanzler Kohl hat drei Gastgeschenke mit nach China gebracht: einen Entwicklungshilfe-Kredit von 50 Millionen DM, einen Funkübertragungswagen und 25 hochrangige Vertreter der deutschen Wirtschaft, die, entgegen den ursprünglich gemächlichen Plänen, bereits am ersten Tag des offiziellen Besuches Expertengespräche mit der chinesischen Seite aufgenommen haben. Der erste Besuch Kohls als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland erhält damit einen eindeutig wirtschaftlichen Akzent.

Helmut Kohl, am Sonntagabend in Peking eingeschwebt, wurde am Montagmorgen auf dem Tiananmen-Platz mit einer kleinen Militärparade und 19 Haubitzenschüssen vom chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Zijang begrüßt. Langsam machte der Morgendunst dem Kaiserwetter Platz, als Kohl, im Vergleich mit seinem Gastgeber wuchtig wirkend, fröhlichen Mädchenscharen zuwinkte, die am Rande des Gepränges vor der Großen Halle des Volkes Jubeltänze mit bunten Schleifen aufführten.

Der Ernst des Lebens begann sofort danach in den Konferenzräumen der Halle des Volkes und hielt den ganzen Tag über, einschließlich des opulenten Dinners am Abend, an. Kohl führte zwei Vier-Augen-Gespräche und ein Delegationsgespräch mit Zhao, an dem auch Wirtschaftsvertreter teilnahmen. Der Aufmarsch von 25 prominenten Vorstands-, Verbands- und Gewerkschaftsvorsitzenden aus der Bundesrepublik, die zum Teil schon an einem dreitägigen internationalen Wirtschafts-Symposion in Peking mitgewirkt hatten, erweckte bei den Chinesen starkes Interesse.

Entwicklungshilfeminister Warnke überreichte der chinesischen Regierung die Dokumente über den 50-Millionen-Kredit, der eine Laufdauer von dreißig Jahren besitzt, 2 Prozent Zinsen kostet und fünf Jahre tilgungsfrei vergeben wurde – dies sind sehr günstige Konditionen. Wie Staatssekretär Boenisch sagte, unternahmen die Regierungschefs in ihren Vier-Augen-Gesprächen eine Tour d'horizon, bei der nach bewährter chinesischer Art kein Weltproblem ausgelassen wurde. Das Interesse habe sich dann jedoch auf die Wirtschaft konzentriert, wo beide Seiten auf eine gedeihliche Zusammenarbeit hoffen.

Unter den handelspolitischen Vorhaben beansprucht der Vertrag zwischen dem Volkswagenwerk und chinesischen Automobil-Firmen über die gemeinsame Herstellung von Personenwagen und Motoren aktuellen Rang. Der unterschriftsreife Vertrag sieht die Produktion von wesentlich mehr als 20 000 „Santana" und

● Fortsetzung Seite 10

Möllemann-Nachfolge bleibt noch offen

Nach Rücktritt des FDP-Politikers Unklarheit über neuen Spitzenkandidaten für NRW

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten müssen sich für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 1985 einen neuen Spitzenkandidaten suchen. Gestern hat ihr Landesvorsitzender, der Staatsminister im Auswärtigen Amt Jürgen Möllemann, schriftlich *den Verzicht auf diese Position* mitgeteilt. Vorausgegangen war eine Sitzung der Bezirksvorsitzenden von Rhein und Ruhr am Sonntag in Bochum. Auf ihr hatte sich eine Mehrheit gegen Möllemanns Kandidatur gewandt.

Bis zum gestrigen Abend zeichnete sich nicht ab, wer jetzt die Partei in den Landtagswahlkampf führen soll. Im Umfeld einer Tagung von Präsidium und Bundesvorstand in Bonn wurde unter anderem spekuliert, ob der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, der Arnsberger Unternehmer Dieter-Julius Cronenberg, die Spitzenkanidatur übernehmen könnte. Genannt wurden aber auch der frühere Düsseldorfer Regierungspräsident Achim Rohde und Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer, die jedoch schon wiederholt eindeutig abgewinkt hatte. Der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende Rudolf Wickel meinte in einem WELT-Gespräch: „Auf jeden Fall muß es sich um einen Kandidaten handeln, der einen 'Apparat' zur Verfügung hat."

In der Spitze der Landespartei wird nicht damit gerechnet, daß vor der Vorstandssitzung am 15. Oktober, auf der das Wahlprogramm beschlossen werden soll, eine Entscheidung

SEITE 4:
Möllemanns Rechnung

getroffen wird. Nicht ausgeschlossen wurde, daß letztlich auf dem Wahlparteitag Mitte Dezember in Gütersloh doch noch Möllemann für dieses Amt nominiert wird. Er hatte in seiner Erklärung formuliert, daß er sich „nicht selbst" bewerben werde, „sondern mit dafür sorgen werde, daß ein Kandidat mit breitester Unterstützung nominiert werden kann".

Die Erklärung Möllemanns hatte FDP-Chef Genscher am Morgen im Präsidium verlesen. Nach den Worten von Generalsekretär Helmut Haussmann wurde es dort lediglich zur Kenntnis genommen. Haussmann bezeichnete die Art und Weise des Verhaltens von Möllemann als „richtig". Es sei „gut", daß es keine „lange, große Debatte" gegeben habe.

Die Sitzung der Bezirksvorsitzenden war nach Teilnehmern teilweise *chaotisch verlaufen*. Mehrere vorgeschlagene Alternativ-Kandidaten seien jeweils sofort abgelehnt worden. Möllemann sei „betroffen" gewesen und habe sich zunächst Bedenkzeit erbeten. Einmütigkeit hatte lediglich darüber bestanden, daß er weiter die Landes-FDP führen soll.

In seiner Erklärung äußerte er indirekt Kritik am Zustand der NRW-FDP und dem Umgang miteinander: Für ein „erfolgreiches Abschneiden" bei den Wahlen sei ein „möglichst hohes Maß an Geschlossenheit" der Partei eine der Voraussetzungen. Möllemann: „Das muß auch für die Unterstützung des Spitzenkandidaten gelten." Er gehe davon aus, daß die Führungsgremien auf allen Ebenen sich „jetzt solidarisch engagiert mit der Vorbereitung der Landtagswahl beschäftigen".

Kreml entläßt hohe Funktionäre

Kampagne gegen Korruption verschärft / „Amtsmißbrauch und Verletzung der Parteimoral"

DW. Moskau

Wegen „Amtsmißbrauchs und grober Verletzung der Parteimoral" sind nach einer Meldung der Parteizeitung „Prawda" der Erste Vizeminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung, Pawel Falalejew, und sein Stellvertreter Arnold Stanislawow ihrer Ämter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen worden. Die Veröffentlichung in der „Prawda" soll nach Ansicht westlicher Beobachter offenbar die Ernsthaftigkeit des Aufrufs von Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko aus der vergangenen Woche unterstreichen, energisch gegen Bestechung, Schiebereien und Veruntreuung sozialistischen Eigentums vorzugehen (WELT v. 6./7. 10.).

Neben Falalejew und seinem Stellvertreter wurden auch der Direktor eines Bauunternehmens „wegen versuchter Einmischung in die Untersuchungen" dieser Affäre und ein örtlicher Parteifunktionär „wegen Beschützung der Verbrecher" aus der Partei ausgeschlossen. Die Schuldigen hätten „jahrelang sozialistisches Eigentum gestohlen", hieß es in der „Prawda".

Mehrere hohe Parteifunktionäre der Sowjetrepublik Georgien sind öffentlich kritisiert worden, weil sie, wie es heißt, ihren Kindern alles erlaubten und bei ihnen eine Anspruchshaltung sowie religiöse Gebräuche begünstigten. Der Kampf gegen die Konsumhaltung und die Frührentnerideologie werde bisher zu schwach geführt, berichtete die „Prawda" am gleichen Tag. Dadurch würden „apolitische Egoisten" herangezogen, die vom Gemeinschaftswohl profitieren wollten, ohne eine Gegenleistung zu erbringen.

Nach sowjetischen Angaben soll der Parteichef Georgiens, Eduard Schewardnadse, die Unterzeichner einer Petition, die die Begnadigung von vier zum Tode verurteilten Luftpiraten, Kindern einflußreicher Familien, erbat, zur Zurücknahme ihres Gesuchs aufgefordert haben. Zu den Unterzeichnern der Begnadigungspetition gehörten unter anderem Abgeordnete des Obersten Sowjets.

Der Aufruf Tschernenkos sowie die Veröffentlichungen in der „Prawda" deuten darauf hin, daß die sowjetische Führung entschlossen ist, der ausufernden Korruption und Vetternwirtschaft, besonders in Parteikreisen, ein Ende zu bereiten. Nach der Wahl Tschernenkos zum Nachfolger des verstorbenen Parteichefs Andropow im Frühjahr war zunächst der von Andropow eingeleitete Feldzug gegen Korruption und für eine höhere Disziplin verebbt. Es wurde deutlich, daß Tschernenko und der von ihm vertretene Flügel einen nachsichtigen Kurs gegenüber den Parteifunktionären steuerten. Die in letzter Zeit zunehmende Korruption sowie Disziplinlosigkeit innerhalb der KPdSU haben offenbar nun ein energisches Vorgehen nötig gemacht.

Andreotti im Kreuzfeuer der Kritik

Der Sozialdemokrat Longo hält dem Außenminister „prosowjetische Politik" vor

DW. Rom

Der italienische Außenminister Andreotti wird jetzt auch aus dem Regierungslager immer stärker kritisiert. Vor allem Politiker der Sozialdemokraten und der Liberalen arbeiten offensichtlich auf einen Rücktritt des christdemokratischen Politikers hin oder fordern zumindest neue Koalitionsabsprachen zur Außenpolitik des Fünf-Parteien-Kabinetts. Andreottis politischer Kurs ist ihnen *zu sehr pro-östlich orientiert.*

Sozialdemokraten und Liberale, die zusammen sieben Prozent der italienischen Wähler vertreten, beziehen sich dabei nicht auf die Vorwürfe gegen Andreotti wegen seiner früheren Freundschaft mit dem Mafia-Bankier Sindona. Sie warfen dem Christdemokraten vielmehr vor, er betreibe eine Außenpolitik, die zu stark die Interessen der Araber vertrete und zu konziliant gegenüber der UdSSR und anderen Ostblockländern sei. Symptomatisch dafür ist die Bemerkung des Sozialdemokraten-Führers Longo über eine „prosowjetische Politik" Andreottis. Die vom Außenminister in den vergangenen zwölf Monaten getroffenen Entscheidungen, so Longo, stünden „deutlich im Gegensatz zu den Entscheidungen Italiens gegenüber der atlantischen und westlichen Gemeinschaft".

Longo führt in seiner Erklärung mehrere Fälle an, in denen Andreotti das „Lob der KP der UdSSR" zuteil wurde. Der Sozialdemokrat sprach zugleich von einer „Gefälligkeit gegenüber den mit Moskau verbündeten arabischen Ländern und dem internationalen Terrorismus", besonders libyscher Prägung. Longo forderte in seiner Stellungnahme nicht ausdrücklich den Rücktritt Andreottis.

Auch die Spannungen mit Bonn wegen der umstrittenen Äußerungen des italienischen Außenministers gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands spielen in der derzeitigen Auseinandersetzung eine Rolle. Die Führung der Christdemokraten stützt weiterhin den Minister und betrachtet Angriffe gegen Andreotti als „Aggression gegen die Democrazia Cristiana". Der sozialistische Regierungschef Bettino Craxi hat bisher eine direkte Stellungnahme zu dem Koalitionsstreit über die Person und die Politik des Außenministers vermieden.

In der vergangenen Woche war in der Abgeordnetenkammer ein Sturz Andreottis nur knapp vermieden worden. Die Kommunisten enthielten sich der Stimme. Inzwischen haben aber auch sie offen Kritik an dem christdemokratischen Politiker geäußert, die in der Forderung nach seinem Rücktritt gipfelte.

Andreotti hatte am vergangenen Samstag zum Fall Sindona erklärt, die Attacken seien von Personen, die seine Außenpolitik ablehnten, provoziert worden.

Seite 2: Fuchs in Deckung

DER KOMMENTAR

Bauchlandung

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Auf Umwegen befand sich Jürgen Möllemann schon seit dem Tag, an dem er seinen politischen Karriere-Ehrgeiz von Bonn nach Düsseldorf verlegte. Nun ist ihm auch Düsseldorf vermasselt. Dort wollte er nach der Landtagswahl im Mai 1985 als erfolggekrönter Spitzenkandidat der FDP in das Parlament Nordrhein-Westfalens einziehen. Doch die Untergliederungen der Landes-FDP trauen ihm den Wahlerfolg nicht zu. So erklärt es sich, daß Möllemann nicht mehr nach der Spitzenkandidatur greift.

Gleichwohl will er Landesvorsitzender der Freien Demokraten bleiben. Vielleicht dauert es noch ein Weilchen, bis Möllemann soweit ist, sich diese Frage redlich zu beantworten: In welcher Position befindet sich ein Landesvorsitzender, den die Mehrzahl der Bezirke nicht als Spitzenkandidaten haben will?

Die Wahrheit ist doch, daß der forsche junge Mann Genschers im stärksten Landesverband der FDP alle Querelen auf sich gezogen hat. Insoweit ist er auch ein Opfer derjenigen aus den eigenen Reihen, die am liebsten mit dem Dolch im Gewande spielen.

Kommt hinzu, daß Möllemann sich vorgenommen hatte, bei der Landtagswahl die Sieben vor dem Komma zu schaffen. Das Ergebnis der Kommunalwahlen vom 30. September mag da so manchen „Parteifreund" nachdenklich gestimmt haben. Möllemann rühmt die erreichten 4,8 Prozent, die sich auf den ersten Blick auch ganz hoffnungsvoll ausnehmen, weil die FDP sich bei einer Landtagswahl – und erst recht bei einer Bundestagswahl – ein besseres Resultat ausrechnen kann, jedenfalls ein Resultat jenseits der Fünf-Prozent-Barriere. Leider bleibt der zweite Blick bei der Wahlbeteiligung hängen, und die betrug am 30. September nur knapp 66 Prozent. Die Erfahrung lehrt, daß die kleinen Parteien bei niedriger Wahlbeteiligung unverhältnismäßig gut abschneiden, und eben das dürfte die meisten FDP-Bezirke nervös gemacht haben.

Wie an ihrer Bundes-Spitze, so hat die FDP auch an ihrer Landes-Spitze in Nordrhein-Westfalen die Führungsfrage nicht wahlsiegträchtig beantwortet. Was Möllemann betrifft, so hatten Skeptiker in dieser Hinsicht ohnehin ihre Zweifel. Das geht weniger auf Magazin-Veröffentlichungen als auf die Tatsache zurück, daß ein deutscher Politiker, der auf Fotos in vertrauter Gebärde mit Arafat zu sehen ist, bei den weitaus meisten Bürgern nicht auf Sympathie stößt. Ein Lobbyist der „Palästinenser" und der Araber gilt vielen Wählern nicht als das Ideal eines Parteiführers.

Unternehmen des Bundes steigern Berlin-Aufträge

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesbeteiligungen haben einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung Berlins geleistet, erklärte Finanzminister Gerhard Stoltenberg gestern beim Vorständetreffen der Bundesunternehmen. Ihre Berlin-Aufträge seien von 1974 bis 1983 von 221 auf 571 Millionen Mark oder um 159 Prozent gestiegen. Dem Berliner Senat bescheinigte er, in den vergangenen Jahren wesentliche Voraussetzungen geschaffen zu haben, Berlin als Standort für Industrie und Dienstleistungsgewerbe interessanter zu machen.

„Berlin ist dabei, wieder ein Zentrum freier und erfolgreicher Lehre und Forschung sowie der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis zu werden", betonte Stoltenberg. Wenn jetzt wieder die Zuversicht bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin überwiege, so hätten hierzu maßgeblich auch die Berliner Wirtschaftskonferenzen mit dem Bundeskanzler im Dezember 1982 und im Juni 1984 beigetragen. Der Bund werde seine Verantwortung für Berlin auch weiterhin wahrnehmen.

Stoltenberg bescheinigte den Bundesbeteiligungen in einer für viele schwierigen Zeit eine „respektable Ausbildungsleistung". Die Zahl der Auszubildenden habe sich im vergangenen Jahrzehnt auf knapp 20 000 verdoppelt. Öffentliche und private Unternehmen müßten bereit sein, der Jugend zu beweisen, daß eine Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung dieses Problem lösen könne.

Seite 11: Der Appell hatte Erfolg

Erzbischof Runcie greift Thatcher an

DW. London

Das geistliche Oberhaupt der anglikanischen Kirche, Erzbischof Robert Runcie, hat die konservative Regierung von Premierministerin Margaret Thatcher wegen ihrer Haltung im Bergarbeiter-Streik scharf angegriffen. In der Tageszeitung „The Times" erklärte der Erzbischof von Canterbury, die Regierungspolitik fördere soziale Ungerechtigkeit und trage so Mitverantwortung für die Gewalttätigkeiten während des seit sieben Monaten andauernden Arbeitskampfs. Politiker der Konservativen Partei, die heute in Brighton ihren Parteitag eröffnet, wiesen die Vorwürfe zurück.

„Wir brauchen in unserem Leben als Nation Führung, die das Land eint und nicht spaltet", erklärte Runcie. Er kritisierte zwar auch die Militanz auf seiten der streikenden Kumpel, fügte jedoch hinzu: „Wenn man die Leute wie Abschaum behandelt ... und die Atmosphäre mit ständigen Zurechtweisungen vergiftet, dann hat das auch erhebliche Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit physischer Gewalt."

Die konservative Parteiführung reagierte zunächst nicht auf den Angriff des *Oberhauptes* von *rund* 60 Millionen Anglikanern in aller Welt, das sich üblicherweise an der tagespolitischen Diskussion nicht beteiligt. Parteitagsdelegierte zeigten sich jedoch sehr befremdet: „Gedankenlose Bemerkungen des Erzbischofs verschlimmern die Lage nur noch weiter", erklärte der Parlamentsabgeordnete Anthony Beaumont-Dark.

Seite 10: Tories deutlich vorn

Carrington fordert stärkere konventionelle Rüstung

NATO soll von atomarer Abschreckung unabhängiger werden

DW. London

NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat in einem Interview mit dem britischen Fernsehen verstärkte Anstrengungen im Bereich der konventionellen Rüstung gefordert. Gleichzeitig betonte er, daß dieses Bemühen die Rüstungsausgaben der 16 NATO-Mitgliedstaaten in die Höhe treiben würde. „Diejenigen, die sich entschieden gegen Atomwaffen aussprechen, scheinen nicht die Realität sehen und den logischen Schluß ziehen zu wollen, daß dies zu höheren und nicht etwa zu geringeren Rüstungsausgaben *führt*", erklärte der Politiker.

Die nukleare Verteidigung sei billiger. Er sei jedoch überzeugt, daß die NATO mehr tun müsse, um die konventionelle Rüstung auszubauen. Carrington nahm in dem Interview zu wiederholten Forderungen aus Kreisen des westlichen Verteidigungsbündnisses vor allem von seiten des europäischen NATO-Oberbefehlshabers General Bernard Rogers Stellung. Danach müßte die Abhängigkeit der NATO von atomarer Abschreckung verringert werden. Vor allem in Europa sei ein Ausbau des konventionellen Rüstungspotentials erforderlich.

Zum Stand der Ost-West-Beziehungen sagte Carrington, wer von der jüngsten Begegnung zwischen US-Präsident Reagan und dem sowjetischen Außenminister Gromyko einen Durchbruch im Verhältnis der Supermächte erwartet hätte, lebe in einer „Welt der Phantasie". Es werde noch sehr lange Zeit in Anspruch nehmen, *zwischen den Supermächten* Vertrauen zu schaffen.

Der NATO-Generalsekretär sprach sich entschieden gegen das Votum der oppositionellen Labour Party auf deren Parteitag in der vergangenen Woche aus, Atomwaffen von britischem Boden zu verbannen. Wenn sich andere westeuropäische Bündnispartner eine solche Politik zu eigen machten, würde das „das Ende der NATO" bedeuten, sagte Carrington.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Barings Einblicke

Von Enno v. Loewenstern

Es ist schwer zu verstehen, wie der Zeithistoriker Arnulf Baring zu seiner bizarren Diagnose kommt, es gebe eine „Identifizierung der Bevölkerung mit diesem Regime" (der „DDR"); ja, obwohl man die Forderung des Regimes nicht akzeptiert, Sozialisten zu sein – „man identifiziert sich aber trotzdem, etwa auch mit dem Staatsratsvorsitzenden, ist durchaus gekränkt über das, was Herr Dregger sagt".

Und zwar, „weil durch die gemeinsame Geschichte und die gemeinsame – da würde ich fast sagen: – Verantwortungs- oder Schicksalsgemeinschaft, die diese DDR-Bürger nun einmal getroffen hat, als diejenigen, die den Zweiten Weltkrieg stärker ausbaden müssen, als der Rest der Deutschen das mußte – da etwas entsteht, was das Regime gar nicht voll wahrnimmt, auch nicht anerkennt, aber doch wesentlich zu seiner Anerkennung in der Bevölkerung, glaube ich, beiträgt."

Also: Honecker weiß gar nicht, wie sehr man ihn liebt. Und zwar ausgerechnet wegen der Ausbeutung und Ruinierung des Landes durch die Sowjets, deren Handlanger Honecker war und ist. Das erzählt Professor Baring den fassungslosen „DDR-Bürgern" (recte: deutschen Staatsbürgern in der „DDR") über den Deutschlandfunk. So weit ist nicht einmal Gaus mit seiner „Nischen-Gesellschaft" gegangen.

Sehen wir einmal von der jüngst im ZDF-Magazin besprochenen Umfrage unter Mitteldeutschen ab, die eine Dreiviertelmehrheit für die Wiedervereinigung erbrachte: Barings Zuhörer drüben fragen sich natürlich, wieso angesichts dieser angeblichen Identifizierung mit dem Honecker-Regime die Mauer noch steht. Woher die Hunderttausende Ausreiseanträge und die immer neuen Fluchtversuche kommen, warum nicht wenigstens ein Minimum an Wahl- und Meinungsäußerungsfreiheit gewährt wird, wenn die Leute schon auf Honeckers Seite stehen. Nur, weil das Regime so dumm ist, daß es das „gar nicht voll wahrnimmt"?

Politisch mag ja Baring den Kreisen nahestehen, die gegen Wiedervereinigung sind – das muß jedermann mit sich und seinem Gewissen ausmachen. Aber mit solchen Diagnosen setzt er obendrein seinen Ruf als Wissenschaftler aufs Spiel.

Börners grünes Elend

Von Dankwart Guratzsch

In Hessen deuten alle Zeichen darauf hin, daß es mit der Gemütlichkeit im rot-grünen Bündnis vorbei ist. Dabei geht die Bedrohung der Regierung Börner gar nicht so sehr von seinen damaligen Verhandlungspartnern aus, sondern von der grünen „Basis", die jetzt die „Einlösung" der schriftlichen Vereinbarungen auf Punkt und Komma fordert.

Es zeigt sich nun, daß die von Börner akzeptierte Sprache dieser Vereinbarungen nicht nur ihm Möglichkeiten zur Interpretation läßt, sondern in den Ausdeutungen seiner Bündnispartner zum Erpressungsinstrument werden kann. Nichts anderes hatten CDU und FDP vorausgesagt.

Beim Streit um die von den Grünen geforderte Stillegung der sogenannten Atomfabriken in Hanau geht es indessen keineswegs nur um ein hessisches Sonderthema. Die Firmen Alkem und Nukem versorgen heute rund achtzig Prozent der Atommeiler in der Bundesrepublik mit nuklearem Brennstoff. Darüber hinaus beliefern sie mehr als dreißig Reaktoren im Ausland. Ähnlich wie in der Sicherheits- und in der Ausländerfrage, sind also auch hier Fragen von nationalem Rang berührt. Das Beispiel zeigt erneut, wie gefährlich nahe und wie fahrlässig sich Börner mit den rot-grünen Vereinbarungen an den Rand einer Verletzung dieser Belange begeben hat.

Selbst wenn sich die Landesregierung in dieser Frage am Ende hinter der Auftragsverwaltung des Bundes verschanzen könnte, haben die Grünen Vorwände genug, um Börner den Bruch anzudrohen. Die Versuchung dazu ist nach dem Ausgang der jüngsten Wahlen in Nordrhein-Westfalen groß.

Bei neuen Landtagswahlen in Hessen rechnen sich die Grünen heute nämlich beträchtliche Stimmengewinne aus. 1983 waren sie hier nur auf 5,6 Prozent der Wählerstimmen gekommen. „Mehr kriegen wir bei Neuwahlen allemal", war auf der Landesmitgliederversammlung in Mainhausen beinahe einhellige Meinung. Eine „große Koalition der Hampelmänner der Atommacht", frohlockte der Bundestagsabgeordnete Joschka Fischer, würde die grünen Wahlchancen sogar noch verbessern. Börners Bündnisziel und -rechtfertigung, den Grünen die Wähler abzunehmen, scheint in weite Ferne gerückt.

Fuchs in Deckung

Von Friedrich Meichsner

Ein Fuchs schien in seinem Bau aufgestöbert und umstellt. Das war der erste Eindruck, als Italiens Radikale Partei im Parlament eine Geheimabstimmung über ihre Forderung nach Rücktritt des christdemokratischen Außenministers Giulio Andreotti wegen angeblicher Verfilzungen mit dem Mafia-Bankier Michele Sindona erzwang und die Kommunisten durch ihre Stimmenenthaltung den Minister retteten.

Noch verhüllt der aufgewirbelte Staub den Blick auf den Kern. Unübersehbar sind jedoch zwei Fakten: 1. Die KP hätte Andreotti stürzen können, sie hat es nicht getan. 2. Die Kommunisten haben nach der Parlamentsabstimmung ihre eigene Forderung nach Rücktritt Andreottis präsentiert. Panne oder Berechnung? Manches spricht für Berechnung.

Vielleicht hat die KP mit ihrer scheinbar widersprüchlichen Taktik dreierlei bewirken wollen: Andreotti zu verpflichten und ihm gleichzeitig klarzumachen, wie sehr er von ihrem Wohlwollen abhängt; die Democrazia Cristiana zu zwingen, ihren Parteifreund geschlossen zu verteidigen; die Koalitionspartner der DC, die Andreottis von der KP applaudierte Seiltänzereien zwischen Washington und Moskau, zwischen Israel und der PLO mit wachsendem Argwohn verfolgen, vor die Wahl zu stellen, entweder diese Politik weiter hinzunehmen oder aber eine offene Auseinandersetzung mit der ganzen DC und damit die Regierungskrise zu riskieren.

Wenn dies die Absichten der KP gewesen sein sollten, wurde das Ziel zumindest in der DC erreicht. Sie errichtete eine Schutzmauer um ihren Minister. Und innerhalb der Koalition sind zwar Forderungen nach einer außenpolitischen „Verifizierung" laut geworden, der sozialistische Ministerpräsident Craxi aber hält seinem Außenminister nolens volens die Stange, weil er weiß, daß es letztlich um sein eigenes Überleben als Regierungschef geht. Wahrscheinlich würde er sogar im Fall einer Formalisierung des kommunistischen Rücktrittsantrags die Vertrauensfrage stellen, um das Regierungslager geschlossen zur offenen Pro-Andreotti-Abstimmung zu zwingen.

Der Fuchsbau, so scheint es bei genauerem Hinschauen, hat heute eher noch mehr freie Ausschlüpfe als gestern.



Garantiert frei von Verantwortung! KLAUS BÖHLE

Die strahlende Abwehr

Von Adalbert Bärwolf

Die größte technologische Schlacht der Weltgeschichte hat begonnen. Das Schlachtfeld sind die Laboratorien und Prüfstände in den Wüsten und im Vakuum. Das Ziel: Mit nichtnuklearen Mitteln der Defensive sollen die nuklearen Gefechtsköpfe ballistischer Interkontinentalraketen der Offensive ausgeschaltet werden.

Gelänge dies, lägen die Waffen, die bislang ohne Gegenwehr die gegenseitige nukleare Vernichtung garantieren, auf dem Schrotthaufen der Technik. Die nukleare Strategie stünde kopf. Und das Land, das als erstes über Einsatzreife der immateriellen Waffen verfügte, die lichtgeschwinde jeden materiellen Körper zerstören, könnte die andere Seite als mildesten Ausdruck seiner weltstrategischen Dominanz zum Verhandlungstisch bitten.

Es ist undenkbar, daß am Ende der technologischen Schlacht dies nicht die Vereinigten Staaten von Amerika wären.

Als Präsident Reagan am 23. März 1983 seine berühmte „Star Wars"-Rede hielt, war dies nur eine bemerkenswerte Rede gewesen. Es gab kein Programm. Und es gab keinen Programmdirektor. Heute gibt es ein „Crash"-Programm. An der Spitze dieses Programms der sogenannten strategischen Verteidigungsinitiative steht einer der brillantesten Militärmanager Amerikas. Die Kassen sind offen. In dem am 1. Oktober in den USA begonnenen Finanzjahr 1985 werden 1,6 Milliarden Dollar für die Entwicklung der Waffen ausgegeben, die die Atomwaffen unschädlich machen sollen. Über einen Zeitraum von nur fünf Jahren sollen mehr als 26 Milliarden Dollar in das Programm gepumpt werden, das alle technologischen Kräfte in dem gewaltigen Reservoir der USA mobilisiert. Das ist mehr, als das Programm zur Landung von Amerikanern auf dem Mond über einen Zeitraum von fast zehn Jahren gekostet hat.

Als Präsident Kennedy Anfang 1961 das Mondlandeziel setzte, hatten die Russen keine Chance, in dem Wettlauf um die Demonstration der technologischen Führung den ersten Platz zu erreichen. Sie haben bis heute nicht versucht, als zweite zum Mond zu fliegen. Sie haben keine mit der Saturn-5 vergleichbare Trägerrakete. Die Sowjetunion hat auch heute keine Chance, das Rennen um die Waffe zu gewinnen, die die ballistischen Atomwaffen vielleicht neutralisiert. Denn es ist ein Rennen mit technologischer Phantasie auf allen Sektoren der Ultra-Technologie. Supercomputer, Software, Mikroelektronik, künstliche Intelligenz, elektro-optische Sensoren, Lenkung und Navigation, Strahlsteuerung hochenergiereicher Laser oder Beschleunigung von Projektilen in elektromagnetischen Kanonen sind den Sowjets nicht gerade auf den Leib geschrieben. Sicher, sie sind auf dem Gebiet der theoretischen Physik gleichwertig, auch mal führend, aber sie können die Theorie nicht so schnell und nicht so effektiv in raffinierte und komplexe Systeme der Hochtechnologie umsetzen. Daran ändert die von amerikanischen Geheimdienstquellen immer wieder zitierte sowjetische Erprobungsstation von Sarischagan auch nichts, von der aus hochenergiereiche Strahlen in die Atmosphäre geleitet werden.

Generalleutnant James Abrahamson, der von Präsident Reagan eingesetzte Direktor des Programms „SDI", hat den Auftrag, den technologischen Vorsprung der USA auf fünfzehn oder zwanzig Sektoren der Hochtechnologie in experimentelle Systeme umzusetzen, die lediglich technische Fähigkeiten demonstrieren werden. Genauso wie die USA kürzlich über dem Pazifik als erste die Fähigkeit demonstrierten, daß ein mit siebzehnfacher Schallgeschwindigkeit heranrasender Gefechtskopf einer Interkontinentalrakete mit einer von Infrarot-Sensoren geführten Gegenrakete getroffen werden kann, wollen sie im Verlauf der fünf Jahre demonstrieren, daß Raketen in der Startphase vor dem Ausstoßen der atomaren Gefechtsköpfe von Strahlenkanonen im Weltraum zerstört werden können. In dieser Demonstrationsphase wollen sich die USA strikt an die vertraglichen Bindungen des ABM-Vertrages halten. Eine operationelle Entfaltung von Waffenstrahlen im Weltraum oder auf der Erde würde das Abkommen von 1972 verletzen.


Programm auch gegen die SS 20 möglich: General Abrahamson (mit Space Shuttle) FOTO: AP

Trotz budgetärer Einschnitte durch den Kongreß ist Abrahamsons Haushalt von 1,6 Milliarden Dollar für das erste Finanzjahr der strategischen Verteidigungsinitiative nicht schlecht bemessen. Mit Sicherheit ist in der Geschichte der Technik noch nie innerhalb eines Jahres soviel Geld für eine technische Demonstration ohne Prototypenfertigung ausgegeben worden. Abrahamson muß nicht nur den Sowjets zeigen, daß es geht. Er muß auch die Kritiker im eigenen Land überzeugen.

An die fünfhundert Satelliten mit Lichtkanonen oder elektromagnetischen Kanonen sollen in drei Abwehrzonen die möglichen zigtausende sowjetischer Atomgefechtsköpfe abfangen. Gefechtsspitzen, die durchkommen, sollen vom Boden aus nach Identifizierung durch Infrarotsensoren vernichtet werden.

Und wer fängt die Gefechtsköpfe der SS 20 ab, die Europa bedrohen? Dieselben Sensoren und dieselben Waffensatelliten, die die Interkontinentalraketen auslöschen, könnten auch die taktischen Raketen vernichten, die von Osteuropa aus rund siebenhundert Kilometer hoch in den Weltraum aufsteigen. Es ist nur eine Frage der Programmierung, der Bahnparameter und der Stückzahl. Mit Ideen und Geld kann Europa die technologische Schlacht mitschlagen. Der Technologie-Transfer ist längst keine Einbahnstraße mehr. Amerika allein hat nicht alle Antworten für den Strahlenvorhang in der Tasche, dessen Demonstration den Sowjets das Drohen nehmen und sie an den Verhandlungstisch bringen wird.

IM GESPRÄCH Marlene Lenz

Nur ein Mann dabei

Von Eva Jentsch

Marlene Lenz steht einem Ausschuß im Europäischen Parlament in Straßburg seit Beginn der zweiten Legislaturperiode vor, dem neun Sozialisten, sieben Mitglieder der Europäischen Volkspartei, zwei Kommunisten, drei Europäische Demokraten, ein Liberaler, ein Vertreter der Europäischen Rechten, ein Gaullist und ein Mitglied der Regenbogenfraktion angehören. Insgesamt fünfundzwanzig Mitglieder aus zehn Ländern, darunter insgesamt ein Mann. Es handelt sich um den Ausschuß „Rechte der Frau". Die Vielzahl der Parteien klingt absurd, ist aber europäische Wirklichkeit.

Die anderen siebzehn Ausschüsse sind kaum anders zusammengesetzt. Es liegt auf der Hand, daß viel Fingerspitzengefühl, Geduld, Sprachkenntnis und Erfahrung im Umgang mit Menschen vonnöten sind, um einen solchen Ausschuß zu leiten.

Marlene Lenz bringt diese Erfahrung mit. Sie hat sie vorwiegend auf europäischer Ebene erworben. Die eher etwas scheu und zurückhaltend wirkende Politikerin, von der Ausbildung her akademisch geprüfte Übersetzerin der Universität Heidelberg mit einem Hang zum Fach Geschichte, wurde 1979 und 1984 von der CDU Rheinland für das Europäische Parlament aufgestellt und gewählt. Schon vor Gründung der Europäischen Gemeinschaft 1957 war sie in Paris bei europäischen Organisationen tätig, unter anderem bei einer deutsch-französischen Austauschkommission, und nahm dort auch an den ersten europäischen Kongressen teil.

Ihr Interesse für Europa wurde hauptsächlich durch ihren Vater geweckt, der Staatssekretär beim ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer war. Nach kurzer Zwischenstation in Bonn, wo sie als Geschäftsführerin beim Aufbau der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft mitwirkte, ging sie zur damaligen EWG nach Brüssel und arbeitete zeitweise im Kabinett


Europäerin schon vor der ersten Stunde: Marlene Lenz FOTO: DIE WELT

von Jean Rey, dem belgischen Kommissar für Außenbeziehungen. 1963 holte sie die frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Aenne Brauksiepe nach Bonn, wo sie Frauenreferentin der CDU wurde. Hier wurde sie sehr stark für die internationale Arbeit eingesetzt, so für die Europäische Frauen-Union, ein Zusammenschluß christlich-demokratischer Frauen. 1979 schlug für sie die Stunde des Einzugs ins Europäische Parlament als Abgeordnete. Hier gehörte sie, wie auch jetzt, dem Politischen Ausschuß sowie dem Ausschuß für Außenhandelsbeziehungen an.

Die Ziele für ihre Arbeit als Vorsitzende des Ausschusses „Rechte der Frau" umriß sie in Bonn in einer Pressekonferenz: Sie will sich einsetzen für die Durchsetzung der EG-Richtlinien zur Lohngleichheit, zum gleichen Zugang zum Beruf und zur gleichen sozialen Sicherung von Mann und Frau. Vor allen Dingen sieht sie ihre Aufgabe darin, die überproportionale Arbeitslosigkeit der Frauen in den EG-Ländern zu bekämpfen. Es ist ihr Wunsch, daß sich der Ausschuß „Rechte der Frau" ganz selbstverständlich in die parlamentarische Arbeit in Straßburg einfügt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NÜRNBERGER Nachrichten

Die Zeitung sieht ein brüchiges Bündnis in Hessen:

Ursprünglich hatten die alternativen Parlamentarier für den Ausstieg aus der „Plutoniumwirtschaft" einen Stufenplan angepeilt, der ihnen bei den Verhandlungen mit der SPD Spielraum gelassen hätte. Doch dem hat die Basis jetzt einen Riegel vorgeschoben, die grünen Abgeordneten haben nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder sie setzen die „unverzügliche" Stillegung von Nukem und Alkem durch, oder sie kündigen Börner die Gefolgschaft auf. Die SPD kommt dadurch in eine höchst peinliche Situation, und zwar nicht nur in Hessen. Den Grünen nachzugeben hieße, die gesamte bundesdeutsche Atompolitik in Frage zu stellen. Denn die Hanauer Betriebe spielen in den Plänen des Bundes und der Länder eine Schlüsselrolle. Ohne Hanau, so freuten sich die Grünen schon, „wäre die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar und auch der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben undenkbar". Der Streit um Nukem und Alkem belegt wieder einmal die Anfälligkeit von Bündnissen mit den Grünen und zeigt, wie wenig realitätsbezogen die Debatten über eine echte Regierungsbeteiligung der Alternativen im Grunde sind.

WESTFALEN-BLATT

Die Bielefelder Zeitung äußert sich zum Stichwort „Dreckarbeit":

Vor Ort muß sich der Polit-Pragmatiker Holger Börner nun, bei der ersten Nagelprobe schon, darauf gefaßt machen, daß ihm die Grünen im Wiesbadener Landtag die Gnade der Duldung seiner SPD-Regierung kurzfristig wieder entziehen werden. Solcherlei Erpressung kann einem widerfahren, wenn man auf politisch so unberechenbare, sprich: unsichere Kantonisten setzt ...

Frankfurter Allgemeine

Über die Rolle der „DDR" heißt es hier:

Gromyko, der in der Moskauer kollektiven Führung die Außenpolitik verwaltet, hat bei der Staatsfeier in Ost-Berlin Honecker aufs neue gemahnt, er solle sich hüten vor dem „Revanchismus" der Bundesrepublik, das heißt vor der Bonner Wiedervereinigungspolitik. Aber Honecker braucht solche Belehrung nicht. Er behauptet seit jeher, das Verhältnis zwischen dem östlichen und dem westlichen deutschen Staat sei so wie das irgendwelcher Staaten der Welt.

LES ECHOS

Die französische Wirtschaftszeitung meint zur Lage in Tschad:

Es wächst die schwache Hoffnung, daß sich die Lage in Tschad klärt ... Gewiß, niemand wagt ein rasches und vor allem dauerhaftes Ende des Konflikts vorauszusagen, der seit über fünfzehn Jahren Tschad entzweit. Die Bestätigung der Vorbereitungen für den Abzug der libyschen Streitkräfte und die damit verbundene Ankündigung der zweiten Phase des französischen Abzugs bestätigen jedoch, daß nach den intensiven afrikanischen Beratungen die Puzzle-Teile sich in den nächsten Tagen ineinanderfügen könnten.

Weil sie in anderen Ländern so viel gelitten haben

Der Kampf um die jüdischen Wähler der USA / Von Günter Friedländer

„Weniger als drei Prozent der Bevölkerung der USA sind Juden", schreibt Nordamerikas meistgelesene Zeitung, das Wall Street Journal, „aber weil sie in so großer Zahl wählen, repräsentieren sie in der Wählerschaft das Doppelte. Sie können in mehreren großen Staaten ausschlaggebend sein."

Albert J. Smith, ein Katholik, seit neunzehn Jahren Bürgermeister des Chicagoer Vorortes Skokie, wo vierzig Prozent der Bevölkerung Juden sind, sagt: „Die Juden wählen nach ihrem Gewissen. Sie verstehen vielleicht besser, was für ein Land die USA sind, weil sie in vielen anderen Ländern so viel gelitten haben."

Ähnliches kann man in Amerikas großen Medien lesen und hören, seit Reagan und Mondale im Wahlkampf zu den Delegierten der 1843 von Juden aus Deutschland gegründeten gemeinnützigen jüdischen Organisation B'nai B'rith (500 000 Mitglieder) sprachen.

Die oft „die dritte Religion" genannten Juden der USA wählen ebensowenig geschlossen als Gruppe wie die Protestanten oder Katholiken. Religiös können sie reformiert, konservativ, orthodox oder Chassidim sein. Die beiden letzten Gruppen sind oft „in der Verteidigung der traditionellen Werte der Gesellschaft" mit den protestantischen Fundamentalisten verbündet, während die ersteren bis vor kurzem meist mit liberalen Gruppen zusammenarbeiteten. Auch sozial sind sie keine Einheit. Man überschätzt oft den Wohlstand ihres gehobenen Mittelstandes, unterschätzt hingegen die Armut vieler Juden, die nicht aus den Slums der Großstädte herausfanden.

Es gilt in den USA als selbstverständlich, daß ethnische oder religiöse Gruppen bei Wahlen ihre legitimen Interessen verteidigen, ohne deshalb die nationalen Probleme zu vergessen. Das große Interesse der Medien für die jüdischen Wähler hat einen guten Grund. Der historische Prozeß hatte vor mehr als einem halben Jahrhundert mit vielen Minderheiten auch die meisten Juden in die Demokratische Partei gebracht. Die Enttäuschung über die die Partei beherrschenden Liberalen läßt immer mehr Juden zu den Republikanern übergehen.

Neo-konservative jüdische und nichtjüdische Intellektuelle – unter den letzteren Jeane Kirkpatrick – leiteten in der einflußreichen jüdischen Monatsschrift „Commentary" die Abkehr von den liberalen Demokraten ein, als diese die Gedanken und Parolen der Dritten Welt in das Programm der Partei einbauten. Die von Mondale nicht zurückgewiesene Haßkampagne Jesse Jacksons und seines Hintermannes Louis Farrakhan tragen zur Entfremdung der jüdischen Wähler bei, von denen bereits 1980 nur noch fünfundvierzig Prozent Carter wählten. Vergeblich suchen Demokraten-Politiker, unter ihnen Führer jüdischer Organisationen, diesen Prozeß aufzuhalten, indem sie mit der Furcht der angeblich abbröckelnden Trennung von Staat und Kirche spielen, einem für die Juden heiklen Thema: sie erinnern sich durchaus noch an Verfolgungen in Ländern mit Staatsreligion und an die Inquisition.

Gerade die jüdischen Wähler sehnen sich nach den „traditionellen Werten". Sie sehen mit Schrekken, daß Zeiterscheinungen wie viele Scheidungen oder die Auswirkungen der angeblichen „Befreiung von sexuellen Tabus" die sprichwörtliche Stabilität ihrer Familien zerstören. Sie fühlen sich im Kampf um die Bewahrung ihrer Identität von vielen ihrer eigenen Intellektuellen, besonders an den großen Universitäten, verlassen und ihre Ideale von liberalen Organisationen wie dem Weltkirchenrat verraten. Nun entdecken sie eine neue Generation jüdischer Intellektueller, auf deren Stimme im konservativen Lager gehört wird. Die respektierte konservative „Heritage Foundation" veröffentlichte in der letzten Ausgabe ihrer „Policy Review" eine Umfrage über das Thema „Sex und Gott in der amerikanischen Politik". Von dreizehn befragten konservativen Führern sind vier Juden. Verschiedene Umfragen ergeben nun, daß erstmals die Mehrheit der amerikanischen Juden republikanisch wählen und denen den Rücken kehren könnten, die Jeane Kirkpatrick, selbst eine entfremdete Demokratin, nach dem Sitz des letzten Parteitages verächtlich die „San-Francisco-Demokraten" nennt. Beobachter dieses Prozesses meinen, daß die politisch empfindlichen Juden einen Trend im amerikanischen Leben anzeigen. Dabei hilft, daß einige Grundsatzfragen, wie das Bündnis der USA mit Israel, zum Programm beider Parteien gehören.

Die Abwanderung der Juden von den Demokraten ist eine Warnung für beide Parteien: Keine sollte mehr wie bisher mit der bedingungslosen Ergebenheit irgendeiner Gruppe der Bevölkerung rechnen. Der politische Prozeß hat eine Reife erreicht, wo Gewissensfragen viele Wähler stärker bewegen als mehr oder weniger kurzfristige Anliegen der Tagespolitik.

Rosen, Rüben und der Himmel des Optimismus

Helmut Kohl ist in ein Land gereist, in dem der politische Wandel der letzten Jahre mit Händen zu greifen ist. Die Öffnung Chinas findet nicht nur nach außen statt, sie ist auch bei den Menschen spürbar.

Von HERBERT KREMP

Vielleicht war der Bautrupp im morgendlichen Verkehrsgewühl steckengeblieben. Denn als Bundeskanzler Kohl am Montag pünktlich um neun an der Ostseite der Großen Halle des Volkes zu Peking offiziell begrüßt wurde, beeilten sich Arbeiter an der Nordseite des unübersichtlich großen Tiananmen-Platzes, die vier Heldenköpfe des Marxismus-Leninismus, die Herren Marx und Engels, Lenin und Stalin, abzumontieren. Im Gegensatz zur maoistischen Zeit werden die farbigen Giganten jetzt nur noch zweimal im Jahr zur Sicht gestellt: am 1. Mai und am 1. Oktober. Diesmal gehörten sie zum ideologischen Dekor einer der größten Militärparaden, die Peking je gesehen hat. Nun, da sie in die Requisitenkammer zurückgeschafft sind, beherrscht das Buddha-runde Porträt Mao Zedongs wieder allein und wohl schon etwas einsam den Hauptplatz der Metropole.

Der Empfang des Bundeskanzlers erinnerte für einen Moment an das gigantische Spektakel der Gründungsfeier am Oktoberanfang: die drei Waffengattungen der Armee waren in ihren mit Tressen und Biesen neu geschmückten Gala-Monturen erschienen und paradierten nach *zackiger Meldung im Stechschritt* und mit zum Sturm angelegten Bajonetten an dem friedlichen Gast aus Bonn vorbei. Neunzehnmal gaben die Feldhaubitzen Laut, die auf dem steinernen Rechteck vor dem Kaiserpalast wie Spielzeugkanonen aussahen. Die deutschen Nobel-Gäste, die unter den von Byzanz entlaufenen Säulen der Volks-Halle aufgereiht worden waren, wurden von Nobel-Gastgebern begrüßt: die chinesischen Funktionäre waren in europäischem Zivil (Weste gilt als obligatorisch), die Damen im Rock erschienen. China gibt sich zur Welt hin offen. Das aufdringlich bekundete Asketentum der Altzeit ist elegantem westlichen Schnitt gewichen. Was der Herr im Memorial am Rande des Platzes, der mumifizierte Mao Zedong, dazu sagen würde, bleibt begründete Vermutung.

Helmut Kohl genoß den zeremoniellen Ernst des großen Willkommens sichtlich. Er wohnt mit den Staatspersonen im Gästehaus Diaoyutai, weit im Nordwesten der Stadt, in einer Suite, die man auch Präsident Reagan zur Verfügung gestellt hatte. Ein gewaltiges, in einen drachengemusterten Holz-Baldachin gehülltes Ruhelager schmückt das Schlafzimmer – der chinesische Kaiser hatte sich mit schmaleren Federn zu begnügen. Das Haus Nr. 12 ist von anderen Gebäuden umgeben, die in einer gewissen Hierarchie zueinander stehen. Die Suite für die Frau des Kanzlers wurde etwas einfacher gestaltet. Aus den Räumen fällt der Blick auf einen chinesischen Park, in dessen Seen sich Pavillons im alten Stil spiegeln. Diaoyutai ist scharf, aber unauffällig bewacht.



Chinesische Küche aus erster Hand: Helmut Kohl mit Gastgeber Zhao Ziyang beim Bankett FOTO: AP

China hält für die Gäste, unter denen sich Entwicklungsminister Warnke und mehrere Staatssekretäre, Wirtschaftsführer und eine Sonderdelegation prominenter Industrieller und Bankiers befinden, das Beste bereit, was das „größte Entwicklungsland der Erde", wie die Selbstbezeichnung lautet, zu bieten hat. Zwei große Empfänge, einer im Festsaal der Großen Halle des Volkes, ein anderer in der deutschen Botschaft, und eine Festaufführung der „Zauberflöte", intoniert von der Bayerischen Staatsoper, bilden die Höhepunkte des Pekinger Programms, das im übrigen „bis zur letzten Minute" mit Gesprächen und Wirtschaftsverhandlungen ausgefüllt ist.

Für den Besucher, der die Stadt Peking seit Jahren nicht mehr gesehen hat, bietet das Leben einen erstaunlichen Wandel. Die Märkte sind voll, die großen Kaufhäuser der Metropole, die über sieben Millionen Menschen birgt, scheinen zu bersten. An die Stelle der Eintönigkeit in Kleidung und Aussehen sind bunte Farben, ziemlich enge Röcke und Jeans, phantasievolle Frisuren, schmucke westliche Anzüge und sichtliche Lebensfreude getreten. Es gibt keine Lebensmittelrationierungen mehr, seit Deng Xiaoping, der achtzigjährige Partei-Kaiser von China, die Bauern aufgefordert hat, sich durch marktwirtschaftliche Emsigkeit „zu bereichern".

Sie tun es auch. Der keimende und knospende Wohlstand der Bauern, abgestuft freilich nach der Fruchtbarkeit der Provinzen, bewirkt eine größere Veränderung des Landes als die *Bauwut der Behörden*, die ihre Hochhäuser wie Riesen in den flachen Strudelteig der alten Hofhausviertel stampfen lassen. China rechnet mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von über 6 Prozent dank des Marktsozialismus, den der einst von Mao und seinen Garden gehetzte Deng am Ende seines Lebens mit einem riesigen Tuschepinsel ins Geschichtsbuch kalligraphiert.

Die Revolution ist beendet. Die Armee, die ihre politischen und gesellschaftlichen Privilegien verliert, und etwa die Hälfte der 40 Millionen Parteileute, die sich heute von Fachleuten bedrängt sehen, würgen daran. Aber wenn morgen in China ein Plebiszit über Linien und Wege stattfinden würde, erhielte Deng den Zuspruch von sicher 80 Prozent der Chinesen. Er ist, man sieht es an der Kette der Ehrungen, ein weithin beliebter Mann, der das Reich der Mitte zu seinen historischen Befähigungen und Leistungen zurückführt. Die Frage seiner Nachfolge wird daher ängstlich und nur halblaut erörtert. China ist infolge der pragmatischen, in der *Substanz unkommunistischen Reformen* dabei, die viel erstarrter wirkende Sowjetunion zu überholen. Das setzt natürlich Reaktionen frei, die auch neue ideologische und außenpolitische Streithändel mit Moskau nach sich ziehen können.

Die Männer der Wirtschaft in der Begleitung Kohls, durchaus angetan von der realistischen, jede Überhitzung vermeidenden Wirtschaftspolitik des kleinen Wohlstands, fragen so besorgt wie viele Chinesen, ob es „50 bis 70 Jahre so weitergehen wird", wie Deng gerade prophezeite. Wer Peking kennt, bemerkt sofort die sozialen Unterschiede, die unter den zur scharfen Beobachtung des Nachbarn neigenden Chinesen in kurzer Zeit aufgebrochen sind. Belohnte Tüchtigkeit und geförderte Initiativen beenden die Gleichheit: der Warenkorb enthält Rüben und Rosen.

Wer über die Geschäftsstraße Wangfuching im Zentrum promeniert, wer die im traditionellen Stil wieder aufgebaute Antiquitäten-, Kunst- und Papierstraße Liulichang durchmißt, trifft auf Luxus in den *Auslagen und an den Menschen. Hier* berappen nicht nur westliche Bosse und arabische Scheiche überhöhte Preise. Hier beobachtet man auch chinesische Eleganz und einnehmendes Geschäftsgebaren der Kaufleute. Aber hundert Meter weiter, in den alten, halbverfallenen Gassen und in den kahlen Etagen der neuen Wohnburgen, wo es nur so wimmelt, begegnest du auf einmal dem bekannten besorgten Gesicht, der Enge des Hockens und Liegens, dem würzigen Duft der kollektiven Hygiene, dem Rauch und Dampf mühsamer Versorgung. Wie die wachsenden Gegensätze zusammengehen sollen, weiß man dann nicht mehr.

Und doch hängt über allem der Himmel des Optimismus. Denen, die noch tief unten stecken, öffnet sich ein Weg. Die Jugend gibt sich fröhlich, fast auftrumpfend. Sie fühlt in sich die unbändige Energie ihres Volkes. Die jungen Pärchen gehen Hand in Hand und Arm in Arm – dafür stand früher Arbeitslager. Für unsere Begriffe entfaltet die Frische aber einen angenehmen Glanz. Die *Menschen entdecken sich – und* bleiben doch verhalten im Vergleich zu anderen Kulturen. Emanzipation wird nicht zum sittlichen Problem, noch nicht. Die Partei in den Straßenkollektiven paßt auf, aber sie drangsaliert und pädagogisiert nicht mehr so sinnlos herum wie unter Mao und seinem ersten Nachfolger Hua. Die ewigen abendlichen Belehrungen, auf denen damals der „Neue Mensch" gebildet werden sollte, haben aufgehört. Noch vor vier Jahren sah man Kolonnen von Leuten mit kleinen Schemeln zu den Versammlungen ziehen, wo unter schwachen Funzeln das Bild der Utopie ins Dunkel entworfen wurde. Heute hockt man am warmen Herbstabend (26 Grad und immer schön) auf demselben Schemel und spinnt ein freundlicheres Zukunftsgarn.

Das überträgt sich, das macht Atmosphäre. Gestern veröffentlichte die englischsprachige „China Daily" 16 Anzeigen deutscher Firmen, vier ganzseitige der großen Unternehmen, mit einem Bild des schönen Atomkraftwerkes von Grafenrheinfeld (KWU), das man bei uns nicht mehr so gerne sieht. In China gilt Fortschritt als Fortschritt, und man hat trotz aller Schatten und Schrunden, trotz allen Tastens und Tüftelns das spannende Gefühl, daß ein Riese sich in Marsch setzt, ein Wesen von unverbrauchter, gewaltiger Energie.

Die Stunde des „Underdog": Reagan in der Defensive

Die bessere Figur machte Herausforderer Walter Mondale. So sahen zumindest professionelle Beobachter sein erstes TV-Rededuell mit Ronald Reagan. Doch eine Umfrage nach der landesweiten Sendung ergab, daß sich am großen Popularitäts-Vorsprung für den Präsidenten nichts änderte.

Von TH. KIELINGER

Ein erstaunlich locker lächelnder Walter Mondale griff am Sonntag abend in die Schatztruhe psychologischer Tricks und produzierte, was man ihm nicht zugetraut hätte: einen gelungenen Sarkasmus auf Kosten des Präsidenten. „Also was ich da gerade gehört habe", begann er als Antwort auf eine Einlassung Reagans, „das erinnert mich an etwas, das Will Rogers über Herbert Hoover zu sagen pflegte: ‚Nicht, was er nicht weiß, macht mir Kummer, sondern was er glaubt zu wissen, und was demnach gar nicht so ist, wie er meint.'"

Hätte es der Herausforderer bei diesem Hieb belassen, der Punkt wäre an ihn gegangen. Aber er konnte es sich nicht verkneifen, mit einem etwas entstellenden Grinsen in die Richtung seines Opfers zu schauen, so als wollte er triumphieren: Habe ich Dich endlich an einer verwundbaren Stelle getroffen! Diesen Übereifer werden ihm die Amerikaner nicht honorieren. Denn Reagan ist immerhin der Präsident der Republik, und da, bitteschön, möge man bestimmte Grenzen der Angriffslust nicht überschreiten.

Aber dieser Patzer war der einzige Fehltritt in einer glänzenden Vorstellung Walter Mondales. Mit dem großen Vorteil des „Underdog" trat der Spitzenkandidat der Demokraten in diese erste der beiden TV-Duelle mit Reagan. Er wußte diesen Vorteil voll zu nutzen, wie 1960 Nixon gegen Kennedy, 1976 Carter gegen Ford und 1980 Reagan gegen Carter. Sichtlich unbeeindruckt von den Umfragen, die ihn 18 Prozentpunkte hinter dem Präsidenten sehen, stand er 100 Minuten lang vor den Kameras mit der schwungvollen Frische des Herausforderers, der nichts zu verlieren hat. Sein Gesicht, in dem die Augen sonst eher glasig versinken, glänzte vor Kampfesfreude und unverkrampfter Argumentationslust. Daneben besaß er genügend Courtoisie, dem Präsidenten, fast herablassend, einige Komplimente zu machen.

Ronald Reagan dagegen wirkte nervös, angespannt. Louisville in Kenntucky, der Austragungsort des jährlichen US-Derbys, war an diesem *Abend sein bestes Rennen nicht. Das* kommt, wenn man als weit vorausliegendes Pferd den Verfolger an sich heranläßt. Man wird in die Defensive gedrängt. Und aus ihr heraus argumentierte der Präsident, immer wieder von Mondale angeprangert: in der Sozialpolitik, der Rentenversicherung, der religiösen Frage (Gebet in den Schulen), der moralischen Frage (Abtreibungsgesetzgebung, „moralische Tests" für Bundesrichter) und ausgiebig wegen des Haushaltsdefizits, das sich wie ein roter Faden durch die Debatte zog.

Es dauerte lange, ehe der Präsident zu seinem berühmten Lächeln fand. Es gelang ihmm, als einer der drei befragenden Journalisten von ihm wissen wollte, warum er, wo er doch an den Ratschluß Gottes glaube, nicht häufiger sonntags in die Kirche gehe. „Ich kann nicht," sagte Reagan, „denn ich bin eine Gefahr für zu viele Menschen – die Terrorismus- Bedrohung ist zu groß. Sie wissen, wie man es auf den Präsidenten absieht." Und dann: „Ich würde schon gerne häufiger in die Kirche gehen. Aber der liebe Gott versteht gewiß meine Lage."

Der Saal im Kunsttempel von Louisville war mit Gästen und etwa 2000 Journalisten prall gefüllt. Eingeladen hatte die überparteiliche „Liga der Frauenwähler", die streng nach Proporz vorging: Reagan-Freunde wurden in die rechte Hälfte des Zuschauerraumes gebeten, Mondales Anhänger in die linke. Obwohl die Moderatorin der Debatte, Barara Walters, Amerikas Mediendame Nr. eins, mehrmals zur Ordnung ermahnte, ließ es sich das Publikum (mit Ausnahme der Presse) nicht nehmen, regelmäßig zu applaudieren, wenn sein Kandidat einen Punch landen konnte. Das Podium des Präsidenten war mit einem besonderen Lautverstärker ausgerüstet, denn Reagan hat auf dem rechten Ohr zunehmend Hörschwierigkeiten.

Im Vorfeld des Fernsehauftritts hätten es übereifrige Planer sowohl im Reagan- als auch im Mondale-Lager beinahe geschafft, das ganze Unternehmen zum Scheitern zu bringen.



Hundert Minuten Schlagabtausch: Walter Mondale, Ronald Reagan FOTOS: UPI

Nach der Methode, nach der in den USA häufig die Geschworenen ausgewählt werden, wurden beiden Wahlkampfleitungen nacheinander die Namen von 112 Journalisten angeboten, als mögliche Kandidaten für die Fragergruppe. Die „Liga der Frauenwähler" *war entrüstet: die Reagan-* und Mondale-Berater warfen einen Namen nach dem anderen aus dem Rennen, jeweils für ihre politische Couleur nicht geeignet. Die Creme der amerikanischen Medien war weder dem konservativen noch dem liberalen Lager geheuer.

Bis kurz vor Beginn war nicht geklärt, ob sich die beiden Wahlkampfleitungen überhaupt einigen könnten. Schießlich entschied man sich für drei Medienvertreter (zwei von der Presse, eine Dame vom Fernsehen); *der vierte, ein Reporter der* „New York Times", sagte ab, kaum daß sein Name bekannt wurde. Er tat es aus Solidarität mit über 100 Kollegen, die den „ideologischen Test" der einen oder anderen Seite nicht bestanden hatten.

Walter Mondale schnitt in der Debatte auch deshalb so gut ab, weil er seinen ganzen Wahlkampf-Katalog von Anfang an unters Fernsehvolk trug. Von der Fairness über die Zinsen, das Außenhandelsdefizit, die Lage der Städte, die Umwelt, die Verschuldung der nachfolgenden Generation: Endlich konnte der Herausforderer, der monatelang vergeblich seine Melodie vorgetragen hatte, gewiß sein, daß das Land zuhörte – 100 Millionen Menschen etwa.

Reagan mußte sich, ausgerüstet mit einigen detaillierten Zahlen, auf die Leistungen seiner Amtszeit zurückziehen. Angreifen konnte er Mondale nur wegen dessen Versprechen, zur Senkung des Defizits die Steuern zu erhöhen. Bedacht, den Vorwurf zu widerlegen, daß er seine eigene Regierung nicht durchschaue und beherrsche, tischte Reagan „wie ein Buchhalter", so ein befreundeter Kritiker, Ziffern und Haushaltsposten auf – und kam daher nie zu seiner großen Linie.

Die wird er am 21. Oktober neu anpeilen können, wenn er und Mondale sich noch einmal in diesem Wahlkampf vor den Kameras treffen, in Kansas City, Missouri. Dann wird die Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Programm stehen. Vorher – an diesem Donnerstag – werden sich die beiden Vizepräsidentschafts-Kandidaten, Geraldine Ferraro und George Bush, in Philadelphia zu ihrem „Match" treffen.

Ist da ein Präsident Mondale am Horizont zu sehen? Wohl kaum, auch nicht nach dieser Debatte. Louisville hat dem Wahlkampf zwar etwas Frische zurückgegeben, aber das Publikum liegt in seinem instinktiven Urteil so fest wie seit langem nicht mehr. Schon die erste Umfrage nach der Debatte bestätigte für Reagan den alten Vorsprung vor Mondale. Die Amerikaner hören nicht gerne *auf Warnungen in Zeiten, in denen sie* sich gut fühlen. Gewinne wie die am Sonntag abend sind für den Herausforderer nur entscheidend, wenn er – siehe Reagan–Carter 1980 – vor dem TV-Duell ungefähr gleichauf mit dem Amtsinhaber liegt. Das ist 1984 nicht der Fall.

Ein Programm der FDP gegen Zukunftsangst

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten hat gestern ohne Gegenstimmen und Enthaltungen ein zehnseitiges Parteiprogramm verabschiedet. Mit dem Papier mit dem Titel „Liberales Manifest für eine Gesellschaft im Umbruch" sollen die Freiburger Thesen fortgeschrieben werden. Damit ist die FDP nach den Worten ihres Generalsekretärs Helmut Haussmann „die erste Partei", die ein gesellschaftspolitisches Programm weiterentwickelt, in dem auf den technologischen Fortschritt und die Ökologiefrage Rücksicht genommen wird. Er kündigte an, daß das Programm jetzt drei Monate lang diskutiert werden soll. Anschließend sollen Änderungen in den Entwurf eingearbeitet werden. Im Februar soll dann der Parteitag in Saarbrücken das Programm endgültig beschließen.

FDP-Chef Genscher hatte den Entwurf als „ein Programm der Zukunftschancen gegen Zukunftsangst" bezeichnet. Mit ihm wollen sich die Freien Demokraten den Wählern stellen. Es beinhaltet laut Haussmann „einen Aufbruch für die Liberalen". Es stelle die FDP als „Freiheitspartei" und Partei „der individuellen Persönlichkeit" dar. Die knappe Darstellung solle es ermöglichen, daß es eine *intensive* „Selbstbeschäftigung der Partei" geben könne.

Ausdrücklich betonte Haussmann, daß mit dem Programmentwurf „ein gemeinsames gesellschaftliches Dach" für die Liberalen geschaffen werden solle. Es solle die marktwirtschaftlich und gesellschaftspolitisch ausgerichteten Flügel wieder zusammenführen. Die von ihm geleitete zwölfköpfige Programmkommission habe während ihrer Arbeiten seit Juli darauf verzichtet, in die Vorlagen außen- und sicherheitspolitische Gedanken aufzunehmen. Haussmann kündigte an, daß Genscher und Experten aus der Partei und der Bundestagsfraktion hier eine Fortschreibung der FDP-Vorstellungen in absehbarer Zeit vornehmen wollten.

Haussmann räumte ein, daß zum Beispiel das beabsichtigte Eintreten der FDP für eine flexiblere Tarifpolitik „mit der SPD" nicht zu machen" gewesen wäre. Mit dieser Forderung würde aber auch die CDU Schwierigkeiten haben. Er rechne damit, daß es besonders bei der Frage der Gentechnologie heftige, aber erwünschte Diskussionen in der Partei geben werde.

FDP-Landeschef warf das Handtuch als Spitzenkandidat in NRW

Möllemanns Rechnung ging nicht auf

Jürgen Möllemann (39), FDP-Landesvorsitzender von NRW FOTO: AP

WILM HERLYN, Essen

„Wer mir die Spitzenkandidatur für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen am 12. Mai 1985 streitig macht, der wird von mir abgebürstet, der wird einen Kopf kürzer gemacht." Fürwahr, um kesse Sprüche war Jürgen W. Möllemann nie verlegen. Die Frage ist nun, wen er wohl nun alles abbürsten muß.

Die Notbremse hat er gezogen, auf die Spitzenkandidatur verzichtet. Er sieht jetzt ein, daß weite Teile der FDP nicht mehr hinter ihm stehen, daß auch sein Lehrmeister und Freund Hans Dietrich Genscher („Zu dem habe ich ein enges, ja freundschaftliches Verhältnis") ihn nicht mehr halten kann und will.

Jetzt rettet er mit dem Verzicht nur noch das Amt des Landesvorsitzenden – bis 1986 ist er gewählt. Sonst wäre der Sturz des Hobby-Fallschirmspringers allzu tief. Dennoch: Die Rechnung, die der kühl taxierende Möllemann für sich und seine Karriere aufgemacht hatte, ist – zumindest vorerst – total durchkreuzt.

Die Gleichung des ehemaligen Münsteraner Lehrers, der wohlbedacht kurz vor Anfang der sozial-liberaleen Koalition in Bonn sein CDU-Parteibuch abgab und sich wenig später um die FDP-Mitgliedschaft bewarb, geht nicht auf. Sie lautete: Gefördert von Genscher und Otto Graf Lambsdorff zunächst den stellvertretenden Parteivorsitz in NRW zu übernehmen, später denn Burkhard Hirsch als Chef abzulösen, die FDP nach fünfjähriger parlamentarischer Abstinenz in den Düsseldorfer Landtag zurückzuführen und damit vor aller Augen Führungsqualitäten zu beweisen. Diesen Beweis wollte und mußte er antreten, um seine Mitkonkurrenten der jungen Garde, nämlich die Landesvorsitzenden Gerhard, Brüderle und Morlok im Streit um das Erbe Genschers abzuhängen.

Bis gestern verlief diese Karriere zielbewußt und zielstrebig. Mit einem geschickten Coup überraschte er die Münsteraner FDP, ließ sich 1969 als Bundestagsabgeordneter nach Bonn entsenden und arbeitete sich blitzschnell in die Bildungspolitik ein. Er sattelte – der Karriere willen – auf Verteidigungspolitik um und strebte, von Genscher gefördert, dann in die große Politik.

Da fühlte er sich bald in allen Sätteln gerecht: heute ein Treffen mit PLO-Führer Arafat, morgen ein Empfang im Weißen Haus, zwischendurch in Münster, um zu zeigen, was aus ihm geworden ist. Agenturen nervte er mit Blitzideen („Da rufe ich schon mal ganz früh an, die bringen das das gleich in den Morgennachrichten").

Immerhin – auch Kritiker bescheinigen dem alerten Münsteraner, daß er um Ideen nicht verlegen ist. Als ihm zuletzt die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Düsseldorf den Wind aus dem Segel eines geplanten Volksbegehrens für den Privatfunk nahm, indem sie flugs ein eigenes Landesmediengesetz vorlegte, da weitete Möllemann das Plebiszit mit gleich fünf Themen bürgernahaus: Gegen wuchernde Bürokratie etwa oder gegen Leistungsabfall in Hochschule und Schulen. Wer sollte nicht dagegen sein?

Bei aller Cleverneß mußte es aber verwundern, daß Möllemann im privaten Geschäftsleben weit weniger Furore machte. Die Genossen in der Düsseldorfer Staatskanzlei wollten sich ausschütten vor Lachen, als Möllemanns Werbeagentur ausgerechnet den SPD-Ministerien in NRW ihre Leistungen anbot, „damit man nur Gutes von ihnen hört". Und ob er nun, als er Staatsminister bei Genscher wurde, wirklich seine privaten Unternehmungen aufgab, wie das Gesetz es vorschreibt, ist bis heute ungeklärt. Schwachpunkte also, die sich ein Spitzenpolitiker nicht leisten darf. Möllemann scheiterte aber nicht zuletzt an der Ignoranz seiner eigenen Partei, die ihn erwählte, weil sie selbst keine Alternative vorschlagen konnte. Und sie weiß bis heute nicht, wen und was sie eigentlich will.

Wird gegen Manager von G+J wegen Hehlerei ermittelt?

UWE BAHNSEN, Hamburg

Mit der Vernehmung des Fabrikanten Fritz Stiefel werden heute vormittag im Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher die Zeugenaussagen beginnen. Die Große Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts will zunächst die Händler und Sammler von Militaria und NS-Devotionalien hören, die mit den beiden Hauptangeklagten Konrad Kujau und Gerd Heidemann zum Teil umfangreiche Geschäfte tätigten.

Fritz Stiefel ist dabei insofern eine Schlüsselfigur, als der damalige „Stern"-Reporter Heidemann bei ihm zum ersten Mal einen von Kujau verfaßten Band der „Hitler-Tagebücher" zu sehen bekam. Stiefel hatte diese Aufzeichnungen über das erste Halbjahr 1935 verkaufen sollen und sie auch dem Zeithistoriker Professor Eberhard Jäckel vorgelegt.

Nach der bisherigen Planung der Strafkammer sollen im Anschluß an die Militariasammler die Zeugen aus dem Verlagshaus Gruner + Jahr vernommen werden. Mit ihrem Auftritt wird jedoch erst für die zweite Novemberhälfte gerechnet.

Für einige der damals mit den „Hitler-Tagebüchern" befaßten G+J-Manager ist unterdessen eine neue und möglicherweise brisante Situation entstanden: Der Gerichtsvorsitzende Hans Ulrich Schroeder hat nach der abgeschlossenen Vernehmung aller drei Angeklagten zur Sache erklärt, Gerd Heidemann habe sich unter Umständen durch den Ankauf der 60 „Hitler-Tagebücher" der versuchten Hehlerei schuldig gemacht.

Weiteres Strafverfahren?

Möglicherweise, so der Vorsitzende weiter, gelte das auch für Mitarbeiter des Verlagshauses Gruner + Jahr, die dabei eventuell in Mittäterschaft gehandelt hätten. Schröder nannte jedoch keine Namen.

Die Erklärung des Vorsitzenden war offenkundig das Ergebnis von Beratungen der Kammer über die Aussagen Heidemanns und trug einem strafprozeßrechtlichen Erfordernis Rechnung: Falls das Gericht zu dem Ergebnis kommt, der frühere „Stern"-Reporter habe sich nicht des Betruges (so die Anklage), sondern der Hehlerei schuldig gemacht, so könnte er wegen dieses Deliktes nur dann verurteilt werden, wenn er wie auch seine Verteidiger darauf im Prozeß rechtzeitig hingewiesen worden sind.

Die Staatsanwaltschaft wird nach Lage der Dinge erneut zu prüfen haben, ob sie gegen G+J-Manager wegen des Verdachts der Hehlerei ermitteln muß. Würde eine entsprechende Anklage vom Landgericht zugelassen, so wäre ein weiteres Strafverfahren im Zusammenhang mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern anhängig.

Die Frage, ob auch noch heutige oder damalige G+J-Manager auf einer Anklagebank des Hamburger Landgerichts Platz nehmen müssen, hängt zwar von den Ergebnissen staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen ab; dabei spielt allerdings eine wichtige Rolle, wann und mit welcher Intensität der Verlag Gruner + Jahr die juristischen Aspekte der „Hitler-Tagebücher" untersucht hat. Offenkundig wurde damit schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt begonnen.

So fand am 6. Mai 1981 bei dem damaligen G+J-Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer eine Besprechung statt, in der der G+J-Justitiar Andreas Ruppert, der stellvertretende „Stern"-Verlagsleiter Wilfried Sorge, der damalige Ressortleiter Zeitgeschichte, Thomas Walde, und Heidemann die Frage der Erbrechte an Hitlers Tagebüchern erörterten. Deren Echtheit war zu diesem Zeitpunkt nicht überprüft worden.

Gestrüpp aus Gesetzen

Um juristische Fragen ging es auch bei einem Besuch, den Heidemann im Juli 1981 dem Hitler-Forscher Professor Werner Maser in Speyer abstattete. Mit dem Zeithistoriker, der in dem „Stern"-internen Untersuchungsbericht zum Tagebuch-Skandal als „selbsternannter Nachlaßverwalter der Familie Hitler" apostrophiert wurde, schloß Heidemann auf Anraten des Verlagsjustitiars Ruppert einen Vertrag mit folgendem Inhalt: Gegen Zahlung von 20 000 Mark erwirbt Heidemann von Maser das Recht, „über alle in seinem Besitz befindlichen oder noch in seinen Besitz gelangenden Aufzeichnungen Hitlers frei verfügen zu können" – so der Bericht der „Stern"-Untersuchungskommission.

Um die Rechtslage definitiv zu klären, kämpften sich – so der Bericht weiter – die Verlagsjuristen durch „ein schier undurchdringliches Gestrüpp aus Gesetzen und Urteilen".

Das Ergebnis war: Noch am 9. März 1983, also kurz vor der geplanten Veröffentlichung der Tagebücher, mußten die Verlagsjuristen feststellen, daß „nur eines sicher war: Gruner + Jahr besitzen an den Tagebüchern null Rechte".

Diesen Mangel hofften die G+J-Juristen durch einen Vertrag Heidemanns mit dem Bundesarchiv beheben zu können.

Offiziere stellen sich gegen die Hardthöhe

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Offiziere der Bundeswehr haben sich gestern in einer Bonner Pressekonferenz mit Forderungen zur Änderung der Verteidigungspolitik der Bundesregierung als eindeutige Kritiker der NATO-Strategie dargestellt. Mitglieder des Arbeitskreises „Darmstädter Signal" verlangten die Rücknahme der „sogenannten Nachrüstung" und Verhandlungen mit dem Osten, die „wirklich vom Willen zur Verständigung getragen sind". Als „vertrauensbildende Vorleistungen" dazu empfahlen sie einen „Rüstungsstopp", den unverzüglichen Abzug aller chemischen Waffen sowie eine deutliche Verringerung der atomaren Kampfmittel. In dem „Darmstädter Signal" vom September 1983 hatten sie verlangt, „von der sicherheitsgefährdenden sogenannten Nachrüstung mit Pershing 2 und Cruise Missiles abzulassen".

Insbesondere diese, aber auch andere Ansichten dieser Soldaten stehen außerhalb der Politik des Bündnisses und der früheren und der jetzigen Bundesregierung. Deshalb wird im Bundesverteidigungsministerium auf der Hardthöhe die Frage geprüft, ob sich die Unterzeichner von Aufrufen wie des „Darmstädter Signals" nicht einer Dienstpflichtverletzung schuldig machen. Das Soldatengesetz fordert von Offizieren und Unteroffizieren „innerhalb und außerhalb des Dienstes bei ihren Äußerungen die Zurückhaltung zu wahren, die erforderlich ist, um das Vertrauen als Vorgesetzte zu erhalten". Im übrigen „darf ein Soldat als Vorgesetzter seine Untergebenen nicht für oder gegen eine politische Meinung beeinflussen". Bislang ist ungeklärt, ob sich Soldaten, wenn sie, wie jetzt in Bonn, Pressekonferenzen veranstalten, auf denen sie die Politik ihres „Dienstherrn" kritisieren, ihre Pflichten verletzen. Die Veranstalter der Pressekonferenz jedenfalls sagen, in der Truppe herrsche starker vom Verteidigungsministerium ausgelöster Meinungs- und Anpassungsdruck.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg steuern die Grünen einen härteren Kurs

Ein kunterbuntes Bild an Rhein und Ruhr

WILM HERLYN, Essen

So wie die Grünen bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen Zulauf aus allen Richtungen erhielten und damit ein von niemand in dieser Höhe erwartetes Ergebnis von landesweiten 8,6 Prozent erzielten, so stellt sich diese Partei zwischen Rhein und Ruhr auch in ihrer Zusammensetzung dar. In den vergangenen Wochen hatten sie schon von sich reden gemacht, als Vorstandssprecher Martin Pannen gegen das Rotationsprinzip wetterte. Später mußte er eine Rolle rückwärts schlagen. Die Basis rügte ihn und verlangte, er solle seine Ansicht als ganz persönliche Meinung hinstellen. Insofern funktioniert auch in Nordrhein-Westfalen die „Basisdemokratie" – doch ansonsten stellen sich die Grünen selbst als ein rot-bunt-gescheckter, zum Teil chaotisch anmutender Haufen dar.

Der Landesvorstand ist gar stolz darauf, wenn er sagt, es habe in NRW „keine Geburtswehen" gegeben. Pannen erläutert das so: „Hier hat es keine Ausgrenzung gegeben." In der Tat arbeiten ehemalige Gruhl-Anhänger, Kommunisten, Sozialisten, Dritte-Welt-Sympathisanten und Kernkraftgegner mit- und gegeneinander und wieder zusammen mit Leuten aus der Männer- und Frauenbewegung oder mit Aktivisten aus der Gewerkschaftsjugend, aus der evangelischen und katholischen Jugendarbeit.

Keine Berührungsängste

Je welche Gruppierung in einem Kreisverband gerade überwiegt, gibt den Ton an. So etwa die Grünen in Leverkusen, die schon seit fünf Jahren im Stadtrat sind und jetzt statt früher drei sogar sechs Mandate errangen. Für die parlamentserfahrenen Alternativen der Bayer-Stadt gab es kaum Berührungsängste über die Frage, ob man mit der SPD zusammengehen könne oder nicht.

Der Vorstellungskatalog mit Themen wie Müll und Umwelt, Kommunalwahlrecht auch für Ausländer oder Städtepartnerschaften mit Kommunen des Ostblocks wurde mit den Sozialdemokraten in öffentlicher Sitzung schnell abgehakt. Entgegen allen anderen Äußerungen fanden sich die Grünen bereit, einen Bürgermeister zu stellen – mithin Verantwortung und Repräsentation zu übernehmen.

Ganz anders in der Nachbarstadt Düsseldorf, in der jetzt die öffentliche Beratung von Grünen und SPD beginnt. Gewählt wird der Oberbürgermeister erst am 18. Oktober – es ist also noch ein wenig Zeit für die SPD, ob sie die Forderungen der Alternativen erfüllen will, nur um für ihren Spitzenkandidaten Klaus Bungert das Oberbürgermeisteramt zu gewinnen.

Personaldiskussion

Die Grünen wollen ein Programm zur Entwicklung genossenschaftlicher Lebensform, verlangen eine kommunale Technologieberatungsstelle, den Verzicht auf Privatisierung von städtischen Betrieben, Übertragung des gesamten städtischen Wohnungsbesitzes in das Eigentum der städtischen Wohnungsgesellschaft, Bevorrechtigung von Bus und Bahn gegenüber Pkw und die Reduzierung sämtlicher Ausschüsse im Rat bis hin zur Stillegung der U-Bahn-Bauten.

Das alles ist noch vergleichsweise moderat zu dem allgemeinen Katalog, der bei dem „Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie" anfängt und bei einer „Reduzierung bis Stopp des Braunkohletagebaus" endet. Wie dann Strom gewonnen werden soll, *sagen die Grünen allerdings nicht.*

„Wir werden aber sicherlich höhere Preise fordern als die hessischen Grünen," sagte unlängst Vorstandsmitglied Michael Happe. Und ein Kollege ergänzt ihn mit dem Hinweis auf ein Zitat des Nachrückers der Grünen-Abgeordneten im Hessischen Landtag, Chris Boppel: „Wir werden Jahr für Jahr die Schraube enger drehen für das, was die Industrie sich noch leisten kann."

Am kommenden Wochenende in Detmold werden sich die Landesdelegierten auf die Landeswahlen im Mai 1985 vorbereiten. Vor allem wird dann auch an Personen sichtbar werden, welchen Kurs die Grünen in NRW steuern wollen – an Namen wie Otto Schily etwa, der jetzt schon als Spitzenkandidat gehandelt wird. Schily müßte im März aus dem Bundestag rotieren und könnte dann im Mai in den Landtag einsteigen.

Zwei Fabriken werden zum Test für das Bündnis mit Börner

D. GURATZSCH, Wiesbaden

In Hessen haben die Grünen am Wochenende ihre Landtagsabgeordneten auf einen harten Kurs gegenüber der SPD verpflichtet. Auf ihrer Landesversammlung in Mainhausen, an der rund 350 der insgesamt 3000 Parteimitglieder in Hessen teilnahmen, kalkulierten mehrere Debattenredner auch des gemäßigten Flügels dabei ganz ausdrücklich ein Auseinanderbrechen des Tolerierungsbündnisses mit der SPD-Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Holger Börner ein. *Der hessischen SPD* hatte die neue scharfe Tonart am Montag für Stunden die Sprache verschlagen. Weder Börner noch sein vor allem angegriffener Wirtschaftsminister Ulrich Steger waren zu einer Stellungnahme bereit.

Schon der Tagungsort hatte Gewähr dafür geboten, daß die Diskussionen der Grünen über die bisherigen Ergebnisse der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in einer elektrisch geladenen Atmosphäre stattfanden. Mainhausen, an der bayerischen Grenze nahe Seligenstadt gelegen, ist zu einem Ereigniszentrum für den in Hessen drohenden Müllnotstand geworden. Außerdem liegt die Stadt im näheren Einzugsbereich von Hanau, dem Standort der beiden Brennelementefabriken Alkem *und* Nukem, *die zunehmend in* die Schußlinie der Grünen geraten sind und die von ihnen heute verdächtigt werden, „waffenfähiges Material" herstellen und in größerem Umfang lagern zu wollen.

In Mainhausen haben die Grünen nun mit einem Beschluß in bisher kaum gekannter Einmütigkeit den Fortbestand der beiden Fabriken zum Testfall für das rot-grüne Bündnis erhoben. Sie haben sich damit die Verlegenheit zunutze gemacht, in die die Firmen durch die Novellierung des Atomgesetzes von 1975 durch den Bundestag gebracht worden sind. Seitdem müssen Fabriken dieser Art dieselben Sicherheitsbedingungen wie Kernkraftwerke erfüllen. Das können sie nach eigenen Angaben nur, indem sie neue Produktionsanlagen errichten. Beide Werke arbeiten seit 1975 mit einer Sondergenehmigung. Die Genehmigungsverfahren für die neuen Produktionsanlagen stehen vor dem Abschluß.

In diese Situation platzen die grünen Beschlüsse von Mainhausen wie Sprengsätze für den immer wieder mühsam gekitteten Bündnisfrieden zwischen Grünen und Sozialdemokraten. Die Grünen in Mainhausen argumentierten, daß die Absage an die Kernkraft ein Herzstück ihrer Identität sei. Einem Ausbau der Atomwirtschaft oder gar einem „Marsch in den Plutoniumstaat" ausgerechnet unter einer von ihnen tolerierten *SPD-Minderheitsregierung* könnten sie niemals zustimmen. Sie stützten sich dabei unter anderem auf Vereinbarungen mit der SPD, in denen unpräzise vom „Verzicht auf einen weiteren Ausbau der Atomenergie" und von der Überflüssigkeit „neuer Atomkraftanlagen in Hessen" die Rede war.

In der Tat haben beide Firmen eine Erhöhung ihrer Lagerkapazität beantragt – Nukem für Uran um das Dreifache, Alkem für Plutonium um das Vierzehnfache. Die Zielmarken dieser Vorratshaltung reichen nach Meinung der Grünen zum Bau von „mehreren hundert Atombomben" aus.

Der Konflikt hatte sich schon vor zehn Tagen verschärft, als die Grünen behauptet hatten, die Firma Alkem arbeite „ohne Genehmigung und damit *illegal*". In *Mainhausen* forderten sie nun die Landesregierung erneut auf, „das Betreiben der nicht genehmigten Anlagen unverzüglich zu untersagen".

Für den Weiterbetrieb der Firma Nukem hatten die Landtagsabgeordneten, die mit wenigen Ausnahmen dem „gemäßigten" Flügel angehören, in Mainhausen zunächst versucht, der Regierung wenigstens einen gewissen Handlungsspielraum zu gewähren. Danach sollte die geplante neue Fabrik Nukem II den Betrieb aufnehmen dürfen, wenn garantiert sei, daß dort kein „waffenfähiges Material" hergestellt wird. Dies hätte es der Firma ermöglicht, in dem neuen Werk mit Uran umzugehen, das nur bis zu 20 Prozent angereichert ist. Kurz vor der Abstimmung kippten die „Gemäßigten" dann aber doch noch unter dem Druck der „Basis" um. In dem dann fast einstimmig verabschiedeten Antrag heißt es klipp und klar: „Sollte der Firma Nukem eine Genehmigung zum Bau der Brennelementefabrik Nukem II erteilt werden, ist die Zusammenarbeit Grüne–SPD gescheitert."

Für die SPD-Landesregierung wollte gestern lediglich der Pressesprecher im Wirtschaftsministerium, Reinhart Raack, Stellung nehmen. Die Forderung der Grünen, beide Firmen zu schließen, könne nicht erfüllt werden, solange die Unternehmen legal arbeiteten, war sein Kommentar. Bis zur Entscheidung über ihre Genehmigungsanträge produzierten beide Firmen „im Rahmen des geltenden Rechts".

Über den Antrag von Nukem werde noch in diesem Jahr entschieden, ein Bescheid für Alkem sei im ersten Quartal 1985 zu erwarten. In den Verfahren gehe es lediglich darum, ob die beiden Firmen die „Sicherheitsziele" des Atomgesetzes erreichen. Bei dieser Prüfung könne das Wirtschaftsministerium keine „sachfremden Erwägungen" berücksichtigen.

Demgegenüber herrschte bei den Grünen selbst nach den Mainhausener Beschlüssen eher eine Stimmung zwischen Frohlocken und gespannter Erwartung über mögliche Konsequenzen der wiedergefundenen Einmütigkeit *zwischen „Realpolitikern"* und „Fundamentalisten" in der „Bündnisfrage". Während einige Landtagsabgeordnete mit gedämpfter Laune prophezeiten, daß es nun mit der SPD „schwierig" werden könnte, spielten andere bereits die Konsequenzen eines „Bruchs" mit den Sozialdemokraten durch.

Die Mainhausener Beschlüsse legten die grünen Landtagsabgeordneten selbst dann auf einen solchen Bruch fest, wenn sich das Land in der Genehmigungsfrage hinter der „Auftragsverwaltung des Bundes" verschanze, war die Meinung in dieser Fraktion. Die weiteren Schritte müßten dann sein: Mißtrauensantrag gegen Börner oder Auflösung des Landtages – beides ginge nur mit den Stimmen der CDU und FDP. Käme man durch damit, müßte es in Hessen neue Landtagswahlen innerhalb von 60 Tagen geben.

Die Radikalisierung im Stuttgarter Landtag

XING-HU KUO, Stuttgart

Bis zur Landtagswahl im März dieses Jahres galten Baden-Württembergs Grüne bundesweit als moderat, *zum Teil sogar als „konservativ". Vor* allem die früheren sechs Abgeordneten im Stuttgarter Landtag um ihren Sprecher Wolf-Dieter Hasenclever genossen deshalb große Sympathien. Offensichtlich hat dieser Kurs der sogenannten Basis mißfallen: Keiner der sechs überaus engagierten und zum Teil erfolgreichen Abgeordneten wurde wieder aufgestellt.

Eine völlig neue, neunköpfige, zur Fraktionsstärke angewachsene grüne Gruppe vertritt nunmehr die ökologische Partei im Stuttgarter Landtag. Gleich nach der Konstituierung des neuen Stuttgarter Landtags wurde deutlich, daß die neuen Mitglieder der Fraktion politisch weitaus radikaler einzuordnen sind als die ehemaligen Gruppenmitglieder. Die neue Fraktion hingegen beeilte sich, sich medienwirksam *quasi* an die Spitze der „Friedensbewegung" zu stellen. Fraktionssitzungen wurden beispielsweise schon im Juli dieses Jahres in Mutlangen durchgeführt. Der Abgeordnete Winfried Herrmann, der sich ebenfalls häufig dort aufhielt, wurde von der Polizei vorübergehend festgenommen. Der angeblich gewaltfreie zivile Ungehorsam wird von den neuen Abgeordneten immer häufiger praktiziert, wobei Polizeiaktionen dagegen werbewirksam in Pressemitteilungen als „Beweis" für staatliche „Gewalt und Brutalität" verbreitet werden.

„Wadenbeißer"

Innerhalb und außerhalb des Landtags wurden die einst relativ zahmen *Grünen zu giftigen „Wadenbeißern"* – nicht nur in Stuttgart. Dezentral in vielen Städten und Orten Baden-Württembergs begannen die Grünen, mit der Umweltpolitik andere politische Absichten zu kaschieren. Neuestes Beispiel ist der Kreis Waiblingen: Hier haben die Grünen auf eine eigene Liste für die Kommunalwahl am 28. Oktober verzichtet. Statt dessen gibt es eine „Alternative Liste", die aus einer Bürgerinitiative „Altstadtsanierung – so nicht" hervorgegangen ist. In dieser Gruppe sind nicht nur einige Grüne und Parteilose vertreten, auf den vorderen zehn Plätzen stehen sechs DKP-Mitglieder. Die örtliche SPD spricht deshalb von einer „U-Boot-Liste" der moskauhörigen DKP. Noch im Frühjahr hatte der grüne Landesvorstand vor einer Zusammenarbeit mit der DKP gewarnt.

Das aggressive Auftreten der grünen Fraktion im Stuttgarter Landtag (WELT vom 5. Oktober) mit starken anti-amerikanischen Attacken und einem in dieser Deutlichkeit noch nie dagewesenen Bekenntnis zu Rechtsbrüchen hat den neuen Kurs der Grünen in Baden-Württemberg vollends deutlich gemacht.

„Tricks und Lügen"

Es verwundert deshalb nicht, daß einige Prominente der Partei den Rücken gekehrt haben. Vor wenigen Tagen erklärte das Landesvorstandsmitglied Benita Schulz ihren Rücktritt von diesem Amt. Zur Begründung führte sie an, daß die „angebliche Frauenfreundlichkeit der Partei" spätestens dann ihre Grenzen finde, wenn eine Frau ein Kind bekomme. Kenner der grünen Szenerie vermuten aber tiefere Konflikte zwischen Frau Schulz und den neuen Mandatsträgern. Die ehemalige Landtagsabgeordnete Elsbeth Mordo, die im Juni die Partei gänzlich verließ, wurde deutlicher: „Machtstreben, Tricks und Lügen" seien bei den Grünen in noch erschreckenderem Maße vorhanden als bei den gescholtenen „Etablierten". Und: „Nach meinem Eindruck hat sich eine kleine Gruppe von Aktivisten hervorgetan, denen es . . . darum geht, irgendwo links von der SPD Macht im Staate zu erlangen oder, noch schlimmer, den Staat zu zerstören".

Baden-Württembergs CDU-Landesregierung hat den harten Kurs der Grünen nicht nur im Landtag gespürt. Die Partei hat das Stuttgarter Staatsministerium beim Staatsgerichtshof Baden-Württembergs in Mannheim wegen angeblichen Verfassungsverletzungen verklagt: Die Regierung soll vor der Landtagswahl der CDU aktive Wahlkampfhilfe geleistet haben, auf Kosten der Steuerzahler.



Digitalisierung ist das Stichwort für allen Fortschritt in der Nachrichtentechnik. Die Bundespost ist dabei, ihre Dienste weiter zu digitalisieren, um sie in ein universelles Fernmeldenetz zu integrieren. Und Nixdorf ist dabei. Von Anfang an.

ISDN ist das Ziel – Integrated Services Digital Network. Das heißt: schon bald wird man die Möglichkeit haben, Sprache, Daten, Texte und Bilder in einem integrierten Netz zu übertragen. Gleichzeitig. Schneller. Und kostengünstiger. Auch die Übertragung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen wird in einem weiteren Entwicklungsschritt mit der Breitbandverkabelung in dieses universelle Netz eingebracht.

Nixdorf ist dabei. Mit den BIGFON-Versuchen. Mit digitalen Telefonen und mit Breitband-Vermittlungssystemen für Bildtelefon und Videokonferenzen. Mit speziellen Einrichtungen für Kabelfernsehprojekte – für die Koordination der Versorgung von Privathaushalten mit Pay-TV-Programmen und deren individueller Abrechnung.

Nixdorf sieht ISDN als Herausforderung: für die Innovationskraft und den Unternehmungsgeist eines der größten Computerhersteller Europas. Neue Produkte entstehen hier für neue Anwendungen. Die Erfahrung mit digitalen Anwendungen ist dabei die stabile Basis für die Erfolge der Zukunft.

ISDN: In Sachen Digitalisierung Nixdorf. Ein Erfolgsbeispiel ist die digitale Nebenstellenanlage Nixdorf 8818, die erste in Deutschland. Mit dem Anschluß an die künftigen ISDN-Möglichkeiten.

Schließen Sie sich jetzt schon an die digitale Zukunft an. Einer der 60 Service- und Beratungsstützpunkte ist gleich in Ihrer Nähe.

Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 05251/506130



Arabergipfel: Neinsagen als Minimalkonsens

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Heute sollte eigentlich in Rabat eine Gipfelkonferenz der in der Arabischen Liga versammelten Staaten beginnen, um, wie der derzeitige Vorsitzende des Gremiums, der marokkanische König Hassan, in seiner Einladung schrieb, über das Verhältnis der arabischen Staaten zu Ägypten nachzudenken, das wegen der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kairo und Amman erneut eine gewisse Aktualität gewonnen hat. Die Konferenz findet vorerst nicht statt. Syrien lehnte eine Beteiligung sofort ab und versucht seither angestrengt, auch die anderen Teile der radikalen Ablehnungsfront (Libyen, Algerien, Südjemen, Iran, früher auch die PLO) auf den Neinsagerkurs einzuschwören und zu einen.

Syriens Aufgabe war leicht. Die politische Logik der arabischen Hardliner seit dem Besuch Sadats in Jerusalem im November 1977 fordert starke Worte und seit der Gipfelkonferenz von Bagdad 1979 auch Boykottmaßnahmen gegen all jene, die sich in die Richtung von Camp David begeben. Aber es gibt auch andere Gründe, die es den Ablehnungsstaaten derzeit besonders leicht machen, das Angebot des marokkanischen Königs in den Wind zu schlagen. Algerien will König Hassan seit dessen Fusion mit Libyen keinen Gefallen tun und legt im übrigen mehr Wert auf normale, mithin einträglichere Beziehungen zu den USA. Libyen selbst versucht bei prowestlichen Regierungen einen gemäßigteren Eindruck zu erwecken, gewiß auch aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen. Südjemen hat sich dagegen erst vor wenigen Tagen mit Libyen überworfen und die diplomatischen Beziehungen suspendiert. Die PLO, die in toto einst ein gefeierter Bestandteil der Ablehnungsfront war, wird seit ihrer politischen Zersplitterung kaum mehr erwähnt, wahrscheinlich auch gar nicht gefragt. Die Ablehnungsfront zeigt Risse wie harter getrockneter Lehm.

Solcherart zuwiderlaufende und divergierende Interessen aber wollte niemand der Radikalen zur Schau stellen. So war es für die Geladenen ebenso leicht, die Konferenz zu boykottieren, wie für den Gastgeber, dazu einzuladen. Alle konnten sich profilieren. Die einen mit harter Rhetorik, die anderen mit Parolen über Vernunft, Maß und Einheit.

Polen-Reise: Papandreou tanzt aus der Reihe

Regime wird aufgewertet / USA bleiben Prügelknabe

E. ANTONAROS, Athen

Athens Ministerpräsident Andreas Papandreou wird Polen am 22. Oktober einen offiziellen Besuch abstatten. Dadurch ist der griechische Spitzensozialist zum ersten Regierungschef eines Mitgliedslandes der NATO und der Europäischen Gemeinschaft geworden, der Warschau seit Verhängung des Ausnahmezustandes und dem Verbot der Gewerkschaft „Solidarität" besucht.

Papandreou hat westliche Diplomaten in Athen überrascht, weil man allgemein davon ausgegangen war, daß die längst geplante, aber immer wieder verschobene Reise erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden würde. Zwar versuchte ein Regierungssprecher in Athen die politische Bedeutung dieser Reise einzuschränken, indem er darauf hinwies, daß bereits vor Papandreou Österreichs Außenminister und Bundesaußenminister Genscher Gespräche in Warschau führen werden. Diese Erklärung wird jedoch von Griechenlands westlichen Verbündeten als nicht überzeugend disqualifiziert, weil Papandreou eben aus der gemeinsamen Front schon wieder ausgebrochen ist und, anders als stillschweigend vereinbart, das Polen-Regime durch seine Reise gewissermaßen aufwertet.

Von Papandreous neuester Eskapade fühlen sich vor allem die Amerikaner überrascht, die in letzter Zeit jeden Grund haben, sich über dessen Haltung zu ärgern. Nach einer Reihe polemischer Äußerungen an die Adresse Washingtons in den letzten Monaten, die auf dem Parteitag der regierenden Pasok-Partei im Mai ihren Höhepunkt erreicht hatten, wurde Papandreou letzte Woche amerikakritischer denn je zuvor.

Vorwurf der Spionage

Während einer Fraktionssitzung sagte er, daß nun „international akzeptiert wird, daß es sich beim Jumbo der koreanischen Fluggesellschaft, der im September 1983 von den Russen abgeschossen wurde, um ein Spionageflugzeug des amerikanischen Geheimdienstes CIA gehandelt hat".

Die Amerikaner sind von Papandreou einiges gewohnt, sie wissen zwar, daß er manchmal „links" redet und häufiger, als die Öffentlichkeit wahrnimmt, NATO-konform handelt. So hat er unlängst seine Erlaubnis für die Stationierung eines Radarflugzeuges vom Typ Awacs im westgriechischen Flughafen Aktion gegeben. Dennoch haben sie in den letzten Monaten Athen immer wieder wissen lassen, daß sie die Rolle eines Prügelknaben – wenn auch nur in dieser Form – nicht akzeptieren wollen. Ihnen scheint die Rücksichtnahme auf Papandreous innenpolitische Erwägungen eben zu weit gegangen zu sein. Im Fall einer Wiederwahl Reagans ist fast damit zu rechnen, daß Washington von Athen mehr Loyalität verlangen wird.

Wahlen schon im Visier

Dennoch ist mit einer Kursänderung in Athen nicht zu rechnen. Im Gegenteil: Eher sollte eine Zunahme der linkslastigen Äußerungen von Papandreou erwartet werden, weil Griechenland bereits in einer wahlkampfähnlichen Situation steckt, obwohl die nächste Parlamentswahl erst im Oktober 1985 stattfinden soll. Mit seinen großspurigen, zuweilen sehr nationalistisch gefärbten Thesen, sucht Papandreou seine Partei von der schlechten Wirtschaftslage und den unerfüllt gebliebenen Wahlversprechen abzulenken.

Bereits jetzt, also gut ein Jahr vor dem nächsten Wahltermin, hat er seine alte Wahlrhetorik aus der Schublade geholt und verspricht den Griechen aufs Neue den bisher ausgebliebenen „großen Wandel". Zwar gibt er sich schon jetzt siegessicher und sagt voraus, daß eine Rückkehr der „Kräfte der Reaktion" an die Macht – gemeint ist das bürgerliche Lager – nicht möglich sei. Hinter dieser zweckoptimistischen Fassade verbirgt sich jedoch die Erkenntnis, daß eine Wiederholung seines Wahltriumphes vom Oktober 1981 unwahrscheinlich ist.

Aber gerade deshalb begann er, seinen linken Flügel und die links von seiner Partei angesiedelten Wähler zu umwerben. So besuchte er in einem Athener Krankenhaus den greisen Linkspolitiker Ilias Iliou und ließ sich mit ihm fotografieren. Papandreou: „Wir brauchen das linke Gedankengut." (SAD)

Genscher beschreibt neue WEU-Aufgaben

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Genscher, derzeit Ministerratsvorsitzender der Westeuropäischen Union, will die Reaktivierung der aus Großbritannien, Frankreich, Italien, den Beneluxstaaten und der Bundesrepublik Deutschland bestehenden WEU vorantreiben. Diesem Zweck sollen ein zum 30. Jahrestag der WEU einberufenes Sondertreffen der Außen- und Verteidigungsminister und eine Tagung der parlamentarischen WEU-Versammlung Ende Oktober in Rom dienen.

Ein gestern in der „Europäischen Zeitung" veröffentlichter Grundsatzartikel zeigt, daß der Bundesaußenminister mit der Neubelebung der WEU nicht nur den „europäischen Pfeiler der NATO stärken" will. Er möchte auch die europäische Rüstungskooperation fördern, den Rüstungskontrolldialog zwischen Ost und West anregen, sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Beziehungen zur Dritten Welt diskutieren und einer neuen „sicherheitspolitischen Ebene" in der Europäischen Gemeinschaft Impulse geben.

Genscher sieht folgende neue Aufgaben für die WEU innerhalb der NATO und in enger Absprache mit den Vereinigten Staaten:

Die Organisation könnte als Forum zur Abstimmung aller Themen dienen, bei denen sich eine gemeinsame europäische Haltung im Bündnis empfiehlt. Im Rahmen ihrer Gremien sollen die vorhandenen europäischen Ressourcen für die konventionelle Verteidigung stärker aufeinander abgestimmt und effizienter nutzbar gemacht werden. Das bisherige Verhältnis europäischer Beschaffungen in den USA zur amerikanischen Beschaffung in Europa – 7:1 – ist nach Ansicht des Bundesaußenministers unbefriedigend.

Die WEU soll dem Rüstungskontrolldialog zusätzliche Impulse verleihen. Sie könnte weiter dazu beitragen, den auf dem Harmel-Bericht von 1967 basierenden Kurs des Bündnisses zu festigen und Zusammenarbeit mit dem Osten zu fördern. Die WEU soll sich zudem mit sicherheitspolitischen Aspekten der Beziehungen Europas zur Dritten Welt befassen.

Genscher erhofft sich außerdem „positive Impulse zur Bildung einer dritten, sicherheitspolitischen Ebene im europäischen Einigungsprozeß".

Harte Kritik an Grünen, SPD, Friedensbewegung

Studie: Elementare Unkenntnis der militärischen Materie

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Ein Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (Ebenhausen), in dem der Verfasser, Peter Stratmann (SPD), Kritik an führenden SPD-Mitgliedern, den Grünen und der Friedensbewegung übt, findet gegenwärtig Aufmerksamkeit bei der NATO. Darin wirft Stratmann den Genannten vor, mit ihrer Kritik an der neuen Führungsdoktrin des amerikanischen Heeres „AirLandBattle" ein „Zerrbild der Wirklichkeit" geschaffen zu haben. Das Institut gilt international als seriös.

Namentlich genannt in Stratmanns Papier werden der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke und einige Journalisten bekannter Publikationen und elektronischer Medien in der Bundesrepublik Deutschland. Zusammen mit den Grünen und der Friedensbewegung werden sie dafür verantwortlich gemacht, eine taktische Führungsvorschrift für die amerikanischen Truppen in der Öffentlichkeit so dargestellt zu haben, als hätten die Vereinigten Staaten eine neue Offensivstrategie für Europa entwickelt.

Semantische Irrläufe

„Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß für die meisten genannten Kritiker die Lektüre der ‚AirLandBattle'-Vorschrift – oder der daraus kolportierten Exzerpte – überhaupt die erste Begegnung mit militärischer Sprache bedeutet hat, was ihre semantischen Irrläufe erklären würde", schreibt Stratmann. Die Darstellung der „AirLandBattle"-Doktrin werde von Untugenden der zeitgenössischen deutschen politischen Kultur bestimmt, wie sie sich bereits während der Nachrüstungsdebatte gezeigt hätten: Durch einen Hang zu vorschneller Politisierung, durch „elementare Unkenntnis der militärischen Materie", den Verzicht auf sachkundige Beratung und die „ungeprüfte Weiterverbreitung alarmierender Schlagwörter".

Hinzu komme die „desinformierende Propaganda" der Friedensbewegung, die die bisherige sicherheitspolitische Grundorientierung der Bundesrepublik prinzipiell bekämpfe. Stratmann zitiert aus einer von den Grünen im Bundestag herausgegebenen Studie, in der es heiße, „Ziel der Friedensbewegung muß im Interesse des Friedens ein Bruch mit den USA, eine Schwächung, Zersetzung und schließlich Auflösung der NATO (und des Blocksystems insgesamt) sein. Die Friedensbewegung muß folglich versuchen, die Krise in der NATO zu schüren, die Widersprüche offenzulegen und offenzuhalten".

Absurde Konsequenzen

Den Kritikern der „AirLandBattle" wird vorgehalten, sie hätten diese als „strategische Doktrin" der USA ausgegeben, obwohl sie dies nicht sei und in ihr ausdrücklich betont werde: „Die Militärstrategie bestimmt die Grundbedingungen für militärische Operationen. Ihre Formulierung liegt außerhalb des Rahmens dieser Vorschrift." Hinsichtlich der strategischen Aspekte der Kriegführung weise die „AirLandBattle"-Vorschrift ausdrücklich auf die Verpflichtung hin, hierzu das Druckwerk 100-101 der US-Armee heranzuziehen. Stratmann: „Hätten die deutschen Kritiker diese Anweisung befolgt, wären sie auf jene vernünftigen Grundsatzaussagen über Politik und Strategie gestoßen, deren Abwesenheit (in der „AirLandBattle"-Vorschrift) ihnen als Beweis für eine angeblich entpolitisierte rein militärische Denkhaltung der amerikanischen Führung dient."

Tatsächlich würden sich die Prinzipien der „AirLandBattle" eindeutig und ausschließlich auf die operative und taktische Führung von Großverbänden – Korps und Divisionen – beziehen. Folglich setze die Vorschrift den Kriegsfall als Prämisse voraus und richte sich an die militärischen Führer der mittleren Kommandoebene: „Wenn die operativ-taktisch gebrauchten Begriffe dieser Vorschrift trotzdem fälschlich politisch-strategische Inhalte zugeschrieben werden, muß diese Fehlinterpretation zwangsläufig zu absurden Konsequenzen führen." In den kommenden Jahren werde es jedoch darauf ankommen, in der sicherheitspolitischen Debatte eine schrittweise Annäherung an die politisch-strategische Realität zu vollziehen, statt sich in „ideale Sicherheits- und Strategiemodelle" zu flüchten, schreibt der Autor. Stratmann kündigte an, daß dem Papier ein Buch folgen solle. (SAD)

Ökumenische Umarmung im Dom von Trient

dpa, Trient

Der „Dom der Gegenreformation" in Trient ist zum Schauplatz einer ökumenischen Begegnung geworden, die von italienischen Medien fast einhellig als „historisch" empfunden wird. In der massigen mittelalterlichen Kathedrale der Alpenstadt tauschten am Sonntag abend katholische, protestantische und orthodoxe Kirchenführer aus West- und Osteuropa Umarmungen, unter dem lebhaften Beifall der zahlreich herbeigeströmten Bevölkerung.

Gemeinsam beteten sie das 1500 Jahre alte Glaubensbekenntnis (Credo), das die Konzilien von Nizäa und Konstantinopel formuliert hatten, und verkündeten eine Botschaft der Hoffnung auf Einheit aller Kirchen Christi. In dem Dokument fordern sie „jede Anstrengung, daß die Welt vor einem Atomkrieg bewahrt bleibt".

Die Botschaft ist das Ergebnis der 3. Ökumenischen Tagung der europäischen christlichen Gremien, die in der vergangenen Woche in Riva am Gardasee stattgefunden hat. Vor der Feier im Trienter Dom waren, wie das Ordinariat einräumt, „Schwierigkeiten und Mißtrauen" zu überwinden. Das ist angesichts des Ortes verständlich: Das Trienter Konzil, das mit Unterbrechungen von 1545 bis 1563 tagte, hat zwar manche der von Martin Luther geforderten Reformen eingeleitet, gleichzeitig aber den päpstlichen Absolutismus gestärkt. Von Kaiser Karl V. als Konzil der Versöhnung mit den Protestanten (deshalb auf damaligem Reichsgebiet) gefordert, wurde es zum Konzil, das die Glaubensspaltung besiegelte und vertiefte.

So war es von symbolischer Bedeutung, daß die Organisatoren der ökumenischen Liturgie vom Sonntag das riesige Kruzifix, vor dem 1563 die Beschlüsse des „Tridentinum" proklamiert worden waren, aus der Seitenkapelle holten und vor dem Hauptaltar aufstellten. Am Wochenende hatten die Teilnehmer, an ihrer Spitze der katholische Erzbischof von Westminster, Kardinal Basil Hume, und der Präsident der Konferenz der europäischen nichtkatholischen Kirchen, André Appel, als Geste der Friedenssehnsucht auch die „Gefallenenglocke" von Rovereto bei Trient besucht.

Die Unionsparteien geben dem Postminister jetzt Rückendeckung

CDU/CSU-Papier würdigt Vorleistungen beim Aufbau einer modernen Medienstruktur

GERNOT FACIUS, **Bonn**

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) hat für seine Kabel-Politik, die in den vergangenen Monaten auch hier und da von CDU/CSU-Politikern mit kritischen Anmerkungen versehen worden ist, jetzt die politische Rückendeckung durch die führenden Medienpolitiker beider Unionsparteien erhalten. Der medienpolitische Koordinierungsausschuß von CDU und CSU weist in einem jetzt in Bonn verabschiedeten „Programm für eine freiheitliche Informationspolitik" jeden Gedanken an einen akuten Zielkonflikt zwischen Breitbandnetzen mit der Kupferkoaxialtechnik und der Glasfaser-Technologie zurück. Er attestiert dem Bundespostminister eine „innovationsorientierte Vorgehensweise", die nicht nur die Entwicklungsmöglichkeit verschiedener Systemtechniken offenhalte, sondern auch für die Stellung der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb von entscheidener Bedeutung sei.

In der Vergangenheit war dem Postminister immer wieder vorgehalten worden, er bediene sich einer veralteten Technik. Diesen Vorwurf läßt der Koordinierungsausschuß, hinter dem die Autorität der Präsidien beider Unionsparteien steht, nicht gelten. „CDU und CSU begrüßen die Vorleistungen der Deutschen Bundespost beim Aufbau einer modernen Kommunikations-Infrastruktur, die für die Schaffung eines zukunftsträchtigen Medienmarktes notwendig sind. Daß dabei langfristig beim Einsatz aller Systemtechniken – Kabelfernsehnetze, Fernsehsatelliten, direkt empfangbare Rundfunktechnik – auch auf Rentabilität zu achten ist, ist für CDU und CSU unbestrittenes Ziel", heißt es in dem Programm.

Die Post ist nach Meinung des Ausschusses geradezu verpflichtet, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß den Bürgern ein vielfältiges Programmangebot zur Verfügung gestellt werden könne. „Dabei ist darauf zu achten, daß kein Gefälle von Stadt zu Land entsteht", wird dem Postminister von Parteiseite mit auf den Weg gegeben, ein Hinweis darauf, daß auch bei der „Verkabelung" die Chancengleichheit aller Regionen gewahrt werden muß. „Die sich gegenseitig ergänzende Nutzung von Kabelfernsehnetzen, Fernmeldesatelliten und direkt empfangbaren Rundfunksatelliten sichert am besten die gleichmäßige Versorgung aller Bürger mit Programmvielfalt." Daß dabei dem Kabel zur Zeit ein Vorrang eingeräumt ist, wurde von den Medienpolitikern der Union einkalkuliert. Dabei spielt auch eine Rolle, daß sich die Nutzung des in deutsch-französischer Zusammenarbeit geplanten Direktsatelliten TV-Sat erheblich verzögern wird. Kabel- und Satellitentechniken werden in dem CDU/CSU-Papier ohnehin nicht als Alternativen, sondern als „gegenseitige sinnvolle Ergänzung" gesehen.

CDU und CSU bekennen sich zwar zu der in der Medienpolitik umstrittenen „Bestands- und Entwicklungsgarantie" für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, bemühen sich aber, diese Garantie einzugrenzen: „Diese Garantie *umfaßt insbesondere nicht* eine Ausweitung der Werbung, die Lokalisierung und Subregionalisierung der Programme sowie die Regionalisierung von Videotext." In eher vage gehaltenen Formulierungen wird an die Landtage appelliert, bei der künftigen Gebührenfestsetzung den Aspekt einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung besonders zu berücksichtigen. Private Anbieter, so heißt es, müßten durch gesetzliche Regelung gesicherte Chancen erhalten, sich erfolgreich zu bewähren. Die Länder werden aufgefordert, einen „verläßlichen Ordnungsrahmen" zu schaffen, der geeignet sei, die Grundlage für langfristige Investitionen zu bilden. Daß sich aber ein einheitlicher, für alle Bundesländer verbindlicher Ordnungsrahmen noch schaffen läßt, wird gerade in Unionskreisen bezweifelt.

Bahners Plan: Eine „USA-Partei"

Ehemaliger Berliner CDU-Politiker will mit seiner Gruppierung bundesweit antreten

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Der ehemalige Berliner Bundestagsabgeordnete Dietrich Bahner (CDU) hat gestern in Berlin seinen Parteiaustritt und die Absicht bekanntgegeben, für die Landtagswahlen in Berlin und Nordrhein-Westfalen mit einer eigenen Partei anzutreten. Wie von der WELT berichtet, war Bahner bereits in der vergangenen Woche von seinem Amt als CDU-Kreisvorsitzender des Berliner Bezirks Wedding zurückgetreten. Den Ausschlag dafür hatten Differenzen mit dem CDU-Landesvorstand über das Wahlkampf-Konzept der Union gegeben.

Nach Worten Bahners soll in spätestens zwei Wochen in Berlin die Gründung der sogenannten bundesweiten „Umweltschutz-, Steuerzahler- und Arbeitsplatz-Partei", kurz „USA-Partei" stattfinden. Mit dem Kürzel „USA" wolle er seine besondere Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten und den westlichen Verbündeten ausdrücken, sagte Bahner, der von 1979 bis 1983 dem Deutschen Bundestag angehört hatte. Die Partei solle eine „bürgerliche Alternative" zu den etablierten Parteien und den Grün-Alternativen darstellen, kündigte der Politiker an. Seiner bisherigen Partei warf Bahner vor, es habe ihr an Mut, Phantasie, Bürgernähe und auch Ehrlichkeit gefehlt.

Die Berliner CDU beurteilte gestern den Vorstoß des 44jährigen prominenten Lokalpolitikers mit gemischten Gefühlen. Noch am Wochenende hatte der Berliner CDU-Generalsekretär Günter Straßmeir versucht, Bahner von der Parteigründung abzuhalten. Er sei jedoch „keinen Argumenten mehr zugänglich gewesen", hieß es aus der CDU-Spitze. Während die meisten CDU-Senatoren die Parteigründung als „totgeborenes Kind" qualifizierten, verschwiegen einige Landespolitiker jedoch nicht ihr Unbehagen darüber, daß das Ausscheren Bahners nicht nur Wählerstimmen für die Union kosten könnte, sondern auch von den Oppositionsparteien als Mangel an Geschlossenheit innerhalb der Union angesehen werden könnte. „Hier wird der SPD und AL billige Wahlkampf-Munition geliefert", hieß es dazu im CDU-Landesvorstand.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gesamtlage nicht gebessert

„Der lange Marsch aus der Kirche oder: wo bleibt die allgemeine geistige Wende?"; WELT vom 12. September

Nach einer Umfrage bei ca. 1500 evangelischen Christen wiegt sich nun die Amtskirche in „relativer" Sicherheit: Die evangelische Kirche könne sich nach wie vor auf ein relativ breites volkskirchliches Einverständnis stützen; das allgemeine Meinungsklima gegenüber der Kirche sei weniger kritisch als vor zehn Jahren, und nicht zuletzt sollen sich die Pfarrer eines hohen Ansehens erfreuen. Sprächen die Tatsachen so, hätten wir Kirchenvolk guten Grund zur Freude. Viele evangelische Christen, unter ihnen der aufrechte Hamburger Altbischof Hans-Otto Wölber, bezweifeln aus erlebter Erfahrung die Richtigkeit des Umfrage-Ergebnisses.

Die Gesamtlage unserer Kirche hat sich keineswegs gebessert, die allgemeine geistige Wende hat in der evangelischen Kirche noch nicht eingesetzt. Im Gegenteil. Die hohen Kirchenaustrittszahlen sind mehr als ein Alarmsignal. Diese Entwicklung, in hohem Maße hervorgerufen durch einen immer mehr sich wie ein Krebsgeschwür ausbreitenden Politklerikalismus rot-grüner Couleur, geht unablässig weiter.

Es ist deutlich zu erkennen, daß die Zahl der Austrittsbereiten ständig wächst. Diese vielen evangelischen Christen finden in ihrer angestammten Kirche keine geistliche Heimat mehr vor. Mit einer womöglichen Verschleierungstaktik ist unsere Kirche nicht zu retten, wohl aber kann eine objektive, sachdienliche Berichterstattung über die gesamtkirchliche Situation sehr hilfreich sein.

Was ist in dieser verfahrenen Situation nun zu tun? Ein Kirchen-Wiedereintrittsprogramm muß schnellstens entwickelt werden. So sollten z. B. verantwortungsbewußte Kirchengemeindemitglieder politisierende Pfarrer ganz besonders auf die drei Hauptaufgaben der Kirche hinweisen:

- Verkündigung des unverkürzten Evangelismus;
- Seelsorge ausüben, insbesondere in Grenzfällen des Lebens, Hausbesuche sollten einen hohen Stellenwert erhalten;
- Unterstützung diakonischer Aufgaben.

Werden diese Schwerpunkte der Tätigkeiten verantwortlich denkender Pfarrer eingehalten, so brauchen wir uns um unsere evangelische Kirche nicht mehr zu sorgen, dann hat die allgemeine geistige Wende eingesetzt, und zwangsläufig wird es zu vermehrten Kirchen-Wiedereintritten kommen.

Dies wünscht von ganzem Herzen
Ihr WELT-Leser
H. Wiebemeyer,
Osnabrück

Kurzschriften

„Ein Schnellschreiber plädiert für die Kurzschrift"; WELT vom 19. September

Die erste bekannte Kurzschrift waren die Tironischen Noten, die nachweislich bereits 63 v. Chr. im Römischen Senat verwendet wurden. Die ersten Buchstaben-Kurzschriften wurden im 17. Jahrhundert entwikkelt, und zwar 1602 von J. Willis in England, 1651 von J. Cossard in Frankreich und 1678 von K. A. Ramsay für Deutschland (Übertragung von Sheltons System).

Erst im 19. Jahrhundert wurde in Deutschland eine Vielzahl von Systemen entwickelt, die gleichberechtigt nebeneinander standen. Als 1896 F. K. Scheithauer ein System mit Strichvokalisation entwickelte, das sehr leicht erlernbar, aber schwer flüssig zu schreiben war, entstand 1897 das Einigungssystem „Stolze-Schrey", während sich Rußland für „Scheithauer" entschied. Die damals sehr modernen Scheithauerschen Reklamemethoden hat Ehm Welk in dem Kapitel „Der geflügelte Griffel" in seinem Roman „Die Heiden von Kummerow" anschaulich geschildert. „Stolze-Schrey" wird heute noch vorwiegend in der deutschsprachigen Schweiz geschrieben.

In Deutschland dagegen kam nach zwanzigjährigen wechselvollen Verhandlungen 1924 durch Staatsvertrag der Reichsregierung mit allen Landesregierungen – die damals wie heute die Kulturhoheit hatten – die Einheitskurzschrift zustande, die im wesentlichen auf einer Vereinigung der Systeme „Gabelsberger" (1834) und „Stolze-Schrey" beruht. Die 1936 und 1968 vereinfachte „Einheitskurzschrift" wird bei uns, in der „DDR" und in Österreich als amtliches System gelehrt.

Daß in bezug auf Schreibschnelligkeit und -flüssigkeit noch Verbesserungen möglich sind, hat der Reichstagsstenograph Helmut Stief bewiesen, der während seiner politischen Haft in Bautzen seine „Stiefographie" entwickelt hat, die u. a. von einigen Presseleuten geschrieben wird.

Da man in der Datenverarbeitung z. Zt. an mehreren Systemen arbeitet, die das gesprochene Wort elektronisch in Schrift umsetzen sollen, ist abzusehen, daß die Kurzschrift bald ebenso der Geschichte angehören wird wie jetzt bereits der Rechenschieber.

Horst Lahmann,
Krefeld 11

Wort des Tages

„Wer sich im kleinsten Lager befindet, der ist in der stärksten Schule."

Gilbert Keith Chesterton; engl. Autor (1874 – 1936)

Als Mahnung

„Kohl setzt weiter auf die FDP. Deutliche Mahnung an Strauß"; WELT vom 2. Oktober

Das Interview des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in der „Welt am Sonntag" vom 30. September ist in jeder Hinsicht objektiv, korrekt und positiv, was das Verhältnis zwischen CDU und CSU angeht. Es ist leider immer mehr zum Unfug geworden, sensationelle Überschriften zu erfinden, die vom Text des Artikels her nicht gedeckt sind.

Was Franz Josef Strauß in dem Interview zum Ausdruck gebracht hat, denken die meisten. Nichts wäre gefährlicher für die Zukunft, als für eine nun einmal erlittene Schlappe falsche Ursachen zu nennen.

Die Äußerungen des CSU-Vorsitzenden sind als noch rechtzeitige Mahnungen eines Politikers zu verstehen, der nach dem Krieg unseren Staat mit aufgebaut hat und dem unser Vaterland am Herzen liegt.

Wolfgang Held,
Landesleitung,
Christlich-Soziale Union
in Bayern

Personalien

EHRUNGEN

Papst **Johannes Paul II.** hat Bankdirektor i. R. **Franz Linnebank**, Paderborn, zum Ritter des Silvesterordens sowie den Kaufmann **Ferdinand Klingenthal**, Paderborn, und den Bundestagsabgeordneten **Paul Löher** (CDU), Dortmund, zum Komtur des Silvesterordens ernannt. Der Erzbischof von Paderborn, **Johannes Joachim Degenhardt**, überreichte die Auszeichnungen.

*

Julius Ilsen, seit 1968 Bundesvorsitzender der Selbsthilfeorganisation und Helfergemeinschaft für Suchtkranke „Kreuzbund", ist anläßlich seines 70. Geburtstages mit dem „Brotteller", der höchsten Auszeichnung des Deutschen Caritasverbandes, geehrt worden. Im Rahmen eines Festaktes bezeichnete die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, **Irmgard Karwatzki** (CDU), die Tätigkeit des Kreuzbundes als eine „außerordentlich wichtige Arbeit für die ganze Gesellschaft".

*

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland hat Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** den Direktor der niedersächsischen Landesbibliothek in Hannover, Dr. **Wilhelm Totok**, ausgezeichnet. Der Staatssekretär im niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Dr. **Weert Börner**, überreichte den Orden. Er würdigte die Verdienste Totoks als Chef der Landesbibliothek, Bibliograph und Leibniz-Forscher. Internationale Anerkennung genießen Totoks Arbeiten „Handbuch der bibliographischen Nachschlagewerke" und „Handbuch der Geschichte der Philosophie".

GEBURTSTAG

Der evangelische Theologieprofessor **Claus Westermann** wurde 75 Jahre alt. Der Alttestamentler hat sich vor allem durch seine Lehrtätigkeit an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg sowie zahlreiche Veröffentlichungen, darunter seine Bücher „Umstrittene Bibel" und „Tausend Jahre und ein Tag", einen Namen gemacht.





„Der deutsche Wald wird weiterleben"

AP, Frankfurt

Gegen Kritik von „nicht kompetenten Eiferern und auch Demagogen" haben sich die deutschen Pflanzenschützer in Frankfurt vor der Eröffnung einer Verbandstagung zur Wehr gesetzt. Als „weltfremde Forderung" bezeichnete Professor Gerhard Schuhmann, Präsident der Biologischen Bundesanstalt, ein generelles Verbot von Pflanzenschutzmitteln. Der Markt mit den einschlägigen Chemikalien drohe dann unüberprüfbar zu werden.

Schuhmann räumte ein: „Über die Ursachen für das Waldsterben können wir nichts Sicheres sagen." Er glaube jedoch nicht, die Belastung der Böden dramatisieren zu müssen. „Der deutsche Wald wird weiterleben, eines Tages vielleicht mit anderen Arten", sagte der Präsident der Biologischen Bundesanstalt.

Mit den vielfältigen Symptomen für das Waldsterben will sich auch der 44. Deutsche Pflanzenschutztag auseinandersetzen, an dem in Gießen bis zum Freitag 900 Wissenschaftler aus 16 Ländern teilnehmen. Zwar erkannte Schuhmann an, daß die Emissionen der Autos der Umwelt schadeten, zu umstrittenen Vorschlägen wie dem Tempolimit wollte er sich aber nicht äußern. An einer „echten Korrelation" zwischen dem Schadstoffausstoß des Verkehrs und dem Waldsterben bestehen nach Ansicht von Schuhmann Zweifel.

In Gießen wollen sich die Wissenschaftler ebenso für eine Forcierung des „integrierten" Pflanzenschutzes stark machen. Eine verstärkte Grundlagenforschung ist nach den Worten von Edmund Köhler, Abteilungsdirektor beim Chemieunternehmen BASF, gefordert. Die Industrie, die oft den Vorwurf einer „primitiven Pflanzenschutz-Chemie" zu hören bekomme, sei als Anwenderin auf wissenschaftliche Vorgaben angewiesen.

Tories in der öffentlichen Meinung deutlich vorn

Heftige interne Diskussionen für den Parteitag erwartet

WILHELM FURLER, London

Rechtzeitig vor dem Parteitag der regierenden Konservativen Partei in Großbritannien, der am heutigen Dienstag im südenglischen Seebad Brighton beginnt, ist den Tories in der jüngsten Meinungsbefragung ein komfortabler Vorsprung vor der oppositionellen Labour-Partei bestätigt worden. Die Meinungsbefragung, die Mitte vergangener Woche im Auftrag der „Sunday Times" vom Mori-Institut durchgeführt wurde, läßt darauf schließen, daß 43 Prozent der Bevölkerung die Konservative Partei wählen würden, 35 Prozent Labour, 19 Prozent die Allianz aus Liberalen und Sozialdemokraten und zwei Prozent andere Parteien.

Bei den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr lautete das Ergebnis: 44 Prozent für die Konservativen, 28 Prozent für Labour, 26 Prozent für die Allianz und zwei Prozent für andere. Bis August dieses Jahres war die Popularität der Labour-Partei so stark gestiegen, daß sie in den Meinungsbefragungen Kopf an Kopf mit den Konservativen lag. Doch die Jahreskonferenz der Labour-Partei, die in der vergangenen Woche in Blackpool stattfand, hat für das öffentliche Ansehen der Partei einen schweren Rückschlag gebracht.

Dies wird vor allem darauf zurückgeführt, daß in Blackpool der linke Parteiflügel das Sagen hatte und mit der einhelligen Unterstützung für den Bergleutestreik und der gleichzeitigen Verurteilung angeblicher Gewalttätigkeiten der Polizeikräfte erheblich zum Vertrauensverlust der Oppositionspartei beitrug.

Doch damit wird die Aufgabe Margaret Thatchers und ihres Kabinetts auf dem Tory-Parteitag keineswegs einfacher. Im Vordergrund der Angriffe aus den eigenen Reihen wird die Anschuldigung stehen, die Regierung habe etliche Wahlversprechen nicht eingehalten. Damit ist in erster Linie die in der Tat verheerende Entwicklung der Arbeitslosenzahlen gemeint.

Jüngsten Statistiken zufolge hat sich die Zahl der Briten, die Arbeitslosen-Unterstützung erhalten, im September um 168 000 auf knapp 3,284 Millionen oder 13,6 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung erhöht. Das ist der höchste Stand seit der offiziellen Erfassung der Arbeitslosenzahlen in Großbritannien. Dementsprechend werden jetzt auch in der Konservativen Partei Forderungen nach Interventionsmaßnahmen laut.

Ein kritischer Punkt in Brighton wird sicherlich auch das Verhalten der Regierung im Bergleute-Ausstand darstellen. Immer stärker kommt nämlich in der Bevölkerung Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß sich die Thatcher-Administration – abgesehen von scharfen Kommentaren – in die Schlichtung des Konflikts überhaupt nicht eingeschaltet, der verheerenden Schaden anrichtet.

So hat die Mori-Befragung auch ergeben, daß nur 25 Prozent der Briten glauben, die Regierung habe mit ihrem Verhalten zum Streik „gute Arbeit geleistet". Knapp 60 Prozent zeigen sich unzufrieden. Diese Unzufriedenheit fällt auch beim Urteil über die Premierministerin Thatcher auf: 51 Prozent der Briten sind der Meinung, Frau Thatcher kümmere sich nicht um die Probleme der „kleinen Leute", und 43 Prozent bescheinigen ihr sogar eine „diktatorische" Haltung.

Kritische Anmerkungen dürften auch zu den Themen Beseitigung des Sozialstaat-Prinzips, Umweltschutz, Abschaffung der großen urbanen Behörden sowie Verschärfung von Recht und Ordnung – insbesondere im Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Bergleute-Streikposten – zu erwarten sein.

Spanien: EG-Beitritt soll Isolierung des Landes beenden

Faktisches Junktim mit NATO-Mitgliedschaft / Barzel für Beitritt Madrids zur Gemeinschaft

ROLF GÖRTZ, Madrid

Es sei Zeit, daß Spanien in die EG komme, sagte Bundestagspräsident Rainer Barzel, der sich gegenwärtig in Madrid aufhält. Spaniens Außenminister Fernando Moran hatte schon vor einigen Tagen versichert: „Wir werden gegen Ende des Jahres unterzeichnen."

Die angesehene Madrider Zeitung „ABC" erschien mit zwei Karikaturen, die die ganze Seite eins füllten. Erste Szene: Die Herren der EG öffnen dem Herrn aus Spanien mit einladender Geste die Tür zum Haus der Gemeinschaft. Zweite Szene: Der arme Spanier prallt zum Vergnügen der anderen gegen eine in den Türbogen eingebaute Mauer.

Ministerpräsident Felipe González beschwichtigte seine Landsleute vor Journalisten und im Beisein des österreichischen Bundeskanzlers Sinowatz. Er äußerte sich mit verhaltenem Optimismus über den EG-Beitritt, kündigte aber „volle Breitseiten" der spanischen Delegation bei der Verteidigung ihrer Positionen in Brüssel an.

Der Wunsch Spaniens, der EG beizutreten, kommt nicht aus der Tagespolitik und folgt deshalb ganz anderen Überlegungen als denen der Gründungsländer und der anderen Staaten, die der Gemeinschaft später beitraten. In ihrem Willen zur geistigen Integration drückt sich das politische Verlangen der spanischen Nation nach einem Ende der Jahrhunderte währenden Isolierung von Europa aus.

Die bisherige Abseitsstellung ergab sich aus dem Scheitern der katholischen Reichsidee. Ende des 19. Jahrhunderts wandte sich, ausgehend von den Universitäten, ein Großteil der geistigen Führungsschicht wieder Europa zu. Die Gründung der Sozialistischen Partei, die jetzt zum ersten Mal die Regierung gebildet hat, gehört zu dieser Bewegung.

Die Entscheidung, sich aus beiden Weltkriegen herauszuhalten, bestätigte dann allerdings wieder das konservative Lager in seiner instinktiven Abwehr jeder multinationalen Bindung gegenüber. Erst 1962 bat die spanische Regierung offiziell um Assoziationsverhandlungen. „Schafft Franco ab, und wir werden Euch mit offenen Armen aufnehmen", tönte es dann aus allen europäischen Regierungen und Parteien. Eine der ersten außenpolitischen Maßnahmen der jungen Demokratie galt deshalb dem nun endlich möglichen Integrationsstreben.

Vor diesem historischen Hintergrund muß die Geduld der Spanier gegenüber den für die Bevölkerung allerdings unverständlichen Querelen der EG-Mitgliedsstaaten untereinander gesehen werden.

Der politische Drang des spanischen Volkes, die Tore nach Europa zu öffnen, zwang die spanische Delegation, Bedingungen zu schlucken, die andere Mitgliedstaaten kaum hingenommen hätten. Dazu gehört der Verzicht auf historische Fischgründe, etwa in der nach dem Baskenland benannten Biskaya, oder die Hinnahme von bereits abgeschafften Zöllen für die Ausfuhr wichtiger spanischer Agrarprodukte nach Europa.

Verbittert schränkte die in Fragen der Atlantischen Gemeinschaft keineswegs zurückhaltende Presse ihre Kritik gegenüber diesen für Spanien unverständlichen Forderungen der Kommission ein. Natürlich wissen die Politiker und manche Kommentatoren, daß die Gemeinschaft die Begünstigung Israels und Marokkos nicht von heute auf morgen abbauen kann. In der Öffentlichkeit werden diese Themen aber nicht berührt, um die Bevölkerung nicht gegen die EG aufzubringen.

Nach wie vor bleibt der Beitritt das wichtigste außenpolitische Ziel von Regierung und Opposition. Ein Scheitern dieses Vorhabens dürfte die Wiederwahl González' mehr als alle anderen Hindernisse gefährden. Allerdings sind auch der spanischen Geduld Grenzen gesetzt, zumal sich die Wirtschaft bereits fragt, ob angesichts der Restriktionspolitik der Regierung und der geringen Chance zur Kapitalbildung überhaupt Zeit zum Luftholen bleibt, wenn sie sich dem Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft stellen soll.

Offiziell wird das Junktim EG-NATO abgestritten. Aber spätestens seit dem Besuch von Bundeskanzler Kohl in Madrid erkannte der spanische Bürger die Zusammenhänge. Sollte deshalb der EG-Beitritt nicht im Jahre 1986 definitiv in Aussicht stehen, wird die sozialistische Regierung keinen Finger krümmen, um das versprochene Referendum über den Verbleib in der NATO zu verhindern. Die äußerst mangelhafte Aufklärung der Bevölkerung über Sinn und Zweck der NATO läßt nämlich bei einer Volksabstimmung ein sicheres Nein auch aus vielen konservativen Kreisen erwarten. Darüber sollte kein Zweifel herrschen.

Für Portugal, das zu den NATO-Gründern gehört und das sich als atlantisch orientiertes Land gegenüber der übrigen Welt immer offen zeigte, bildet der EG-Beitritt nicht viel mehr als eine Alternative zur Efta. Die in einzelnen Zonen am Rande des Hungers lebende Bevölkerung erwartet von der Gemeinschaft Hilfe, während die sozial-liberale Koalitionsregierung von Brüssel Unterstützung für ihren pragmatischen Wirtschaftskurs erwartet, um so den „marxistischen Ballast" (Ministerpräsident Mario Soares) aus der Revolutionszeit von 1974/75 endlich abbauen zu können. (SAD)

Athen sperrt Luftraum wegen NATO-Manöver

DW. Athen

Mit der Begründung, daß die Flugsicherheit durch ein NATO-Manöver in dem Gebiet gefährdet sei, hat die griechische Regierung gestern einen wichtigen internationalen Luftkorridor über der Ägäis für den Flugverkehr gesperrt. Griechenland nimmt an den Manövern nicht teil.

Die Übung verstößt nach Auffassung Athens gegen die NATO-Regeln, da sie ohne griechische Zustimmung in einem Gebiet durchgeführt werden, das im Rahmen der NATO einem griechischen Kommandeur untersteht. Athen hat der NATO vorgeworfen mit den Manöverplänen indirekt „expansionistische Absichten" der Türkei zu unterstützen und Probleme für die Sicherheit Griechenland zu schaffen.

Israel will U-Boote in den USA bauen lassen

AP, Tel Aviv

Israel hat nach Angaben des israelischen Rundfunks die Absicht, für seine Marine moderne Unterseeboote zu bauen. Jerusalem habe die USA um finanzielle Hilfe gebeten. Unter Berufung auf einen Informanten im Pentagon heißt es, Israel wolle die mit Dieselantrieb ausgestatteten U-Boote auf amerikanischen Werften bauen lassen. US-Verteidigungsminister Weinberger wolle Israel die amerikanischen Antwort geben, wenn er in Kürze Israel besuchen wird.

Khadhafi fordert „Bestrafung" Ammans

AFP, Paris/Moskau

Der libysche Staatschef Khadhafi hat die palästinensischen Untergrundorganisation nachdrücklich aufgefordert, sich unter Führung eines „einzigen, eisernen Chefs" zu einigen und ihre Schläge gegen das jordanische Regime zu richten, um König Hussein wegen Wiederaufnahme seiner diplomatischen Beziehungen zu Ägypten zu „bestrafen". Heftige Kritik übte Khadhafi an Ägypten, Jordanien, Irak, Saudiarabien und Kuweit, die „das Spiel des amerikanisch-zionistischen Imperialismus" spielten.

Kohl in China: Wirtschaft steht im Mittelpunkt

● Fortsetzung von Seite 1

100 000 Motoren vor, die China zu 80 Prozent exportieren wird. Zhao und Kohl vereinbarten im ersten Gespräch, die Stückzahl zu erhöhen, wie Boenisch mitteilte.

In den Reden Kohls und Zhaos, die am Montagabend gehalten wurden, spiegelte sich das Interesse an einer kontinuierlichen, vom chinesischen Ministerpräsidenten als „strategisch" bezeichneten wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Hervorgehoben wurde die handelspolitische Bedeutung der mittelständischen Industrie. China ist nicht mehr sehr stark am Kauf großer Anlagen, sondern an einem lebhaften Technologie-Transfer, an Joint-ventures und an Kapital interessiert, um auf diesen Wegen eigene Schritte in die industrielle Zukunft unternehmen zu können.

Von einer „Meinungsverschiedenheit" sprach Boenisch hinsichtlich des nach chinesischer Ansicht zu hohen Preisniveaus der anerkannt guten Waren aus der Bundesrepublik. Kohl habe in seiner Antwort die Vorteile hervorgehoben, die der Technologie-Transfer den Chinesen biete. Peking neigt seit jeher dazu, diese Leistung für kostenfrei zu halten.

Im politischen Teil der Gespräche und Reden wurden die Ost/West-Beziehungen, Rüstungskontrolle, die Situation in Europa, in Deutschland, in Asien und – im internen Austausch – auch die Lage in der Sowjetunion behandelt. Öffentlich dankte der Kanzler der Volksrepublik China, daß sie „für die Einheit meines Volkes" eintritt. Die Formulierung blieb allgemein, da Peking in der jüngsten Zeit die Beziehungen zu Ost-Berlin verbessert hat und durchaus offenläßt, wie ein staatlich vereinigtes Deutschland aussehen sollte.

Strauß: Kohl muß über das Wahlergebnis nachdenken

CSU besteht auf besserer Darstellung der Regierungsarbeit

CLAUS LARASS, München

Der bayerische CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß griff gestern nach einer Sitzung des CSU-Vorstandes in München noch einmal die Diskussion über das schlechte Abschneiden der CDU bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen auf. Strauß empfahl in einer Pressekonferenz seinen Parteifreunden von der CDU, über das Ergebnis „ernsthaft nachzudenken". Es sei gefährlich, einen großen Sieg falsch auszulegen; es sei aber ebenso gefährlich, eine Niederlage falsch einzuschätzen.

Äußerst scharf reagierte Strauß auf eine Äußerung von Bundeskanzler Kohl. Der Kanzler hatte ein in der „WELT am SONNTAG" veröffentlichtes kritisches Interview des CSU-Vorsitzenden am Wahltag als nicht gerade hilfreich bezeichnet. Strauß gestern in München: „Dererlei Behauptungen sind absurd, sie sind schwachsinnig."

Sonst aber versuchte Strauß eher, mit freundlicheren Tönen keinen neuen Konflikt zur Bonner CDU-Führung aufkommen zu lassen. Ausführlich lobte er die Arbeit der Bundesregierung – auffälligerweise jedoch nur in Bereichen, für die vor allem Bundesfinanzminister Stoltenberg zuständig ist:

- Die Inflationsrate sei erheblich gesunken,
- die positive Entwicklung bei der Nettoverschuldung,
- den atmosphärischen Wandel in der deutschen Wirtschaft; aufgrund der Bundespolitik herrsche dort nicht mehr Pessimismus, sondern Optimismus,
- die ersten Anzeichen für einen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Es komme allerdings darauf an, daß sich diese Erfolge auch „in Herz und Hirn" der Wähler festsetzten. Die Selbstdarstellung der Regierung müsse besser werden.

Immer wieder auftauchende Spekulationen, ob die CSU mittelfristig mit der SPD wieder eine Große Koalition eingehen solle, gab Strauß „für die nächste Zeit" eine klare Abfuhr: „Ich gehe davon aus, daß die SPD für ein solches Vorhaben nicht mehr die Kraft aufbringt. Das gilt allerdings nur für den Bund; in den Ländern mag es anders sein."

Zusammen mit dem ebenfalls anwesenden Bundesinnenminister Zimmermann ging Strauß ausführlich auf die Frage eines Tempolimits auf Autobahnen und Landstraßen ein. Er unterstützte vorbehaltlos die Pläne über den vom Bundeskabinett beschlossenen Großversuch. Allerdings: „Dieser Großversuch darf auf keinen Fall nur in einem einzigen Bundesland, etwa in Hessen, stattfinden. Man muß darauf achten, daß diejenigen, die für den Großversuch zuständig sein werden, nicht schon am Anfang wissen, was am Ende dabei herauskommt."

Strauß lobte ausdrücklich die Umweltpolitik seines Parteifreundes Zimmermann und berichtete abschließend, wie ein privater Tempolimit-Test von ihm am letzten Wochenende ausgegangen sei: „Von meiner Wohnung fuhr ich 30 Stundenkilometer durch das Stadtgebiet; hinter mir ballte sich der Zorn der anderen Verkehrsteilnehmer. Auf der Autobahn fuhr ich Tempo 100; da kam es fast zu Unfällen, weil sogar die Lastwagen mich überholten. Und auf der Staatsstraße hielt ich korrekt Tempo 80; da gab es einen gewaltigen Stau hinter mir."

Flick-Ausschuß entscheidet über Barzel-Vernehmung

STEFAN HEYDECK, Bonn

Jetzt soll auch Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre vernommen werden. Über einen entsprechenden Antrag der SPD will das Gremium heute entscheiden. Noch offen war gestern, ob CDU/CSU und FDP dem Antrag voll zustimmen werden, weil in ihm Behauptungen als bewiesen dargestellt würden. Allerdings hieß es bei der Union, es sei auch im Interesse von Barzel, daß erhobene Vorwürfe möglichst rasch aufgeklärt würden.

Nach den zunächst vom Bonner Landgericht zurückgehaltenen Akten hatte die Frankfurter Anwalts-Societät Dr. Dr. A. Paul über mehrere Jahre hinweg jeweils 250 000 Mark vom Flick-Konzern erhalten. Dort war Barzel nach seinem Rücktritt als CDU-Vorsitzender 1973 tätig. In den Listen des früheren Chefbuchhalters des Konzerns, Rudolf Diehl, über Zahlungen in den politischen Raum waren diese Leistungen mit dem Zusatz „wg. Dr. Barzel" verzeichnet worden. Der Bundestagspräsident hat bereits dazu eindeutig erklärt: „Ich habe kein Geld von Flick bekommen."

Der Ausschuß wird heute seine Arbeit mit der Vernehmung des FDP-Schatzmeisters, Bundestagsvizepräsident Richard Wurbs, und von SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg fortsetzen. Er will nach wie vor seine Untersuchungen im ersten Halbjahr 1985 abschließen, damit der Bundestag noch vor der Sommerpause über mögliche Konsequenzen debattieren kann. Dazu meinte der Vorsitzende Manfred Langner (CDU) gegenüber der WELT: „Wenn ein Untersuchungsausschuß seine Arbeit nicht innerhalb von zwei Jahren erledigt hat, taugt er nichts."

Vogel umwirbt die Gruppe um Hirsch in der FDP

Bilanz von zwei Jahren Opposition im Bundestag vorgelegt

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretende Parteichef, Hans-Jochen Vogel, rechnet nicht damit, daß die Bonner Koalition von CDU/CSU und FDP vor den nächsten Wahlen auseinanderbricht. Er sagte gestern, die Sozialdemokraten seien aber bereits jetzt schon darauf vorbereitet, 1987 wieder die Regierung zu übernehmen.

Bei der Vorstellung einer Bilanz der zweijährigen Arbeit als Opposition räumte Vogel ein, das Zurechtfinden in der neuen Rolle sei zunächst schwierig gewesen. Die „Anlaufzeit" sei jetzt jedoch sowohl für die Fraktion als auch für die Partei „zu Ende".

Eine Neuauflage der sozial-liberalen Koalition nach den nächsten Bundestagswahlen wollte er nicht ausschließen. Dazu könne es kommen, wenn sich die FDP auf die verstorbenen prominenten Liberalen Karl-Hermann Flach und Thomas Dehler zurückbesinnen würde und zum Beispiel der Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch eine zentrale Rolle in der „Meinungführung" übernehmen könnte. Ein Bündnis werde jedoch „nicht möglich sein", solange unter anderem Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann oder der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, den Kurs der FDP wesentlich bestimmt.

Unabhängig vom Ausgang der nächsten Landtagswahlen würden sich die Stärkeverhältnisse im Bundestag vor 1987 nicht verändern. Denn selbst bei einer Spaltung der FDP „würden für die Union genug Stimmen übrig sein". Es sei aber denkbar, daß Bundeskanzler Helmut Kohl noch vor dem Ende der Legislaturperiode ähnlich Ludwig Erhard im Jahre 1966 abgelöst werden könne. Er warf Kohl vor, er sein für eine Vielzahl von „Pannen" verantwortlich. Dadurch könne der Kanzler „in zunehmende Schwierigkeiten" geraten. Eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD solle nur im Fall eines „nationalen Notstandes" gebildet werden. „Dann werden wir uns unserer Verantwortung nicht entziehen." Doch dazu sehe er trotz aller Probleme „im Augenblick" keinen Anlaß.

Weiter räumte er ein, daß die Grünen auch den Sozialdemokraten Schwierigkeiten bereiten würden. Ohne sie hätte die SPD nach seiner Meinung zum Beispiel bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen noch besser abgeschnitten. Er räumte gleichzeitig ein, daß auch die Zusammenarbeit mit den Grünen in Hessen, die in unvorhersehbarer Weise spontan vorgingen und Druck ausübten, „nicht spannungsfrei" sei. Die Grünen hätten aber den Vorteil, keine politische Vergangenheit zu haben. Außerdem sei noch nicht „getestet" worden, wie sie ihre politischen Ziele durchsetzen wollten. Deshalb forderte er, die „inhaltliche Auseinandersetzung" zu suchen. In diesem Zusammenhang übte er ironisch Kritik an der Kampagne von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, mit der dieser vor „rot-grünen Bündnissen" warnt.

In seiner 45seitigen Bilanz listet Vogel 70 Initiativen seiner Fraktion auf, die an fünf Schwerpunkten ausgerichtet sind: Frieden und Abrüstung in der Welt, aktive Beschäftigungspolitik, liberaler Rechtsstaat, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz. Dazu betonte er, daß die SPD sich nicht auf Proteste beschränke. Vielmehr wolle sie mit ihrer Politik zur Gestaltung und Veränderung der Verhältnisse beitragen.

Straßenkontrollen vor Botschaft eingestellt

DW. Prag/Hamburg

Die tschechoslowakische Polizei hat gestern die Kontrollen unmittelbar vor der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag eingestellt, in der sich rund 140 „DDR"-Einwohner aufhalten. Weiterhin unter Kontrolle bleib die Rückseite des Botschaftsgebäudes. In den vergangenen Tagen waren dort zahlreiche „DDR"-Einwohner über den Gartenzaun auf das exterritoriale Gebiet der Vertretung geklettert. Die Botschaft blieb auch gestern für Publikumsverkehr geschlossen.

Ristock für Aufhebung seiner Immunität

rtr. Berlin

Zur Aufklärung des gegen ihn erhobenen Vorwurfs der Beitragsvorenthaltung von Sozialabgaben hat der ehemalige Bausenator und frühere SPD-Spitzenkandidat Harry Ristock auf die rasche Aufhebung seiner Immunität als Abgeordneter gedrängt. Ristock wies gestern jede Schuld zurück. Die Staatsanwaltschaft Berlin wirft ihm und zwei weiteren Geschäftsführern der inzwischen im Vergleichsverfahren stehenden „Metahu-Metallbau GmbH" vor, rund 700 000 Mark Sozialabgaben für die Belegschaft nicht rechtzeitig an die Allgemeine Ortskrankenkasse abgeführt haben. Ein Justizsprecher sagte dazu, strafbar sei bereits die verzögerliche Zahlung.

Erwacht Afrika?

J. Sch. (Paris) – Düstere Perspektiven sieht die Weltbank für den Schwarzen Kontinent. Ihr neuer Afrika-Beauftragter, De la Renaudière, scheut sich nicht, den Ländern südlich der Sahara bis 1995 eine Schrumpfung ihres Sozialprodukts je Kopf der Bevölkerung auf das Niveau von vor der Dekolonisierung in Aussicht zu stellen – falls nichts geschieht.

Die Weltbank wendet sich dabei zunächst einmal an die Gläubigerländer, die mit Zahlungsaufschub und neuen Krediten die Afrika drohende Verschuldungskrise entschärfen müßten. Denn ihre Entwicklungshilfe habe nicht viel gebracht. Das lag zum Teil daran, daß zur Förderung des westlichen Exports Industrieprojekte durchgeführt wurden, die Afrika nicht unterhalten konnte.

Aber auch die afrikanischen Länder selbst müßten an die nächstliegenden Dinge denken: Rehabilitierung der Infrastrukturen, Verzicht auf Prestige-Objekte, Förderung der Landwirtschaft mit dem Ziel der Selbsternährung und verstärkte Geburtenkontrolle. Tatsächlich hat der medizinische Fortschritt dazu geführt, daß von zehn Kindern fast alle am Leben bleiben, während früher eine Sterberate von fünf Kindern einkalkuliert war. An die neue Situatuon haben sich die Afrikaner aber noch nicht gewöhnt.

Dieses Beispiel zeigt, wie lange afrikanische Sitten und Gewohnheiten fortbestehen. Wird sich dies angesichts der Verschuldungskrise ändern? De la Renaudière sprach sehr vorsichtig von dem Beginn eines Erwachens aus dem Zustand der Hoffnungslosigkeit. Wieweit die Geberländer dies honorieren, bleibt abzuwarten.

Kartenspiele

adh. – Auch aus Teilen des Lebensmittel-Einzelhandels wird jetzt die Bereitschaft signalisiert, den Weg zum „elektronischen Geld" mitzugehen. Sicher, der Zahlungsverkehr von der Kasse auf das Konto, das Banking-POS, scheint auf den ersten Blick bestechende Vereinfachungen zu bieten. Zu recht wird freilich daran erinnert, daß diese nur dann zum Tragen kommen können, wenn es keine bundesweiten Kartenspiele mit einer Vielzahl von Systemen gibt und wenn auch die Gebührenpolitik aller Beteiligten, nämlich der Banken und der Post, stimmt. Denn irgend jemand wird schließlich für den vorerst noch teuren elektronischen Fortschritt zahlen müssen. Die Händler, die meinen, die Kosten für das neue System liegen über dem Nutzen, werden das sicher nicht sein. Die Banken lassen sich ihre Dienstleistungen in der Regel auch bezahlen. Bleibt der Verbraucher. Der sollte aufpassen. Eine Buchungsgebühr für den 15-Mark-Einkauf mit der Karte, das rechnet sich nicht.

BUNDESUNTERNEHMEN / Stoltenberg: Der Appell der Regierung hatte Erfolg

„Die Zahl der Beteiligungserwerbe ist beträchtlich zurückgegangen"

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg will noch in diesem Jahr dem Kabinett darüber berichten, an welchen Bundesbeteiligungen auch in Zukunft „ein wichtiges Bundesinteresse" besteht. Beim Vorständetreffen dieser Unternehmen in Berlin betonte Stoltenberg auch deren bedeutenden Beitrag zum Umweltschutz.

Die öffentliche Diskussion über die Beteiligungspolitik des Bundes ist nach Meinung des Ministers „etwas einseitig auf das Thema der Privatisierung von Bundesbeteiligungen fixiert". Bei allem Verständnis für die herrschende Ungeduld sei zu bedenken, daß Entscheidungen hierüber sorgfältiger Vorbereitung bedürften.

Das Kabinett hatte Stoltenberg Ende 1983 damit beauftragt, die bisherigen Bundesbeteiligungen daraufhin zu überprüfen, ob noch in allen Fällen ein wichtiges Bundesinteresse an der Beibehaltung gegeben sei. „Diese Überprüfung ist zwar noch nicht abgeschlossen; ich werde aber dem Bundeskabinett noch in diesem Jahr die Ergebnisse zur Beratung und Entscheidung vorlegen", betonte er.

Zwar könne er jetzt noch keine Ergebnisse mitteilen, versicherte jedoch, „daß keine Entscheidungen über die Köpfe der Unternehmensleitungen hinweg getroffen werden, sondern daß in jedem Einzelfall mit den Unternehmensleitungen über etwaige Änderungen gesprochen wird".

Die Privatisierungsfrage sei aber nur ein Aspekt der Neuorientierung der Beteiligungspolitik. Wichtigstes Ziel für Stoltenberg ist, die in den siebziger Jahren zu beobachtende Expansion bei mittelbaren Beteiligungen abzustoppen. Sein im vergangenen Jahr an die Unternehmen ergangener Appell, bei Beteiligungserwerb Zurückhaltung zu üben und den Besitz auf nicht konzernnotwendige Bestandteile zu durchforsten, sei befolgt worden. „Die Zahl der Beteiligungserwerbe ist beträchtlich zurückgegangen", erklärte er.

Als weiteres Ziel nannte Stoltenberg, neue Haushaltsrisiken bei Unternehmen zu verhindern, die gegenwärtig mit Verlust arbeiten. Bereits im vergangenen Jahre habe er von diesen Konzernen neue Konzepte erbeten, die in seinem Ministerium eingehend erörtert worden seien. Diese Konzepte würden jetzt mit dem Ziel umgesetzt, „die Verluste und damit die Haushaltsbelastungen in absehbarer Zeit deutlich abzubauen". Das Gewicht dieser seit Jahren wachsenden Haushaltsbelastung verdeutlichte der Minister mit folgenden Zahlen: Der Bund und seine Sondervermögen hätten für Beteiligungsunternehmen von 1970 bis 1982 insgesamt 6,6 Milliarden Mark ausgegeben, denen nur rund 2,4 Milliarden Mark an Dividenden und Gewinnausschüttungen im gleichen Zeitraum gegenüberstünden, so daß sich per Saldo ein Ausgabenüberschuß von 4,2 Milliarden Mark ergebe.

Zwar seien angesichts der zum Teil besonderen Aufgabenstellungen die zurückgeflossenen Gewinne allein kein Maßstab für die Effizienz der Bundesbeteiligungen. „Insgesamt bleibt aber ein beträchtliches Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen und damit eine nicht unbedeutende haushaltsmäßige Belastung." Ohne die Deutsche Lufthansa beim Namen zu nennen, meinte der Minister, daß selbst dort, wo der mehrheitliche Einfluß des Bundes infolge eines wichtigen Interesses dauerhaft aufrechterhalten bleiben müsse, Eigentumsstrukturen aufgelockert werden könnten.

Zum einen würde dies die Vorstände zu mehr privatwirtschaftlicher Orientierung anregen, zum anderen brächte es Bewegung in die Kapitalmärkte. Denn den beträchtlichen Unterschieden zwischen den Kapitalmärkten in den USA und Europa müsse noch mehr entgegengewirkt werden. In den USA gebe es mit rund 42 Millionen etwa zwölfmal so viel Aktionäre wie in der Bundesrepublik. Hier würden 442 Titel an Börsen gehandelt, dagegen allein an der New York Stock Exchange 2307 Werte.

Stoltenberg bezifferte die Umweltschutzinvestitionen der Kraftwerke im Bundesbesitz für die Zeit bis 1988 auf rund drei Milliarden Mark.

NEGATIVLISTE

Kassenärzte: Einsparungen liegen weit unter dem Ansatz

PETER JENTSCH, Bonn

Vor einer Erweiterung der seit April 1983 geltenden „Negativliste", die die Behandlung von Bagatellerkrankungen auf Kosten der Krankenkassen ausschließt, hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) unter Hinweis auf „bedenkliche medizinische und soziale Auswirkungen" gewarnt. Gleichzeitig hat der Berufsverband der praktischen Ärzte und Ärzte für Allgemeinmedizin (BPA) die Aufhebung der Negativliste gefordert.

Nach Darstellung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung liegen die Einsparungen der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Negativliste mit rund 255 Millionen Mark deutlich unter dem Ansatz des Bundesarbeitsministeriums (580 Millionen Mark). Dieser geringe Effekt steht nach Auffassung des KBV-Vorsitzenden Hans Wolf Muschallick „in keinem akzeptablen Verhältnis zu den medizinischen Risiken und der einseitigen wirtschaftlichen Belastung insbesondere älterer Menschen".

Nach einer Umfrage der KBV hat die Negativliste bei den niedergelassenen Ärzten zu einem Rückgang von 1,5 Millionen Fällen pro Jahr geführt. Dies entspricht dem Ergebnis einer Studie der Werbeagentur Lintas, wonach immer mehr Patienten mit geringfügigen Gesundheitsstörungen auf einen Arztbesuch verzichten und sich ihre Medikamente selbst in der Apotheke kaufen.

Diese „Pfründe" geht natürlich den Kassenärzten verloren. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß der Wirtschaft durch den Verzicht auf die Arztkonsultation weniger Arbeitsausfälle und damit weniger Kosten entstehen. Nach einer Untersuchung des Instituts für Gesundheits-Systemforschung in Kiel würde ein Verbot der Selbstmedikation die Wirtschaft jährlich mindestens eine Milliarde Mark durch Arbeitsausfälle wegen zusätzlicher Arztbesuche kosten.

Freilich hat die KBV-Analyse auch gezeigt, daß in etwa zwei Millionen Behandlungsfällen Ärzte Zeichen einer Krankheitsverschleppung durch zu späten Arztbesuch festgestellt haben. In 60 Prozent der Fälle stellten sich Komplikationen ein (Nasennebenhöhlenentzündung, Bronchitis, Mittelohrentzündung). Als Folge dieser hohen Komplikationsrate ist die Verordnungshäufigkeit von stärker wirksamen Medikamenten, zum Beispiel von Sulfonamiden und Antibiotika angestiegen. Schließlich kritisiert die KBV, daß die Negativliste insbesondere ältere Menschen trifft: dies sei sozial bedenklich.

Insgesamt gab die gesetzliche Krankenversicherung 1983 knapp 15 Milliarden Mark für Arzneimittel aus; das entspricht 56,5 Prozent aller verkauften Packungen. Auf die Selbstmedikation entfielen 41,5 Prozent, auf die private Krankenversicherung zwei Prozent.

Festgefahren

Von Professor H.-D. ORTLIEB

Unsere moderne arbeitsteilige Wirtschaft und der von ihr praktizierte technische Fortschritt sind auf ständige Veränderung angelegt. Damit die Wirtschaft lenkbar bleibt, bedarf sie eines pragmatischen Ordnungssystems, das mit Hilfe des Prinzips von „trial and error" immer wieder mit den Ordnungs- und Entwicklungskrisen auch die Interessengegensätze zu überwinden vermag. Wo man landet, wenn das Ordnungssystem aus ideologischen oder machtpolitischen Gründen einer Einparteienherrschaft zum Selbstzweck wird, zeigt uns die Stagnation der Sowjetwirtschaft seit zwei Menschenaltern. Dort darf aus Erfahrungen nicht mehr gelernt werden.

Natürlich ist auch der „kapitalistische" Westen nicht frei von Krisen. Auch bei deren Überwindung sind irrationale und machtpolitische Widerstände problematisch, aber doch überwindlich, solange man lernfähig bleibt. Im Rückblick fällt nämlich auf, daß die Ordnungspolitik bei uns in Deutschland immer wieder Schwankungen aufwies, die nicht nur aus einer rationalen Reaktion auf Erfahrungen oder auf exogen veränderte Situationen, mit denen man fertig werden mußte, erklärt werden können. Hier spielt eine psychologische Dialektik mit, zwischen Gegensätzen zu pendeln. Ihr liegt eine allgemein menschliche Verhaltensweise zugrunde, die schon frühere Geschichtsperioden geprägt hat.

Dahinter steckt nicht nur der Kurzschluß, in „Gut-Böse-Modellen" fixiert zu denken, sondern auch die Neigung, das hoch zu bewerten, was man nicht hat, und das geringzuschätzen, was man hat. Da solche Reaktionen irrational sind, zeigt man dann wenig Bereitschaft, dem Bestehenden, das abgelehnt wird, gerecht zu werden.

Seine vorhandenen Mängel sollen um jeden Preis überwunden werden. Zu welchen Mängeln deren Überwindung ihrerseits führt, ist bei der Kompliziertheit der modernen Wirtschaft schwer zu erkennen und wird, soweit erkennbar, aus emotionalen Gründen bestritten oder doch bagatellisiert. So liegt auch für uns die Befürchtung nahe, daß die zunehmende Undurchsichtigkeit der sozialen und ökonomischen Zusammenhänge, die wachsende Dynamik der Wandlungen und das mangelhafte, gerade in einer Wohlstandsgesellschaft häufig neurotisch deformierte soziale Realitätsbewußtsein einen irrationalen Mechanismus verstärken, der in einen destruktiven Teufelskreis münden könnte.

Der geschichtliche Rückblick zeigt: Dem alles reglementierenden *Merkantilismus des absolutistischen* Staates folgte die individualistische Überspitzung der kapitalistischen Marktwirtschaft mit „Nachtwächterstaat" und Laisser-faire-Politik. Aus den sozialen Spannungen des Hochkapitalismus entstand der marxistisch indoktrinierte Sozialismus als einseitig antikapitalistische Bewegung. Nach dem Ersten Weltkrieg mußte die SPD auf Realisierung ihrer sozialistischen Vorstellungen verzichten, weil diese nicht brauchbar waren und weil ein neuer individualistischer Pendelschlag als Reaktion auf die erlebten Zwänge der Kriegszeit dem entgegenstanden. Als dann in der Weimarer Zeit eine bereits sozial temperierte Marktwirtschaft in die Weltwirtschaftskrise geriet, kam der neue Gegenschlag in die faschistische Richtung

Die bisher letzte Welle, die einen egalitär individualistischen Impuls von einmaliger Stärke aufweist, wurde von Erlebnissen im Weltkrieg und Hitler-Reich ausgelöst. Sie war zunächst gekennzeichnet durch Schlagworte wie „soziale Marktwirtschaft" und „Volkskapitalismus". Sie führte mit wachsendem Wohlstand aber zu einem leicht zu mißbrauchenden perfekten System sozialer Sicherheit und beliebigen Tuns und droht nun durch systemfeindliche Überforderung der Marktwirtschaft in ihr Gegenteil umzuschlagen.

Aus irrationaler Systemfeindschaft fällt man in marxistische Denkschemen zurück und möchte Marktwirtschaft und privates Unternehmertum durch Kollektiveigentum und staatlichen Dirigismus ersetzen. Vergessen wird, daß eine solche Wirtschaftsordnung heute weniger denn je funktionieren kann, weil sie sich nicht mit dem verträgt, was die Systemveränderer selbst gleichzeitig propagieren, nämlich mit Basisdemokratie, Leistungsfeindschaft und perfekter sozialer Sicherung ohne Kontrolle.

AUF EIN WORT



„Der Weg in die Hölle, heißt es, ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Die wachsende Defizitfinanzierung führte zwar nicht in die Hölle, aber unverkennbar zu einem Circulus vitiosus, sowohl im Hinblick auf die Finanzlage selbst als auch im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung."

Dr. Helmut Schlesinger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Frankfurt
FOTO: WOLF P. PRANGE

„Gefahr für die Aktie gering"

dpa/VWD, Bonn

Im Gegensatz zur Kreditwirtschaft ist die Bundesbank nicht der Meinung, daß eine Ausgabe von Genußrechten als haftendes Eigenkapital der Kreditinstitute eine stärkere Verbreitung der Aktie entscheidend beeinträchtigt. „Die Gefahr einer allgemeinen und extensiven Nutzung des Genußrechtskapitals in der übrigen Wirtschaft schätzen wir gering ein", heißt es in einer Stellungnahme der Notenbank. Die unterschiedliche Qualität von Genußrecht und Aktie lasse nicht erwarten, daß die Eigenkapitalbildung durch Genußrechte stark beeinträchtigt werde. Genußrechte beinhalten im Gegensatz zur Aktie nur Rechte auf den Reingewinn oder den Liquidationserlös.

ZINSEN

Bund senkt die Renditen für seine Daueremissionen

dpa/VWD/DW. Bonn

Der Bund senkt erneut die Zinsen für Bundesobligationen, Bundesschatzbriefe und Finanzierungsschätze. Er folgt damit dem allgemeinen Markttrend. Von heute an werden neue Bundesobligationen zu einem Zinssatz von 7,25 Prozent angeboten, der vom 20. Oktober an berechnet wird. Bei einem Verkaufskurs von 100,4 Prozent ergibt sich eine Rendite von 7,15 Prozent, während die bis gestern verkauften 7,5-Prozent-Obligationen bei einem Ausgabekurs von 100,8 Prozent noch eine Rendite von 7,3 Prozent erbrachten.

Zugleich wird der Verkauf der Bundesschatzbriefe 1984/7 und 1984/8 mit Endrenditen von 7,48 (sechsjährig) und 7,71 Prozent (siebenjährig) eingestellt. Die Renditen der neu zum Verkauf angebotenen Ausgaben 1984/9 und 1984/10 betragen im ersten Jahr je fünf Prozent und im Endjahr 7,13 und 7,42 Prozent.

Bei Verkaufszinssätzen von 5,21 (bisher 5,26) Prozent für einjährige Finanzierungsschätze und von 5,87 (5,92) Prozent für zweijährige sinken die Renditen auf 5,50 (5,55) und 6,44 (6,50) Prozent.

Mit der Zinssenkung folgte Bonn dem schon lange anhaltenden Zinsrückgang am Rentenmarkt, der in der letzten Woche verstärkt wurde, als die Bundesregierung die Abschaffung der Kuponsteuer für Ausländer beschloß. Unter anderem die starke Nachfrage der Ausländer drückte in der letzten Woche die Rendite für die Anleihen von Bund, Bahn und Post von 7,14 auf 6,98 Prozent. Damit fiel die Rendite dieser Titel zum ersten Mal seit Mai 1983 wieder unter die Sieben-Prozent-Marke.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Frauen könnten vom Einsatz neuer Techniken profitieren

PETER JENTSCH, Bonn

Der Einsatz neuer Techniken, insbesondere der Mikroelektronik, eröffnet vor allem Frauen eine Vielzahl neuer Beschäftigungsmöglichkeiten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft, die gestern in Bonn vorgelegt wurde.

Die Studie stellt allerdings zugleich fest, daß die Frage, ob durch den Einsatz neuer Techniken die Berufschancen oder die Arbeitsplatzrisiken überwiegen, weniger von der Technik als von den Frauen selbst abhängt. Gelinge es ihnen, ihre Einstellung zu neuen Techniken zu ändern und ihre berufliche Qualifikation anzupassen, dann könnten die Frauen ihre Stellung in der Arbeitswelt qualitativ und quantitativ ausbauen.

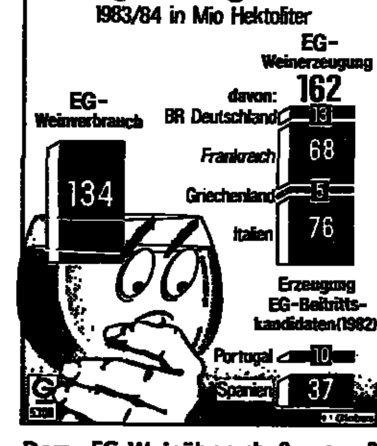
In einer Bestandsaufnahme der heutigen Frauenbeschäftigung kommt die Studie zu dem Schluß, daß Frauen vornehmlich in Dienstleistungsberufen tätig sind oder un- sowie angelernte Tätigkeiten in der industriellen Fertigung ausüben. In diesen Beschäftigungsschwerpunkten werde aber bereits mittelfristig die Mikroelektronik viele von Frauen ausgeübte Arbeiten ersetzen.

Heute sei aufgrund der überwiegend traditionell bestimmten Ausbildung eine berufliche Qualifikation der Frauen für neue und höherwertige Aufgaben in Verbindung mit neuen Techniken noch nicht vorhanden. Ihre Chance liege aber in der stärkeren Hinwendung zu gewerblich-technischen Ausbildungsberufen sowie in der beruflichen Weiterbildung auch in „frauen-untypischen" Fachbereichen. Voraussetzung sei eine allgemeine Abkehr von der Vorstellung typischer Männer- und Frauenberufe.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Gasverbrauch in der Bundesrepublik steigt

München (dpa/VWD) – Der Gasverbrauch aus dem öffentlichen Netz in der Bundesrepublik wird in diesem Jahr nach einer Prognose des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, um rund zehn Prozent steigen. Im Vorjahr habe der Zuwachs dagegen nur drei Prozent betragen. Die Investitionen der öffentlichen Gasversorgung seien 1983 um rund sieben Prozent auf knapp 2,7 Milliarden Mark erweitert worden und sollen in diesem Jahr um fast 20 Prozent weiter aufgestockt werden. Der Gasanteil an der Endenergiebilanz werde 1984 auf gut 20 Prozent steigen, bei der Primärenergie werde der Anteil etwa 17,5 Prozent betragen. Ende 1983 war jeder dritte Haushalt mit Gas versorgt und jeder vierte heizte damit.



Dem EG-Weinüberschuß von 28 Millionen Hektolitern fügen die Beitrittskandidaten Spanien und Portugal mehr als das Dreifache der deutschen Gesamtproduktion hinzu. Brüssel verhandelt daher gegenwärtig über eine Volumenobergrenze für Subventionen.
QUELLE: GLOBUS

Japan dominiert

Paris (J.Sch.) – Von den 5,53 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT) Schiffbauaufträgen, welche die westlichen Industriestaaten (OECD) im ersten Halbjahr 1984 verbuchten, gingen 4,13 Millionen BRT allein an Japan. In der EG (0,77 Millionen BRT) führte die Bundesrepublik (0,25 Millionen BRT) vor Belgien und Dänemark. Der Auftragsbestand der deutschen Werften erreichte zur Jahresmitte 0,66 Millionen BRT gegenüber 12,84 Millionen BRT in Japan.

Mehr Bürgschaften

Bonn (VWD) – Die 1983 von den Kreditgarantiegemeinschaften verzeichnete positive Wende im Bürgschaftsgeschäft mit dem Handwerk, dem Handel, der Industrie, dem Hotel- und Gaststättengewerbe sowie mit dem Gartenbau hat sich in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres fortgesetzt. Wie der Zentralverband des Deutschen Handwerks gestern mitteilte, nahmen die verbürgten Kredite 1983 um rund 26 Prozent auf 651 Mill. DM zu. Die verbürgten Existenzgründungen stiegen um 34 Prozent, so daß rund 2700 neue Betriebe entstehen konnten. Sorgen bereitet den Kreditgarantiegemeinschaften die rückläufige Eigenkapitalausstattung. Während die durchschnittliche Eigenkapitalquote aller deutschen Unternehmen bei rund 18,5 Prozent liegt, beträgt sie bei den durch die Kreditgarantiegemeinschaften betreuten Unternehmen nur knapp sechs Prozent.

ISS am Eurobond-Markt

Frankfurt (VWD) – Die ISS-International Service System, Kopenhagen, begibt am Euromarkt eine Anleihe über 60 Mill. DM. Die unter Federführung der Commerzbank aufgelegte Emission wird bei einer Laufzeit von fünf Jahren mit acht Prozent verzinst und zu pari zum Verkauf gestellt.

Verhandlung über Kakao

Genf (dpa/VWD) – Zu weiteren Verhandlungen über ein neues Internationales Kakao-Abkommen trat gestern die Uno-Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf zusammen. Strittig ist vor allem der Mechanismus zur Preisstabilisierung und seine Finanzierung. Die Konferenz soll bis 26. Oktober dauern. Die letzte Kakao-Konferenz im Mai war ohne nennenswerte Ergebnisse vertagt worden war.

EWS

Lloyds: Bester Zeitpunkt für britischen Beitritt

WILHELM FURLER, London

„Die Bedingungen für einen vollen Beitritt Großbritanniens zum Europäischen Währungssystem sind besser als jemals zuvor in den fünfeinhalb Jahren des EWS-Bestehens." So lautet der Kernsatz in der jüngsten Quartalsveröffentlichung der Lloyds Bank in London. Verfaßt wurde der Bericht für die Großbank vom Chef-Wirtschaftswissenschaftler des bekannten Stockbroker-Hauses W. Greenwell, Geoffrey Dennis, und einem Wirtschaftsprofessor der Management-Hochschule Cranfield.

Die gegenwärtige Struktur relevanter Faktoren wie die Ausrichtung der makroökonomischen Politik in Großbritannien, das Niveau der britischen Währung gegenüber den Mitgliedswährungen des EWS sowie der graduelle, aber unaufhaltsame Abbau des Pfundes als Nordseeöl-Währung ließen eine volle Mitgliedschaft Großbritanniens im EWS besonders ratsam erscheinen. Das Hauptargument der beiden Wirtschaftswissenschaftler für einen britischen Voll-Beitritt lautet, daß die acht EWS-Mitgliedswährungen deutlich weniger Schwankungen unterlegen haben als Währungen außerhalb des Systems.

Die erfolgreiche Überwindung zahlreicher Krisen würden dessen Flexibilität nur unterstreichen. Darüber hinaus habe das wirtschaftliche Abschneiden der Mitgliedsländer auch aufgrund des EWS „seit 1981 einen beeindruckenden Grad von Annäherung" gezeigt. Großbritannien nimmt nicht am Kernsystem, dem Wechselkurs-Mechanismus mit festen Paritätsbandbreiten für die Mitgliedswährungen, teil, sondern ist nur Partner bei Grundsatz-Vereinbarungen.

NIEDERLANDE / „Grauer Markt" für Fische – Behörden drücken alle Augen zu

EG-Fangquoten werden überschritten

WILHELM HADLER, Brüssel

Zu früh gejubelt haben die EG-Regierungen, als sie sich Ende Januar über die Aufteilung der diesjährigen Fischereiquoten in den Gewässern der Gemeinschaft verständigten. Nicht alle Partner halten sich nämlich an die zum Schutz der Fischbestände vereinbarten Fangbeschränkungen.

Nach einem Bericht, der der Deutschen Presse-Agentur zugespielt wurde, floriert in Holland ein regelrechter „grauer Markt" für Fische, die außerhalb der Quoten verkauft werden. Inspekteure der EG stellten fest, daß bei Fischauktionen eine Art „doppelter Buchführung" verwendet wird.

So wurde im April in Scheveningen von einem Trawler 1000 Kilo Fisch offiziell angelandet, während 2580 Kilo unter den Augen der staatlichen Marktaufsicht „schwarz" verkauft wurden. Nur die Papiere für die erste Menge gingen zur Kontrolle ans Ministerium und später nach Brüssel. Ähnliches ereignete sich im August in Delfzijl, wo unter anderem von 17 080 Kilo frischen Schollen nur 4000 Kilo „in den Büchern" registriert wurden.

Was den Bericht politisch besondere Brisanz verleiht, ist vor allem die von den Inspekteuren angedeutete Vermutung, die niederländischen Behörden drückten bei diesen Manipulationen offensichtlich ein Auge zu. Auf zwei schriftliche Anfragen der Kommission habe Den Haag im übrigen erst mit Verspätung und ausweichend geantwortet.

Die holländische Regierung, die um ihr Image in der EG besorgt ist, ließ mitteilen, sie bemühe sich um verstärkte Kontrollen. Ein Kommissionssprecher versuchte gestern ebenfalls die Vorgänge zu entdramatisieren. Nach seinen Worten sind in diesem Jahr bislang 18 Verstöße gegen die Fangquoten festgestellt worden, was in einigen Fällen zu einem formellen Fangverbot geführt habe. Über den Umfang der Überschreitungen und die „Sünderländer" gab er keine Angaben.

Die niederländische Fischereiflotte hatte nach dem Prüfungsbericht Ende September ihre Jahresquote bei Kabeljau bereits um 111 Prozent, bei Schollen um 194 und bei Seezungen um 141 Prozent überschritten. Grund *für den „Quotenschwindel" scheint* zu sein, daß die Flotte erhebliche Überkapazitäten hat.

Gerade dies verpflichtet die Gemeinschaft andererseits, Verstöße möglichst ernst zu nehmen. Die Gefahr ist groß, daß immer weitere Trawler „im trüben fischen". Wenn der „graue Markt" weiterbestehe, heißt es in dem Bericht, würde nur in größere Boote investiert, statt die überschüssigen Kapazitäten in der EG abzubauen.

IMKER / Ertrag in diesem Jahr nur 12 000 Tonnen

Honig-Ernte völlig verregnet

HEINZ HILDEBRANDT, Soest

Die deutschen Imker, die den heimischen Markt in guten Jahren mit 18 000 bis 20 000 Tonnen Honig versorgen, müssen sich wieder einmal mit Mindererträgen bescheiden. Betrug ihr Ernteergebnis 1983 noch 15 000 Tonnen im Wert von etwa 150 Mill. DM, so dürfte es in diesem Jahr höchstens bei 12 000 Tonnen liegen. Der verregnete Sommer hat somit für ein Minus von 20 Prozent gesorgt.

Eingebracht wird diese Erntemenge von rund 1,2 Mill. Bienenvölkern, sie tragen jedoch auch in normalen Zeiten höchstens 30 Prozent zum deutschen Verbrauch bei. Die Bundesrepublik liegt mit einem Jahresverbrauch von etwa 40 000 Tonnen weltweit an der Spitze, der Nachfrage muß also weitgehend durch Importe entsprochen werden, die vorwiegend aus dem mittelamerikanischen Raum stammen.

Trotz der Mindereernte rechnen die deutschen Imker jedoch mit keiner Preiserhöhung bei ihren Produkten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß nur ein Teil der Ernte auf den allgemeinen Markt kommt, da die meisten der Imker nur für den Eigenbedarf und den Verkauf ab Haustür produzieren. So sind unter den 6 500 Imkern im westfälischen Landesverband, einem der stärksten im Bundesgebiet, nur ein knappes Dutzend Mitglieder zu finden, die die Imkerei als Haupterwerb oder auch nur als lukrativen Nebenerwerb betreiben. Mehr als 99 Prozent sind Hobby-Imker.

Neben den Witterungsproblemen stehen sie einem anderen gegenüber, das zu den schwerwiegendsten Folgen führen könnte. Ein aus Indien eingeschleppter und vor fünf Jahren erstmalig in Hessen aufgetretener Parasit, die Varroa-Milbe, bedroht inzwischen im ganzen Bundesgebiet den Bestand der Bienenvölker. Als Gegenmaßnahme setzt man gezielt chemische Mittel ein, und zwar vor Beginn der Honigsammeltätigkeit, so daß keine Rückstände auftreten können, wie die Imkerverbände ausdrücklich versichern.

Diese Maßnahmen sind jedoch zur Erhaltung der heimischen Bienen unumgänglich, da deren Wert und Bedeutung weit über den der Honigerträge hinausgeht. So wird der Nutzen der Bienen bei der Bestäubung im Obstbau, Gartenbau und Landwirtschaft auf rund 1 Mrd. DM geschätzt. Allein das Kernobst ist bis zu 90 Prozent darauf angewiesen.

BRASILIEN / Der Exportboom schaffte bislang nur wenig neue Arbeitsplätze

Drei Prozent Wachstum erreichbar

VWD, Rio de Janeiro

Die brasilianische Wirtschaft erholt sich schrittweise. Die Konjunkturentwicklung verläuft allerdings sehr ungleichmäßig, während sich die Inflationsrate auf einem Niveau von über 200 Prozent p. a. eingefunden hat. Dennoch sind Erfolge der Wirtschaftspolitik unverkennbar. Hatte die Regierung, deren Prognosen traditionell über den Erwartungen privatwirtschaftlicher Experten liegen, erst im Frühjahr für 1984 ein Nullwachstum in Aussicht gestellt, sprach Planungsminister Antonio Delfim Neto im Juli von einem Wachstum in Höhe von 2 bis 3 Prozent.

Auch andere stimmen mittlerweile mit dem Minister überein, wobei sich immer klarer abzeichnet, daß real tatsächlich 3 Prozent Wirtschaftswachstum erreicht werden können. Dies dürfte mit einem Überschuß in der Handelsbilanz Brasiliens von etwa zwölf Mrd. Dollar einhergehen nach 6,5 Mrd. Dollar 1983 und einer ursprünglichen Schätzung für 1984 von 9,1 Mrd. Dollar. Während ein Großteil der Entwicklung des vergangenen Jahres auf die Reduzierung der Einfuhren zurückging, ist es dieses Jahr die Steigerung der Ausfuhren um bemerkenswerte 25 Prozent.

Die Entwicklung des Außenhandels ging mit einer deutlichen Stärkung der Währungsreserven einher. Per Ende Juni lagen sie bei 7,95 Mrd. Dollar gegenüber 4,6 Mrd. Dollar zum Jahresende 1983. Viele Brasilianer werten diese Daten als Stärkung der Verhandlungsposition des Landes gegenüber den ausländischen Gläubigerbanken, die für Ende 1984 und Anfang 1985 anstehen. Zuversichtlich gibt man sich auch wegen der Konzessionen, die die beiden Schuldnerländer Mexiko und Venezuela von ihren Gläubigern erhielten. Der Bankier Olavo Setubal, der als Favorit für die Präsidentschaftswahl im Januar gilt, sagte denn auch, daß die neue Regierung versuchen werde zu beweisen, daß sie die Probleme besser handhaben könne als ihre Vorgängerinnen und „härtere" Gespräche führen wolle.

Aber es gibt auch schlechte Nachrichten: Im Großraum von São Paulo sind mehr als 30 Prozent der industriellen Fertigungskapazitäten unbeschäftigt. Die Kaufkraft ist auf den Stand von 1970 gesunken. Seit 1980 hat sie, Schätzungen zufolge, um 17 bis 25 Prozent abgenommen. Der Exportboom dieses Jahres hat nur zu rund 30 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt, während die Rezession seit 1980 über 400 000 Beschäftigte den Arbeitsplatz kostete. Dies geht aus Angaben der Industrievereinigung des Staates São Paulo hervor. Als Folge davon habe, wie es weiter heißt, die Inlandsnachfrage deutlich abgenommen. Selbst Industrieunternehmen nähmen verstärkt Rationalisierungsinvestitionen vor, obwohl viele Arbeitslose gerne auch zu niedrigeren Löhnen Arbeit annehmen würden, sagte Dresdner-Bank-Repräsentant Günther Lipkau in São Paulo.

Der Absatz von Verbrauchsgütern und Nahrungsmitteln, die am ehesten auf die Kaufkraftentwicklung reagieren, fällt zwar nicht mehr, steigt aber auch nicht. Selbst im vergleichsweise günstig gelagerten Agrarsektor, dessen Nachfrage nach Maschinen und Düngemitteln fast die Hälfte zum Wirtschaftswachstum dieses Jahres beitrug, sind Wolken aufgezogen. Befragt, welches Problem das größte sei, antwortet fast jeder, die Inflation. Die Jahresrate hat mittlerweile 215 Prozent erreicht.

SAUDI-ARABIEN / Bei Weizen schon 1984 autark

Ölerträge fast halbiert

VWD, Riad

Obwohl Saudi-Arabien mit einer massiven Abschwächung seiner Erträge aus Rohölausfuhren auf 37,1 Mrd. nach 70,5 Mrd. Dollar im Fiskaljahr 1983/84 konfrontiert worden ist, konnte das Königreich sein reales Wirtschaftswachstum fortsetzen, ohne jedoch die Zuwachsrate des Vorjahres behaupten zu können. Wie aus dem Jahresbericht der saudiarabischen Währungsbehörde (Sama) weiter hervorgeht, ist das Bruttoinlandsprodukt ohne den Bereich Erdöl 1983/84 real um annähernd fünf Prozent gestiegen, gleichzeitig ist die Inflationsrate auf Null gesunken. Flankiert wurde diese Entwicklung von einem auf 7,1 (12,5) Prozent reduzierten Wachstum des breit definierten Geldmengenaggregats M-3.

Sama hebt hervor, daß das beim „Non-Oil-Bruttoinlandsprodukt" im Berichtsjahr zum 1. April registrierte Wirtschaftswachstum die Expansionsfähigkeit weiter Bereiche beweise, und betont, Saudi-Arabien habe auch seine Weizenerzeugung um 65 Prozent auf 885 000 Tonnen steigern und damit 90 Prozent seines nationalen Bedarfs decken können. Für das laufende Jahr wird eine Ausweitung der Weizenerzeugung auf 1,3 Mill. Tonnen und damit die Autarkie in diesem Getreidebereich erwartet.

Die Rohölproduktion Saudi-Arabiens wird von Beobachtern für 1983/84 auf fünf Mill. Barrel täglich veranschlagt. Die Arabian-American Oil Co. (Aramco), durch deren Pumpen 97 Prozent der saudischen Rohölförderung laufen, gab die saudi-arabische Rohölproduktion 1983 in ihrem Jahresberichts mit 4,57 Mill. Barrel pro Tag an.

Sama verweist in ihrem jüngsten Jahresbericht auf eine Reihe von Projekten, die 1983/84 von öffentlicher und privater Hand realisiert worden sind. Die Erfolgsliste zeige, daß die ehrgeizige Entwicklungspolitik der Saudis vom Budgetminus des Berichtsjahres, das durch Rückgriff auf die allgemeinen Reserven ausgeglichen wurde, kaum berührt worden ist.

Kräftig ausgebaut wurden die Bereiche Fernmeldewesen und Straßennetz. Mit rund 90 000 Neuanschlüssen bestanden zum 1. April 1984 bereits rund 1,1 Mill. Telefonanschlüsse in 200 Städten und Dörfern Saudi-Arabiens. Neu gebaut wurden mehr als 1800 km asphaltierte Straßen und über 820 km Fahrwege für den Agrarsektor. Im industriellen Bereich sind die Inbetriebnahmen von drei Petrochemie-Anlagen in Jubail die Glanzlichter zusammen mit dem Bauabschluß der Raffinerie Yanbu, während der Raffineriekomplex Rabigh im Berichtsjahr weiter vorangetrieben wurde.

Auch im privatwirtschaftlichen Bereich wurde erneut reichlich investiert: 1983/84 nahmen insgesamt 130 Unternehmen erstmals die Fertigung auf. Auch in der ersten Hälfte des laufenden Fiskaljahres expandiert Saudi-Arabiens Industrie weiter: 135 Industrie-Vorhaben mit einem Gesamt-Investitionsvolumen von 2,4 Mrd. Dollar wurden in diesem Zeitraum von der saudiarabischen Regierung gebilligt.



FRANKREICH / Öffentlicher Dienst: Tarifgespräche

Signalwirkung für Industrie

J. SCHAUFUSS, Paris

In einer gespannten Atmosphäre haben gestern in Frankreich die neuen Lohnverhandlungen für den öffentlichen Dienst begonnen. Sie betreffen rund vier Millionen Beamte und indirekt 2,5 Millionen Pensionäre. Ihr Ergebnis ist aber für die gesamte Wirtschaft von großer Bedeutung. Denn die Gewerkschaften sehen darin den Mindestrahmen für die neuen Tarifverträge bei den Staats- wie auch Privatunternehmen.

Der Staatssekretär für den öffentlichen Dienst, Jean Le Garrec, hat deshalb als Vertreter der Arbeitgeberseite und Verhandlungspartner sein Angebot zunächst einmal sehr knapp bemessen. Danach sollen die Beamtengehälter 1985 im Durchschnitt um nur 4,5 Prozent erhöht werden. Auf diese Rate will die Regierung die „gleitende" Inflation begrenzen, während sie die monatsdurchschnittliche auf 5,2 Prozent beziffert hat.

Dieser weitere Schritt der Abkoppelung vom Index würde nach Ansicht der Gewerkschaften bedeutende Kaufkraftverluste zur Folge haben. Denn der Lohnanstieg ist aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden ungünstiger als der Preisanstieg. Die Berechnungsmethode bedeutet außerdem, daß die für die unteren Chargen vorgesehenen überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen von den übrigen Beamten mit einer Schmälerung der Realeinkommen bezahlt werden müßten.

Im übrigen halten die Gewerkschaften die Preisziele der Regierung für viel zu optimistisch. Dazu erklärte Jean Le Garrec, daß ein direkter Bezug zur Preisentwicklung nicht mehr zulässig sei. Er schloß allerdings nicht aus, daß zum Jahresende für den Fall eines übermäßigen Preisanstiegs ein gewisser Inflationsausgleich erfolgen könnte.

So soll bereits für dieses Jahr verfahren werden. Immerhin dürfte die Inflationsrate 1984 etwa siebeneinhalb Prozent erreichen, während der laufende Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst entsprechend dem ursprünglichen Inflationsziel Tariferhöhungen von nur fünf Prozent vorzieht. Wie hoch dieser Ausgleich sein soll, hat Le Garrec aber nicht gesagt.

PEUGEOT / Weitere Entlassungen in Autoindustrie

Eigene Fehler eingestanden

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Präsident des privaten französischen Automobilkonzerns Peugeot, Jacques Calvit, hat sich am Wochenende sehr deutlich von der Sozialpolitik der staatlichen Renault-Werke distanziert. Angesichts des überbesetzten Personalbestandes dieser Industrie hält es Calvit für „sehr schwierig", auf jede Entlassung zu verzichten, wie es der Sozialplan von Renault-Präsident Bernard Hanon vorsieht.

So konnte Calvit darauf verweisen, daß sich im bisherigen Verlauf dieses Jahres auch dank der schwererkämpften Entlassungen bei den Tochtergesellschaften Talbot und Citröen die Ertragslage des Peugeot-Konzerns wesentlich verbessert hat. Während die Renault-Verluste weiter stark gestiegen sind, würden die des Peugeot-Konzerns 1984 wesentlich *unter denen von 1983 (2,6 Milliarden* Franc) liegen.

Der neue Peugeot-Präsident gab allerdings zu, daß der Konzern auch aus eigenem Verschulden in die roten Zahlen geraten war. Die Übernahme der europäischen Chrysler-Töchter (später Talbot) habe die Bilanz belastet. Dazu kam später die Verschmelzung der Absatzorganisationen von Peugeot und Talbot. Viele Händler waren damals zur ausländischen Konkurrenz übergelaufen.

Mit Hanon ist sich Calvit darin einig, daß die französische Automobilindustrie Produktivitätsgewinne von etwa sieben Prozent im Jahr erzielen muß, um dem zunehmenden internationalen Wettbewerb gewachsen zu sein. Da sich aber der Automobilmarkt künftig um nicht mehr als 1,5 Prozent im Jahr vergrößern dürfte und die „natürlichen" Abgänge der Unternehmen höchstens ein Prozent der Belegschaft erreichen, bliebe das Problem des Personalüberhangs bestehen. Durch Umschulungen allein – wie Renault sie vorsieht – lasse es sich nicht lösen.

POLEN / Kräftiger Gewinnanstieg bei Intershop

Laden-Kette wird ausgebaut

J. G. G. Bonn

Die polnischen Intershop-Läden, „Pewex", in denen ausschließlich für Westdevisen eingekauft werden kann, haben im vergangenen Jahr einen Reingewinn von 261 Mill. Dollar gemacht. Das sind 120 Mill. Dollar mehr als 1982, erklärte „Pewex"-Generaldirektor, Tadeusz Bielski. Die staatliche Ladenkette verfügt über 650 Geschäfte, in denen man alles von der Nadel bis zur Hi-Fi-Anlage westlicher Produktion und polnischer Exportproduktion kaufen kann. Das Netz soll weiter ausgebaut werden, ebenso der bisherige Mitarbeiterstamm von 4500 Bediensteten.

In einem Land, in dem viele Menschen Verwandte im Westen und auch ein Devisenkonto haben, hätte diese staatliche Ladenkette weiterhin Zukunft, sagte der Konzernschef. Laut Bielski ist das „Pewex"-System „kein Widerspruch zum marxistischen Gleichheitsprinzip". Hier spielten pragmatische Erwägungen eine Rolle. Außerdem erhält die Regierung „harte Valuta, die zur Stimulierung der eigenen Produktion notwendig sind."

Für den Westtouristen seien die „Pewex"-Waren zudem noch billiger als in der Heimat. Whisky bester Qualität kostet bei „Pewex" zum Beispiel 4,80 Dollar pro Flasche, ein paar Jeans der Güteklasse I 17 Dollar. Bielski betrachtet die „Pewex"-Geschäfte als „Schwamm", der die Dollars und andere Westvaluta vom polnischen Schwarzmarkt absaugt und für die dann die Regierung Rohstoffe und Ersatzteile im Westen kaufen kann. Er sprach ferner davon, daß für viele Polen die „Pewex"-Geschäfte eine „verzauberte Welt" seien. Ein polnischer Journalist dozierte: „In unserer klassenlosen Gesellschaft haben wir zwei Grundklassen: Eine, die Zugang zu Devisen und zu ‚Pewex' hat. Die andere, die diesen nicht hat."

BROT- UND BACKWARENINDUSTRIE

Die Preise bleiben stabil

tb. Berlin

Die deutsche Brot- und Backwarenindustrie hat im Jahr 1983 ihre Marktposition behaupten können. Ihr Marktanteil beträgt im Bundesdurchschnitt rund 30 Prozent, in den Ballungsgebieten liegt das Versorgungspotential mit Brot und Backwaren bei mehr als 50 Prozent. Das teilte der neue Präsident des Verbandes der Deutschen Brot- und Backwarenindustrie, Anton Dieter Hammel, anläßlich des Verbandestages in Berlin mit.

Den Umsatz der im Verband zusammengeschlossenen 110 Unternehmen mit 180 Betrieben und rund 22 000 Beschäftigten gab Hammel mit 3,1 Mrd. DM netto an; damit habe er etwa auf Höhe des Vorjahres gelegen. Für das laufende Jahr wird der Umsatz nach Ansicht des Verbandspräsidenten etwa wieder diese Höhe erreichen, da „der Kuchen, der zu verteilen ist, nicht größer wird". Preiserhöhungen hat es 1983 nicht gegeben, und auch 1984 seien Preisanpassungen kaum durchzusetzen.

Die vorwiegend mittelständischen Betriebe stellen sich auch auf die veränderte Nachfrage ein und kommen dem Trend nach Spezialbroten nach. Insgesamt gibt es nach Verbandsangaben in der Bundesrepublik etwa 200 verschiedene Brotsorten. Der statistische Pro-Kopf-Verbrauch hat sich in den letzten Jahren bei etwa 75 Kilogramm stabilisiert. Absatzchancen sieht man auch im Export, der mit 163 Mill. DM etwa 3,2 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht. Hier wäre eine Verdoppelung möglich. Hauptabnehmer sind die Staaten der Europäischen Gemeinschaft, aber auch Nahost und Nordamerika gehören zu den Kunden.

EUROPA-FOTO / Fachhandel braucht das Geschäft mit der Unterhaltungselektronik zum Überleben

Erster Hoffnungsschimmer nach der Flaute

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mittlerweile drastisch formuliert nun der Stuttgarter Fotohändler Rolf H. Krauss als Verwaltungsratvorsitzender von „Europa-Foto/Deutschland", Frankfurt, sein nicht mehr neues Petitum: Wer sich als Fotofachhändler nicht den Komplementär-Sortimenten der Unterhaltungselektronik zuwende, der sei in einem halben Dutzend Jahren „weg vom Fenster". Es ändert nichts am Gewicht dieser Beschwörung, wenn Geschäftsführer Rainer Sadtler zur Vorlage des 1983er Geschäftsberichts dieses Einkaufsverbunds für den deutschen Fotofacheinzelhandel nach jahrelangem Niedergang nun einen „spürbaren Aufwärtstrend" ausmacht.

Denn das tut er nach selbstironischem Eingeständnis vor allem mit dem Motto: „Irgendeine Hoffnung müssen wir ja haben." Sadtler holt sie schon aus folgenden Fakten: Lag der preisbereinigte Umsatz im deutschen Fotofachhandel auch 1983 mit einer weiteren Minusrate von 4 (7) Prozent in der traurigen Spitzengruppe aller deutschen Einzelhandelssparten, so kam er aus den ersten sieben Monaten dieses Jahres mit einer auf 2 Prozent halbierten realen Minusrate erstmals besser heraus als der Durchschnitt des gesamten Einzelhandels (minus 2,3 Prozent). Da etwa 60 Prozent vom Fotogeschäft in der zweiten Jahreshälfte gemacht werden, könnte man das volle Jahr ohne weiteren realen Umsatzschwund beenden, hofft Sadtler.

Mehr als nur einen Hauch besser als die Branchen schneiden konstant die unverändert 84 Mitglieder von Europa-Foto mit ihren 219 (218) Verkaufsstellen ab. Auch 1983 blieben sie bei 550 (532) Mill. DM Gesamtumsatz, dessen Wachstum fast nur aus dem „Industrie/Behörden-Geschäft" stammte, im sogenannten Amateurgeschäft mit 1,1 (1,7) Prozent realem Umsatzminus klar unter der branchentypischen Schrumpfungsrate. Diese langjährige Tendenz setzt sich 1984 offenbar fort.

Doch die für reichlich 60 Prozent des Produkteinkaufs ihrer Mitglieder zuständige Zentrale mahnt mit unermüdlichen Trommeln in die eigenen Reihen hinein: Wenn denn nun einmal die Konsumentenwünsche seit Jahren anderen Freizeitvergnügungen mehr Gunst schenken als dem Fotografieren oder gar der stark geschrumpften Schmalfilmerei, dann müsse der wache Händler dem so weit wie nur möglich folgen. Dies insbesondere mit der Konsequenz, daß der Fotofachhändler seine „Bildkompetenz" auch mit den neuen Produkten der elektronischen Aufzeichnung und Wiedergabe von Bildern sichere. Dann sei er dem Händler der Unterhaltungselektronik allerdings auch „weit überlegen".

Verstärkt bietet die Zentrale deshalb ihren Mitgliedern seit etwa zwei Jahren auch Produkte der Unterhaltungselektronik an, – findet damit allerdings bisher bei kaum der Hälfte ihrer Mitglieder Anklang. Schwierigkeiten bereite, so wird eingeräumt, weiterhin die Anerkennung des Fotofachhandels durch die namhafte Unterhaltungselektronik-Industrie. Bisher freilich sieht die Zentrale keine Probleme bei ihrer Taktik, die Renitenz lieferscheuer Fabrikanten durch Produkteinkauf über Großhandel und andere Quellen zu überwinden.

COOP

Elektronischer Zahlungsverkehr

adh. Frankfurt

Grundsätzlich sei auch der Lebensmittel-Einzelhandel bereit, den elektronischen Zahlungsverkehr zu nutzen, meint Dieter Hoffmann, Vorstandsmitglied der co op AG, Frankfurt. Voraussetzung für eine breite Akzeptanz des Banking-POS sei jedoch, daß Post und Banken die Gebühren für den elektronischen Zahlungsverkehr „niedrig und langfristig konstant" hielten. Darüber hinaus sollte es nur eine einheitliche, überall einsetzbare Zahlungskarte geben.

Die co op AG will bis 1987 rund 500, bis Ende 1989 bereits 1700 ihrer Geschäfte mit elektronischen Datenkassen ausrüsten. Die Ausstattung dieser Kassen mit Identifikationseinrichtungen für die geplanten Zahlungskarten machten ein Investitionsvolumen von rund 15 Mill. DM aus, bei monatlich rund 60 DM Betriebskosten. Diese Kosten lägen klar über dem Nutzen des Systems, den Hoffmann vor allem bei geringerer Kassierzeit (15 statt 25 Sekunden), weniger Verwaltungsarbeit, Zinsgewinn und mehr Sicherheit sieht.

WOHLENBERG / Neues Firmenkonzept vorgestellt

Produktpalette erweitert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der hannoversche Werkzeugmaschinen-Hersteller H. Wohlenberg KG GmbH & Co. geht davon aus, die Lieferungen an die graphische Industrie in erheblichem Umfang ausweiten zu können. Das Unternehmen hat zu diesem Zweck die Vertriebsaktivitäten dieses Bereichs in der neuen Wohlenberg Projekte & Systeme GmbH zusammengefaßt. Der Neugründung vorangegangen war die Übernahme des Programms der in Konkurs gegangenen Maschinen- und Klebstofffabrik H. Ehlermann GmbH & Co. KG, Verden, Mitte dieses Jahres. Ehlermann erzielte zuletzt einen Umsatz von rund 12 Mill. DM und beschäftigte 70 Mitarbeiter.

Wohlenberg selbst rechnet nach den Worten des geschäftsführenden Gesellschafters, Hans Rüdiger, im laufenden Jahr mit einem Umsatz von 95 Mill. DM nach 84,5 Mill. DM im Jahre 1983. Nach Abschluß der Konsolidierung dürfte der Umsatz 1985 erneut kräftig steigen. Zahlen zur Ertragsentwicklung will Rüdiger nicht nennen. Finanziell gebe es aber keine Probleme: „Wir schreiben schwarze Zahlen und haben keine Schulden."

Die positive Einschätzung begründet Rüdiger mit der günstigen Auftragssituation. Die Gießerei zum Beispiel sei bis Ende 1985 „übervoll ausgelastet". Die Drehmaschinenfertigung erfuhr durch die Neukonstruktion aller Typen zusätzliche Impulse. Ausdruck dafür ist ein US-Auftrag über die Lieferung von 20 Drehmaschinen mit einem Wert von über 35 Mill. DM. Insgesamt erreiche der Exportanteil bei Drehmaschinen 96 Prozent, bei Schneidemaschinen 85 Prozent. Wohlenberg beschäftigt 800 Mitarbeiter.

Vorrangige Aufgabe der neuen Projekte & Systeme GmbH ist es nach Rüdigers Angaben, statt Einzelmaschinen verstärkt ganze Systeme für die Weiterverarbeitung in Druckereien und Buchbindereien anzubieten. Der ebenfalls neu gegründeten EWO Produktions-Systeme GmbH, die für Auftragsentwicklungen aller Wohlenberg-Gesellschaften zuständig ist, kommt dabei entscheidende Bedeutung zu.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

HP-Bank erhöht Kapital

Köln (VWD) – Die Kölner Handels- und Privatbank AG (HP-Bank) erhöht ihr Grundkapital um 6 Mill. DM auf 33 Mill. DM. Wie das Institut mitteilte, beläuft sich der Ausgabekurs der jungen Aktien auf 200 Prozent. Damit steigt das Eigenkapital der zu 99,5 Prozent im Besitz der niederländischen Amro-Bank befindlichen HP-Bank unter Einschluß der Rücklagen auf 56,6 Mill. DM.

Ergebnis klar verbessert

Düsseldorf (Py.) – Die Volksfürsorge Rechtsschutzversicherung AG hat auch 1983 wieder über dem Branchendurchschnitt liegende Zuwächse in den Beitragseinnahmen (plus 12,1 Prozent auf 57 Mill. DM) verbucht. Die Zuwächse verteilen sich sowohl auf Sammelversicherungen (Gruppenversicherungen über außerberuflichen Rechtsschutz) mit 28,4 Mill. DM und Einzelversicherungen mit 21,3 Mill. DM Prämienvolumen. Der Versicherungsbestand wuchs auf 642 000 Verträge mit 2,34 Mill. Risiken. Der technische Verlust verringerte sich auf 0,9 (3,3) Mill. DM. Das allgemeine Ergebnis wurde deutlich verbessert, so daß ein Jahresüberschuß von 1,1 (0,5) Mill. DM ausgewiesen wird.

Elf-Aquitaine mit Gewinn

Paris (dpa/VWD) – Die französische Erdölgruppe Elf-Aquitaine hat im 1. Halbjahr 1984 einen Gewinn von 4,58 Mrd. Franc (1,53 Mill. DM) erwirtschaftet, 65 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten 1983. Dabei sind allerdings die Ergebnisse der Atochem mitgerechnet, die erst seit dem 2. Halbjahr 1983 berücksichtigt werden. Der Umsatz lag mit 91,37 Mrd. Franc um 58 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Vorrang für Vorsorge

Düsseldorf (Py.) – Die ganz überwiegend im kurzfristigen Kreditgeschäft mit Kunden des Mutterhauses tätige Lampebank International S.A., Luxemburg, hat nach Jahren stetigen Wachstums 1983 der Stärkung der Bilanzstruktur den Vorzug gegeben. Laut Geschäftsbericht der Bank bestreiten mit 8,2 Mrd. lfr (394 nach 396 Mill. DM) Kredite an Nichtbanken 61 (60) Prozent der Bilanzsumme. Die Kundeneinlagen wuchsen um 20 Prozent auf 3,3 Mrd. lfr (154 nach 130 Mill. DM), die fast 25 (20) Prozent der Bilanzsumme ausmachen. Der Gewinn von 10 Mill. lfr (0,5 Mill. DM) wurde den Rücklagen zugeführt.

Investition in Ölfelder

Hamburg (VWD) – Die Lehndorff-Vermögensverwaltung GmbH & Co. hat sich mit 5 Prozent an von der Shell-Gruppe verkauften Ölfeldern in den US-Bundesstaaten Utah, North Dakota und Montana im Kaufwert von insgesamt 220 Mill. Dollar beteiligt. Dazu gehören 480 bereits produzierende Öl- und Gasquellen sowie Schürfrechte. 79 Anschlußbohrungen in unmittelbarer Nachbarschaft fündiger Quellen sind geplant. Einschließlich dieses Projektes wird Lehndorff zum Jahresende etwa 40 Mill. Dollar in Öl- und Gasfelder investiert haben.

KAFFEE / Deutschland ist Kolumbiens größter Kunde

Transitlager in Hamburg?

BRIGITTE STURM, Hamburg

Die Bundesrepublik ist Kolumbiens größter Kaffeekunde. Sie bezieht jeden dritten Sack Rohkaffee, den das zweitgrößte Kaffeeproduktionsland exportiert. Die milden kolumbianischen Arabicas sind die Spitzenreiter unter den grünen Bohnen auf dem deutschen Markt. Die meisten hiesigen Röstkaffeemischungen bestehen zu fast 40 Prozent aus „Columbian Milds". Zum Kummer der Federacion Nacional de Cafeteros de Colombia (FNCC) wissen das aber die meisten deutschen Kaffeetrinker nicht. Dem soll nun abgeholfen werden.

Die FNCC, ein genossenschaftlicher Zusammenschluß von rund 350 000 kolumbianischen Pflanzern, startet jetzt über das in Hamburg installierte Informationsbüro Café de Colombia eine Kampagne, die im ersten Jahr zunächst einmal Aufklärungsarbeit betreibt. Den hiesigen Konsumenten soll bewußt gemacht werden, daß sie mit jeder Tasse Kaffee auch kolumbianischen Kaffee trinken, der zum Feinsten zählt, was an Rohkaffee auf dem Weltmarkt angeboten wird. Pro Jahr unterstützt die Federacion ihre weltweiten Maßnahmen zur Absatzförderung mit rund 30 Mill. Dollar.

Um kolumbianischen Kaffee dem deutschen Markt noch näherzubringen, erwägt die FNCC im Hafen Hamburg ein Transitlager einzurichten. Damit soll die Verfügbarkeit für den unmittelbaren Bedarf verbessert werden. Dieses Lager soll aber nicht nur Rohkaffe, sondern auch andere kolumbianische Produkte aufnehmen. Ferner ist vorgesehen, daß an diesem Projekt auch andere Firmen und Organisationen teilnehmen. Gegenwärtig wird untersucht, ob sich ein solches Lager rentieren würde. Gespräche mit bestimmten Firmen und Organisationen werden bereits geführt. Die Idee, ein solches Transitlager im Hamburger Hafen einzurichten, ist nicht neu. Sie war 1975 entstanden, als durch den großen Frost in Brasilien auf einmal Versorgungsprobleme aufkamen.

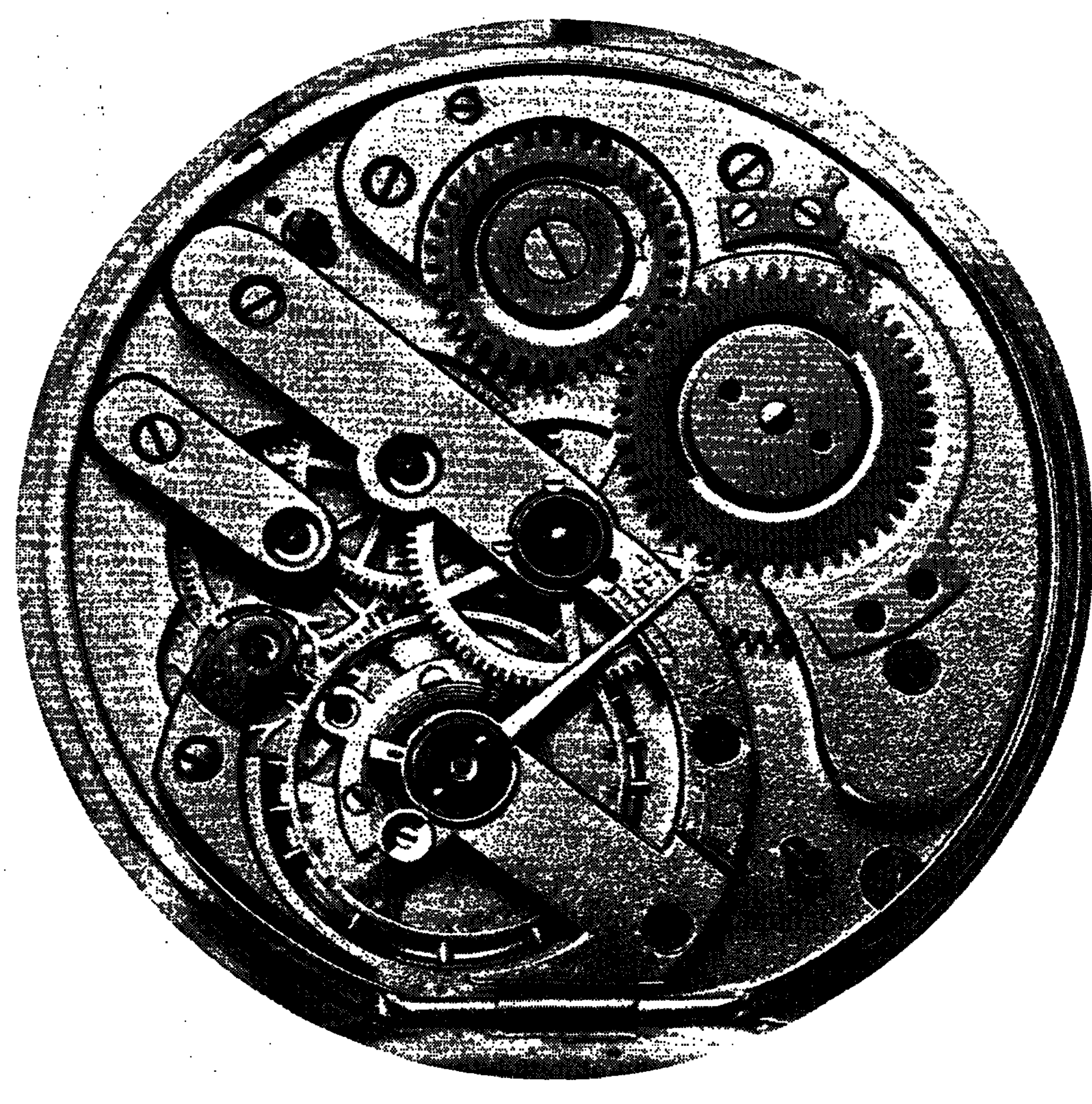
Große Instrumente stabilisieren Umsatz

dos, Braunschweig

Bei der Pianofortefabrik Grotrian-Steinweg GmbH & Co KG, Braunschweig, hat sich im Geschäftsjahr 1983/84 (31. 3.) der Verkauf von Klavieren und Flügeln zwar weiter auf 1538 (1613) Instrumente verringert. Der erneut gestiegene Anteil hochwertiger Modelle wirkte sich aber auf den Umsatz stabilisierend aus: Mit knapp 15 Mill. DM wurde das Vorjahresniveau wieder erreicht. Der Exportanteil erhöhte sich auf 42 (39) Prozent. Die geringere Nachfrage machte nach Angaben der Geschäftsführung über weite Strecken Kurzarbeit notwendig. Gleichzeitig wurde die Belegschaft auf 147 (155) Mitarbeiter abgebaut.

Deutlich verbessert auf 5,1 (3,6) Prozent vom Umsatz habe sich das Betriebsergebnis. Dies schlägt sich in der auf 60 000 (35 000) DM erhöhten Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter nieder. Das Eigenkapital stieg auf 3,98 (3,92) Mill. DM und macht 41,2 Prozent der Bilanzsumme (9,64 Mill. DM) aus.

Die Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr – 1985 besteht das Familienunternehmen 150 Jahre – zeigt weiter aufwärts. Der Fertigwarenbestand konnte reduziert werden, die Zahl der Kurzarbeitstage nimmt ab. Weiter steigend sei der Anteil großer Klaviermodelle und Konzertflügel am Gesamtabsatz.



NAMEN

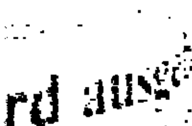
Friedrich Schmeißmeier, früherer Vorsitzender der Geschäftsführung der Gerlach-Werke GmbH, Homburg wird am 10. Oktober 65 Jahre.

Karl-Wilhelm Maudantz, Vorstandsvorsitzender der Allgemeine Deutsche Schiffszimmerer-Genossenschaft eG, Hamburg, trat am 30. September in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Eberhard Brandt.

Eberhard Adam (38) wurde Geschäftsführer der Werbeagentur HHCC (Hill, Holiday, Connors, Cosmoupolous) GmbH, Frankfurt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Nachl. d. Erk Eberhard Hoffmann; Bochum: Liebert und Meyer GmbH & Co. KG; Burgwedel: Irmela Morys, Wedemark; Delmenhorst: E.W. Brandes GmbH; Nördlingen Zwgst. Donauwörth: Nachl. d. Horst Josef Klahs, Schreiner, Schrobenhausen; Stuttgart-Bad Cannstatt: Cico Industriechemie GmbH.



AUTOMATISIERTE MONTAGESYSTEME / Studie des Fraunhofer-Instituts

Bundesrepublik hinkt noch nach

dpa/VWD, Stuttgart

Innerhalb der industriellen Serienmontage in der Bundesrepublik sind bis zum Jahr 1992 zwischen 80 000 und 170 000 Arbeitsplätze gefährdet; bis zur Jahrhundertwende dürften es etwa 110 000 bis 200 000 sein. Zu diesem Ergebnis kommt das Stuttgarter Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) in einer Studie über Einsatzmöglichkeiten von flexibel automatisierten Montagesystemen.

Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes (Wiesbaden) sind in den sechs Hauptbranchen in der industriellen Serienmontage – Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik/Uhren, EBM (Eisen, Blech, Metall)-Waren und Büromaschinen/EDV – gegenwärtig etwa 655 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Rund 250 000 Arbeitsplätze sind dabei nach IPA-Darstellung das durch Automatisierung, Produktgestaltung und Arbeitsstrukturierung „maximal erreichbare Freisetzungspotential".

Im Brennpunkt des Automatisierungsgeschehens werde die Elektrotechnik stehen. Danach kommen der Straßenfahrzeugbau, die EBM-Industrie, die Branche Feinmechanik/Optik/Uhren und der Maschinenbau. Nach Einschätzung des IPA werden sich die Freisetzungen als Folge der Montageautomatisierung zunächst bei den größeren Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten ergeben. Bis spätestens 1987 sei zu erwarten, daß auch kleinere Betriebe einen derartigen Einsatz planen und realisieren.

Die Anzahl „flexibler Baukasten-Montageautomaten" werde bis zu diesem Zeitpunkt auf den 2,8fachen Wert des derzeitigen Niveaus zunehmen. Damit ergebe sich eine jährliche Steigerungsrate von 26 Prozent, und in fünf Jahren dürften in 26 (gegenwärtig 2,9) Prozent aller Betriebe diese Montageroboter installiert sein. Bis zum Jahr 1992 wird die Zahl der in der Bundesrepublik eingesetzten Montageroboter auf 5000 bis 12 000 Stück geschätzt.

Entwicklung und Einsatz von Montagerobotern in der Bundesrepublik liegen nach IPA-Einschätzung gegenüber anderen führenden Industrienationen noch deutlich zurück. Verdeutlicht wurde dies mit dem Hinweis, daß in Deutschland derzeit nur sechs unterschiedliche, im Inland entwickelte Montagerobotertypen verfügbar seien, im Vergleich zu 60 Exemplaren in Japan und 31 Typen in den USA.

Als Gründe für diesen Technologievorsprung der Konkurrenten wurden die durch eine effektive Wirtschafts- und Innovationsförderung ermöglichte größere Unterstützung der Montageroboterhersteller und der Roboteranwender vor allem in Japan genannt. Auch die vergleichsweise niedrigen Rotoboterpreise spielten eine Rolle. Die beschleunigte Automatisierung in der Bundesrepublik wird nach den IPA-Feststellungen in nicht unerheblichem Maße durch die „nicht hinreichende Qualifikation des Personals" behindert.

Die Hersteller, die unter den Begriffen „Montage, Handhabung, Industrieroboter" (MHI-Branche) zusammengefaßt werden können, erzielten 1983 mit 16 000 Mitarbeitern einen Umsatz von insgesamt 2,1 Mrd. DM. Die jährlichen Umsatzsteigerungen betragen etwa 25 Prozent.

Selektive Käufe bei den Renten

Das Tempo der Zinssenkung hat sich auf dem Rentenmarkt am Wochenbeginn deutlich verlangsamt. Immerhin gab es bei den länger laufenden Bundesanleihen noch Kursanhebungen bis zu 0,30 Prozentpunkte. Unsicherheit wurde in den Markt durch Tauschoperationen bei den Bundesobligationen getragen, die im Zusammenhang mit der Auflage einer neuen Serie vorgenommen wurden. Teilweise gaben hier die Kurse bis zu 0,10 Prozentpunkte nach. Bei den Pfandbriefen, denen die kurstreibende Auslandsnachfrage fehlt, gab es eine Konsolidierungspause.

Bundesanleihen

		8. 10.	5. 10.
F 6 Bund 78 IV	12/84	99,96	99,95
6¾ dgl 79	1/85	100,05G	100,05
8½ dgl 73 I	3/85	101	101
7 dgl 79	4/85	100,4	100,4G
7¼ dgl 79 II	6/85	100,8	100,6
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,15	101,15
8 dgl. 76 IV	10/85	101,95	101,95
5½ dgl. 78 II	3/86	99,6	99,3
5¾ dgl. 78	5/86	99,3G	99,3
7¼ dgl. 76 I	12/86	101,3	101,3
6¾ dgl 79	1/87	99,95	99,95
7¼ dgl. 76 II	1/87	101,5G	101,5
6¾ dgl 77	4/87	100,5	100,6
6½ dgl 77	7/87	99,95	99,95
6 dgl. 77	10/87	98,8	98,7
6 dgl. 78 I	1/88	98,4	98,25
6½ dgl 79 I	9/88	99,15	99,05
6½ dgl. 78 II	12/88	99	98,85
6¾ dgl 79	1/89	99G	99
7¼ dgl 79 I	4/89	100,6G	100,6
10 dgl. 81	4/89	109,5G	109,5
7½ dgl 79 I	6/89	101,6	101,6
8 dgl. 79 I	7/89	103,15	101,15
8 dgl 79 II	8/89	103	103
7½ dgl 79 II	9/89	101,4	101,3
7¾ dgl. 79 II	11/89	102,55	102,5
7¾ dgl 80 I	1/90	102,1	102
10 dgl 80	4/90	111	111
5¾ dgl 78	5/90	95,1	94,9
8¼ dgl 80 I	7/90	104,4bG	104,4bG
8¾ dgl 80 II	11/90	103,95	103,95
7¾ dgl. 82	11/90	102,35	102,35
9 dgl 81	2/91	107,2	107,1bG
10¼ dgl 81	7/91	113,3G	113,2
10¾ dgl 81	9/91	116,2	116,1G
10 dgl 81 II	12/91	112,7G	112,6G
9¾ dgl 82 I	1/92	111,3	111,1
9¾ dgl 82 II	3/92	111,25	111
6 dgl 79 II	3/93	93,3	93,25
9,5 dgl 82	4/92	109,8	109,75
9 dgl 82	5/92	107,2	107G
8½ dgl 82	6/92	104,6	104,5
9 dgl 82	9/92	107,3	107,2
8¾ dgl 82	9/92	106,3	106,2
7¾ dgl 82	12/92	101,6bG	101,6bG
7½ dgl 83	1/93	100,1	100,7
7½ dgl 83 II	3/93	100,1	100,1
7½ dgl. 83 III	6/91	101	100,8
8¼ dgl 83	6/93	104,5bG	104,15
8 dgl 83	7/93	102,8	102,8
8½ dgl 83 II	8/93	104,5	104,2
8¼ dgl 83 III	10/93	104,5	104,2
8¼ dgl 83 IV	11/93	104,5	104,2
8¼ dgl 83 V	12/93	104,5bG	104,2
8¼ dgl 84	1/94	104,5bG	104,3
8¼ dgl. 84 II	2/94	104,55	104,3bG
8 dgl 84	3/94	102,95	102,85
8¼ dgl 84	6/94	104,55	104,2bG
8¼ dgl 84 IV		104,55	104,2bG
8¼ dgl. 84 V		104,6bG	104,3
F 7¾ B Obl 79 S.1	12/84	100,25	100,3
8 dgl 80 S.2	2/85	100,7G	100,1
8¼ dgl 80 S 3	2/85	100,8	100,8
9¼ dgl 80 S 4	3/85	101,15	101,2
8¾ dgl 80 S 5	4/85	101,2	101,2
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,15	101,15G
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,15	101,15
7½ dgl. 80 S 8	8/85	101,05	101,05G
8¼ dgl. 80 S 9	10/65	102	102
8¾ dgl 80 S 10	1/86	102,85G	102,85G
9 dgl. 81 S 11	1/86	102,95	103
9¾ dgl. 81 S 12	3/86	104 45	104,45
10 dgl 81 S 13	3/86	104,7	104,7
9½ dgl 81 S.14	4/86	104,3	104,3G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,85	104,85
10½ dgl. 81 S 16	6/86	106,05	106,05
11 dgl 81 S 17	8/86	107,4	107,4
10½ dgl 81 S 18	10/86	107	107,05
10 dgl 81 S 19	10/86	106,1	106,1
9½ dgl. 81 S.20	11/86	105,3G	105,25G
10¼ dgl 81 S 21	11/86	106,8	106,7
10 dgl. 81 S 22	11/86	106,35G	106,35
9½ dgl 81 S 23	12/86	105,3	105,45
9¾ dgl. 82 S 24	1/87	105,8	105,7
9½ dgl 82 S 25	3/87	105,7	105,6
9¼ dgl 82 S 26	4/87	105,35	105,25
9 dgl. 82 S.27	4/87	104,75	104,65
8½ dgl 82 S 28	5/87	103,85	103,8
9½ dgl 82 S 29	7/87	106,4	106,3
9 dgl. 82 S.30	8/87	105,4	105,4
8¾ dgl 82 S 31	9/87	104,9	105
8¼ dgl. 82 S 32	10/87	103,8	103,9
8 dgl. 82 S 33	11/87	103,15	103,15
7¾ dgl. 82 S 34	11/87	102,45	102,55
7½ dgl 82 S 35	12/87	101,9	102
7¼ dgl. 83 S 36	1/88	100,9	100,95
6¾ dgl 83 S.37	3/88	99,85bG	99,75
7 dgl 83 S 38	5/88	100,25	100,25
7¼ dgl. 83 S 39	6/88	100,65	100,65
7½ dgl 83 S.40	6/88	101,2	101,3G
8 dgl 83 S 41	6/88	102,7	102,8
8 dgl 83 S.42	9/88	103bG	102,95
8 dgl. 83 S 43	12/88	102,9	102,9
8¼ dgl 83 S 44	12/88	103,75	103,75
8 dgl 84 S.45	3/89	103	102,95
7½ dgl. 84 S.46	4/89	101,15	100,7
7¾ dgl. 84 S 47	7/89	102	102,05
7¾ dgl 84 S 48	9/89	101,9bG	101,95

Bundesbahn

		8. 10.	5. 10.
F 6 Bdbahn 78 III	11/84	100	100
6½ dgl 79	2/85	100,1	100,1
8½ dgl 73	2/85	100,7	100,7
7 dgl 77	2/87	100,5G	100,5
6 dgl. 77	9/87	98,8	98,7
6 dgl 78 II	7/88	97,65	97,6

		8. 10.	5. 10.
F 6½ dgl. 77	5/89	97,75	97,8
8 dgl. 79 I	7/89	103	103G
6 dgl 78 I	2/90	96,1	96
8 dgl 80 II	7/90	102,7G	102,1
9 dgl. 81	3/91	107	106,85G
10½ dgl 81	9/91	114,6G	114,6
10¾ dgl. 81	11/1	113,6G	113,6
8 dgl 80 I	2/92	102,4G	102,4
10 dgl. 82	2/92	112,6	112,3G
9½ dgl 82	7/92	110,15	109,95
8 dgl. 82	11/92	102,8G	102,8
7¾ dgl. 83	1/93	101,3	101,3
8¼ dgl. 83	10/93	104,45	104,2
8¼ dgl. 84	6/94	104,45G	104,2

Bundespost

		8. 10.	5. 10.
F 6½ Bdpost 68	8/88	99,4	99,1G
8 dgl. 72 I	9/87	102,45	102,3
10 dgl. 81	3/89	109,45	109,3
10¼ dgl 81	6/89	110,85	110,85
8 dgl. 80	3/90	102,5	102,45
7¾ dgl. 80	9/90	101,85G	101,75G
8¾ dgl. 80	12/90	105,85	105,65
10½ dgl 81	10/91	114,75	114,6
9¾ dgl. 82	2/92	110,85	110,6G0
8¾ dgl 82	6/92	105,85	105,6bG
8½ dgl. 82	10/92	104,8	104,6bG
7¾ dgl. 83	2/93	101,3bG	101bG
8½ dgl. 83	9/93	105	104,7
8¼ dgl. 84	2/94	104,4	103,6
8 dgl 84		102,7	102,2bG

Länder – Städte

		8. 10.	5. 10.
S 6½ Bd.-Wttbg 78	86	99,5	99,3
8¼ dgl. 82	92	104	103G
M 7 Bayern 66	86	101,56	101,25G
6½ dgl. 67	87	102,25G	102G
6 dgl. 68	85	99,75G	99,6G
6 dgl 78	88	97,4	96,6
8¾ dgl 80	90	105G	105G
8¼ dgl. 82	92	105,2G	105G
7½ dgl. 83	93	99,5	98,7
8 dgl 84	94	101,45	101,2
B 8½ Berlin 70	85	102G	101,8G
8 dgl. 72	85	101,26	101G
7 dgl 77	85	100,2	100,15G
6½ dgl 78	88	98,25G	98G
8¾ dgl 80	88	105G	104,5G
Br 7¾ Bremen 71	87	101,65G	101,25
8 dgl 72	87	102,25G	101,75G
7½ dgl. 83	93	99	98,25
H 8½ Hamburg 70	85	101,96	101,7G
6¾ dgl. 77	92	98,4G	98,25G
8 dgl. 80	92	102,2	101,6
9¾ dgl. 82	92	110,25	110,1
7½ dgl. 83	92	98,75G	98,5
8¼ dgl. 84	94	102,85	102,5
F 8 Hessen 71	86	101,5G	101,5
6¼ dgl. 78	88	97,4	97,2
Hn 8½ Nieders. 70	85	102,1G	102G
7½ dgl 72	87	101G	100,7
8 dgl. 72	87	102,1G	101,8
7½ dgl. 79	87	101,5	100,9G
7¾ dgl 82	92	100,6	99,25G
8 dgl 83	93	101,8	101T
8 dgl. 84	94	101,5	101
D 7½ NRW 83	93	99,05	98,9
7¾ dgl. 83	93	100,3	99,85
8½ dgl. 83	93	105,25	103,9
8¼ dgl 83	93	103,5	102,65
8¼ dgl. 84	92	103,25	102,66
F 8 Rhld.-Pf. 71	84	102,5	102
F 8½ Saar 70	85	102	101,9G
7 dgl. 72	87	100,25G	99,8G
6 dgl 78	88	97	96,5
H 7¾ Schl.-H. 72	87	100,75G	100,5G
8½ dgl. 73	85	100,8	100,8G
8 dgl. 84	94	102	100,8G
D 7 Essen 72	85	100G	100G
S 7½ Stuttgart 71	86	101bG	101
7¾ dgl. 72	87	101,1G	101,1G
8 dgl 83	93	101,5	100,75G

Bankschuldverschreib.

	8. 10.	5. 10.
F 6 Allg. Hypo Pf 1	84,5	84,5G
6½ dgl. Pf 5	90G	89G
7 dgl. Pf 2	100,5	100G
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl Pf 106	104,95G	104,95G
10 dgl. Pf 108	109,4G	109,4G
7 dgl KS 132	97,8G	97,8G
8 dgl. KS 155	100,8G	100,8G
9 dgl KS 169	102,55G	102,55G
M 5½ Bayer.Haba Pf 14	95,75G	94,25bG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	98,2G	98,2G
7 dgl. Pf 3	98,75bG	98,25G
6½ dgl. KS 14	99,75G	99,5G
7½ dgl KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123G	123G
5½ dgl Pf 11	129,5G	129,5G
6 dgl Pf 34	78,5bG	78G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	84bG	83,75G
6 dgl KS I	99,8G	99,8G
M 6 Lda. Aufb IS 15	98,7G	98,7G
6 dgl. IS 16	97,9bG	97,9bG
6 dgl IS 17	97,15G	97,15G
8½ dgl. KO 49	102G	102G
8½ dgl. KO 48	101,6G	101,6G
M 7½ Bay.Lblgz. Pf 103	101,5G	101G
9½ dgl. Pf 105	101G	101G
9½ dgl. IS 726	101,7bG	101,7bG
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	119G	119G
5½ dgl. Pf 28	100G	100G
6 dgl. Pf 4	93G	93G
6½ dgl. Pf 3	88,25G	88,25G
6½ dgl. Pf 12	87,5G	87,5G
M 7 dgl Pf 20	98G	98G
B 5 Berl. Plandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	99,5G	99,5G
8 dgl. Pf 34	96,25G	96,2G
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	100,25G	100,25G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	91,5G	90G
7½ dgl. Pf 87	97G	96,25G
6 dgl. KS 29	83,5G	82,75G
7 dgl. KS 30	100,2G	99,9G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5bG	119,5bG
5 dgl. Pf 54	116G	118G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	90G	88,5G
6½ dgl. Pf 141	87,5G	87,5G
7 dgl. Pf 143	95G	94G
7 dgl. KO 113	100,25G	100,25G
9 dgl. KO 217	–	–
9 dgl. KO 215	100,5G	100,5G
9¼ dgl KO 218	100,25G	100,25G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	117G	117G
5½ dgl. Pf 50	74G	74G
9 dgl. KS 139	103,4G	103,4G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	101,3G	101,3G
9 dgl. Pf 239	104G	104G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	110G	110G
7 dgl. KS 35	100,4G	100,4G
F 5¾ Dt Gen bk. IS 70	95,35T	95,35T
6 dgl IS 71	100G	100G
6¼ dgl IS 73	00,1G	00,1G
6¾ dgl IS 80	100G	100G
F 6 Dgz Dt.Komm.KO55-4	84,5G	84,5G
6 dgl KO 46	80G	80G
7 dgl KO 97	100G	100G
7½ dgl. KO 185	99,5G	99,5G
9 dgl. KO 129	101G	101G
Hn6 Dt Hyp Hann. Pf 91	79G	78,75G
7 dgl. KS 101	100,35G	100,35G
10 dgl. KS 134	100,5G	100,75G
8¾ dgl. KS 140	100,85G	100,75G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl Pf 57	99G	99G
5 dgl Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	80G	80G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr Pf 82	75G	75G
5½ dgl. Pf 59	82G	82G
6 dgl Pf 162	81	81G
B 9 Dt.Pf.Wi Brf. 482	107,25G	106,6G
Br 8 Dt Schiffbk. Pf 46	100G	100G
5½ dgl Pf 62	88,9G	88,9G
8½ dgl. Pf 65	99,95G	99,95G
6¼ dgl. Pf 60	97,65G	97,65G
8¼ dgl. Pf 74	99,6G	99,6G
6¼ dgl. Pf 76	98,65G	98,65G
Br 6½ dgl. Pf 77	96,3G	95,3G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl Pf 47	101,7G	101,7G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 68	71,5G	71,5G
5½ dgl Pf 53	77,5G	77,5G
6 dgl. Pf 79	79,25G	78,5G
6 dgl. Pf 130	95,4G	94,8G
6½ dgl. Pf 133	89,1	89,1
H 5 Hbg Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	92,6G	92,6G
6 dgl 47	83,5G	82
F 5 Helaba Pf 8	111G	111G
6 dgl. Pf 80	92,2G	92,2G
8 dgl. Pf 73	101,9	101,9
4 dgl. KO 5	103G	103G
H 6 Hyp i.Hbg Pf 96	85,25G	84G
6½ dgl Pf 80	93,5	92,2G
8 dgl. Pf. 248	100,05G	100,05G
9 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	101,75	101,75
9 dgl. KO 259	103	103G
9¾ dgl. KO 262	–	–
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	116,5G	116,5G
5 dgl. Pf 12	71G	71G
7 dgl Pf 25	96,5G	96,5G
10 dgl. Pf 40	100G	100G
6 dgl. KO 30	99,9G	99,95G
9¾ dgl K 84	100,45G	100,45G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	90,5G	90,5G
5½ dgl. Pf 11	94,50	94,50
7 dgl. Pf 12	100	100
4½ dgl KO 6	100G	100G
7½ dgl. KO 80	102,3G	102,3G
8½ dgl. KO 81	102,3G	102,3G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	92G	91,5G
6 dgl. Pf 28	88,5G	88G
6 dgl. Pf 49	102G	102G
8¾ dgl KS 8	84	84
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	94,25	93,25
7 dgl. Pf 97	101,9G	101,9G
10 dgl. Pf 33	99G	99G
6½ dgl. KS 78	106,75G	106,75G
10 dgl. IS 95	110,75G	110,75G
11½ dgl. IS 96	86,5G	86,5G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	105	104,25
H 4½ NordHyp.WBK Pf 24	99,9G	99,75G
6½ dgl. Pf 42	97G	97G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	91,5G	91,5G
7½ dgl. Pf 4		
Hn8 dgl Pf 10	100,85G	100,85G
9 dgl. KO 53	101,5G	101,5G
7½ dgl. IS 6	101,3G	101,3G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	85,8G	88,8G
6 dgl. Pf 95	78	78
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	125G
5½ dgl K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl Pf 28	96,3G	95G
6½ dgl. Pf 67	8G	8G
5½ dgl KO J+E	125G	125G
9½ dgl. KO 58	–	–
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	110G	110G
5½ dgl. Pf 109	72G	72G
7 dgl. Pf 125	99,5G	99,5G
7 dgl. Pf 128	92G	92G
8 dgl. Pf 177	103,5G	103,5G
6 dgl. KS 77	80,5G	80,5G
6½ dgl. KS 80/1	–	–
8½ dgl KS 110	103G	103G
Br 5 St. Kr. Dt-Br Pf 17	123G	123G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 43	88,25G	88,25G
6 dgl. Pf 56	80,75G	80,75G
7 dgl. Pf 61	90,25G	90,25G
8 dgl. Pf 70	102,1bG	102,1G
9 dgl. Pf 68	101G	101G
H 6 Schiffshyp Pf 23	–	98,75G
7½ dgl Pf 45	–	–
M 6 Südboden Pf 41	91,5G	91,5G
5½ dgl. Pf 57	79G	79G
6½ dgl. Pf 143	98,25G	98,25G
7 dgl. Pf 87	96,5bG	96,5bG
7½ dgl. Pf 104	98G	98G
7 dgl. KS 49	95,5G	95,5G
7½ dgl. KS 81	100,75G	100,75G
8 dgl. KS 133	100,25G	100,25G
8½ dgl. KS 132	100,5G	100,5G
9 dgl KS 185	103,75G	103,75G
9½ dgl. KS 171	105,75G	105,75G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,66	100,66
D 8 WestLB Pf 390	101,05G	101G
6¾ dgl Pf 403	99,66	99,25bG
9½ dgl. Pf 1007	108,4G	107,7G
8 dgl. Pf 1015	101,95G	101,3G
7 dgl. KO 556	100,25G	100,25bG
6¼ dgl. KS 420	98,4G	98,05G
9¼ dgl. KO 1301	107,4G	106,9G
8½ dgl. KS 1278	101,2G	101,2G
8 dgl IS 1512	102,8G	102,25G
9½ dgl. IS 1520	101,25G	101,2G
6½ dgl. IS 679	97,8G	97,15G
7½ dgl. IS 1503	–	–
D 4 Westf. Land. Pf 4	–	–
6 dgl. Pf 16	97T	97T
6½ dgl. Pf 19	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	90G	90G
D 8¼ Westf Hypo. Pf 550	101G	101G
9¼ dgl. Pf 564	103,5G	103,5G
9¾ dgl. KS 294	101,6G	101,6G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	77G
7 dgl. KS 58	100,5G	100,5G
S 6½ Wür. KoLa Pf 1	91,35G	91,35G
7 dgl. Pf 5	–	–

Sonderinstitute

	8. 10.	5. 10.
D 6 DSLB Pf 28	86,5G	86,5G
6 dgl Pf 47	82,5G	82,5G
7 dgl. Pf 63	92G	92G
7½ dgl. Pf 99	98G	98G
8 dgl Pf 104	101G	101G
8 dgl Pf 165	102G	102G
5½ dgl. RS 45	98,75G	98,75G
6 dgl. RS 73	98bG	98,6G
8 dgl RS 120	102G	102G
8½ dgl. RS 153	102G	102G
7 dgl. RS 162	98,5G	98,5G
9½ dgl. RS 172	103,5G	103,5G
9 dgl. RS 188	106G	106G
10 dgl. RS 193	104,2bG	104,2bG
11¼ dgl RS 195	106,75G	106,75G
F 7½ KfW 70	100,5G	100,5G
8 dgl. 70	101,45G	101,45G
7¼ dgl. 79	100,85	100,7
8 dgl. 84	100,8	100,8
F 10 Kredit 81	111	110,7G
F 8½ Kred.Wied.aufb. 82	104,1G	104
7½ dgl. 83	99,6	99,6
8¼ dgl. 83	102,3G	102,3G
7½ dgl. 84 I	100,25T	100,25T
7½ dgl. 84 II	100,75T	100,75T
F 6 Lawi.Rentbk. RS 14	98,7G	98,7G
6 dgl RS 15	98,8G	98,8G
6 dgl. RS 16	98,75G	98,75G
6 dgl. RS 19	98,5G	98,5G
6 dgl. RS 20	99,9G	99,9G
6 dgl. RS 21	99,85G	99,85G
6 dgl. RS 26	99,95G	99,95G

	8. 10.	5. 10.
F 7½ dgl. RS 27	101,25G	101,25G
6½ dgl. RS 60	98,75G	98,75G
7 dgl. 94	98,75G	98,75G
7 dgl. 99	100,3G	100,3G
8 dgl. 101	101,75G	101,75G
7½ dgl. 102	99,6G	99,6G
9½ dgl. 126	105,35G	105,35G
D 8 LAG TS 76	101,8G	101,7
6½ dgl. TS 77	99,1G	99
5½ dgl 78	96,5G	96,15
7 dgl. 79	100	99,9

Industrieanleihen

	8. 10.	5. 10.
F 6 Badenwerk 78	96,5G	96,35
5 Bayernw. 59	99,75G	99,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100,5	100,5T
7¾ Cont. Gum. 71	100,25	100G
5¾ HEW 62	97,25	97,25G
7½ dgl. 71	99,75G	100G
4½ Harpen 59	202G	202G
6 Hoesch 64	99,8T	99,8T
7½ dgl 71	100G	100G
7½ Karstadt 71	99,9G	99,85
7½ Kaufhof 71	99,9G	99,85G
7¾ dgl. 71	100,25T	99,85
7½ dgl. 78	100,1	101,1T
7½ Klöckner W. 71	99,75	99,5T
8 dgl. 72	100,1T	100,1T
6 MWK 61	98,75G	98,75G
6 dgl. 62	97,25G	97,25G
6 ObDon. Krwk. 64	98G	95,75G
F 6 Rh.Brkw. 63	98,5G	96,25G
6 dgl. 65	95,5T	96T
6 RWE 63	96,5T	98,25T
6 dgl. 65	98,5bG	96,25T
7¾ dgl. 71	100,5	100,4
7 dgl. 72	99,25G	99,23
6 Rh.-M.-Don. 62	98,75	98,25G
6½ dgl. 68	101,25G	100,75G
8 Schleswag 71	100,3G	100,6
7½ Thyssen 71	100G	100,1G
8 dgl. 72	100,3G	100,3G
7½ dgl. 77	98,5T	98,5T
8 VEW 71	102bG	100,6T
6¾ dgl. 77	97,5	97T
7 VW 72	99,25	99,25

Optionsscheine

	8. 10.	5. 10.
F 11 BASF Over Zee 82	64,3	63,6
7¼ Bayer Fin. 79	75,8	75,2
10½ Bayer Fin. 82	86,8	85,1
7½ BHF Bk. Int. 83	103,9	103
6¾ Ciba-Geigy 75	1230	1230
3½ Commerzbk. 78	41,8	41,7
7 Combk. Int. Lux. 83	50,4	48
Combk. Int. Lux. 84	66	66
4½ Dt. Bk. Comp. 77	148	148,8
3½ Dt. Bk. Int. 83	44,9	154,5
8¾ Degussa 83	166	160,5
4 Dresdner Bk. Int. 83	50,6	45
4 dgl. 83 II	360	50,1
10 Hoechst 75	81,1	355
6¾ dgl. 79	94,9	81
8 Hoechst 83	2295	93,8
Itoh Fuel 84	3700	385G
7½ Jap.Syn.Rubber 82	459	2285
5¾ Jusco 83	599	3700bG
Kansai Paint 84	570G	450
Mitsubishi 84	1800bB	590
Mitsui 82	171	175
Nippon Fluor 84	128	570G
Rhythm W	237,5	1775
7¾ Siemens 83	237,5	235,1
6,875 Schering 83	221G	122
Tsumura „A 84	221G	221bG
dgl. „B 84	246	246
4 Veba 83	59,5	58,3
8½ Wella F. 73	410	408bB
F 8½ BASF 74	69,9	69,2
Bayer 84	75,6	74,9
5 Conti 84	60,5	63,3
Stumpf 78	65	65

Optionsanleihen

	8. 10.	5. 10.
F 7½ BHF Bk.Int.83 m0	106,4G	106,4bG
7½ dgl. 83 o0	78G	78,3bB
3½ ComBk. Int. 78 m0 DM	111,4G	110,5
F 3½ dgl. 78 o0 DM	93,5	92,5T
4½ C F DT. Bk. 77 m0 $	120G	120G
4½ dgl. 77 o0 $	82	81,75
3¾ Dt. Bk. 83 m0	133	132,5
3¾ dgl. 83 o0	87,75bG	87,75
6¾ Dt. Bk. 83 m0	105,2G	105,1
6¾ dgl. 83 o0	71,25	71,5
4 Dresd. Bk. 83 m0	108,5	107,5
4 dgl. o0	90,5	90,5
3½ Itoh Fuel 84 m0	96,5G	96,5G
3½ dgl. 84 o0	89,75G	88,25G
7½ Jap. Synth. 82	190	191T
7½ dgl. 82 o0	100,1	100,4T
5¾ Jusco 83 m0	150G	150G
5¾ dgl. 83 o0	95,5G	95,5G
F 3½ Kansai Paint 84 m0	97	97G
3½ dgl. 84 o0	89	88,5G
3½ Mitsubishi 84 m0	102	102
3½ dgl. 84 o0	90,5bG	90,5bG
3½ Nippon Fluor 84 m0	98	98,25G
3½ dgl. 84 o0	89,5G	89,1bG
5¾ Rhythm Watch 84 m0	137G	137G
5¾ dgl. 84 o0	97	96T
3¾ Tsumura Juntendo 84 m0	97,5	97,5G
3¾ dgl. 84 o0	88,5G	88,5G
4 Veba 84 m0	130,25	128G
4 Veba 84 o0	84,2	83,75
F 6½ Wella F. 73 m0 DM	133G	133G
6½ dgl. 73 o0 DM	85,25G	85,25G
F 8½ BASF 74 m0	145	144
8½ BASF 74 o0	101,9	101,85G
3¾ Bayer 84 m0	132,75	131,5bG
3¾ Bayer 84 o0	80,45	80bG
5 Conti 84 m0	144bG	144bG
5 Conti 84 o0	85,5	86,25bG
M 3½ Stumpf 88 m0	158TB	158TB
M 3½ Stumpf o0	97,5G	97,5G

Währungsanleihen

	8. 10.	5. 10.
6¾ Kopenhagen 72	97,5G	97,5G

Wandelanleihen

	8. 10.	5. 10.
H 8 Beiersdorf 82	180G	180G
D 9 Girmes 74	124bG	124bG
6½ KSB 83	124,5bG	124bG
F 6 Pfaff 84	121	121

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

	8. 10.	5. 10.
D 8¼ Aeroport 82	102	101,10G
7¼ B.N.D. 79	97,75	97,25
7¾ Bayer Cap. 82	103,25G	103,25
8½ Caisse N.T. 70	–	102,25G
7¼ CFE 77	101G	102
6¾ CFE 78	95,5T	96,4
8½ Cons. Cred. 70	103G	103bG
6½ Cred. Nat. 79	97,3bG	97,10G
6¾ Dänemark 72	–	99,25bG
9¾ Dänemark 74	104,5T	106T
7¼ Dänemark 77	100,25	100,25
6 Dänemark 78	96bG	95,90
5¾ Dänemark 79	99,7bG	99,75G
6½ Dänemark 79	95,75bG	95,75bG
7¾ Dänemark 80	101,2bG	101,25
8¼ Dänemark 80	101,75	101,75
10 Dänemark 82	105,75	105,75
10¾ Dänemark 82	112T	111T
7¾ Dänemark 83	101,5	101,5bG
8 Dänemark 83	100,7bB	100,6T
7¾ Dänemark 84	101,75	101,5
7¾ Dänemark 84	99bG	98,95
7¾ DenNorsk. 77	98,75G	98,75bG
6 DenNorsk. 78	96bG	95
8¾ ENEL 82	104,5bG	104,5bG
7¾ Fuji Int. 84	100bG	99,75G
10¾ GZ Wien 81	115,5	115TG
7½ H.-Bk. Dän. 69	100G	100G
7 H.-Bk. Dän. 73	99G	99bG
8½ H.-Bk. Dän. 80	103T	102T
10½ H.-B. Dän. 81	110G	110
6½ H.-Bk. Dän. 83	102,3	102,4
6 Imatran. 72	100,5	100,3
7¾ ISCOR 71	100TG	100G
7 ISCOR 72	98,75G	98,7bG
7 ISCOR 73	98,1bG	98,5
8½ ISCOR 73	101	101,5G
9 ISCOR 83	103,9	105,4
7¾ Island 77	100,75T	100,75T
9¾ Island 82	105,5bG	105,25
6¾ Light-S. 78	96,5	96,5
8½ Light-S. 80	96	95
7¾ Manitoba 83	101	101,15
6¾ Manit. Hyd. 72	100G	100bG
7 Metrop. 73	98,5bG	98,5G
8 Nat. West. 73	101,4	101,3
11 Nat. West. 81	114,5	114G
9¾ Nat. West. 82	108,75T	108,5G
7¼ Nipp. Cred. 83	96,65	96,6bG
7¼ Norges H. 77	99,5G	99,5G
6 Norges H. 77	96G	95,75G
6½ Norges K. 70	102	101,1bG
7 Norges K. 77	99,25bG	99,25G
6 Norges K. 77 I	98,5G	98,5bG
6 Norges K. 77 II	97,10bG	97,10bG
6 Norges K. 78	97G	97bG
6¼ Norges K. 79	98,75G	98,75bG
7¾ Norges K. 79	101,2bG	101,5
8¼ Norges K. 79	103,5G	103,75
7¾ N. Scotia 71	102T	101,5
7 N. S. Pow. 72	100,3bB	100,2
8¾ Occid. Fin. 78	96,25	96,25
7 Petrobas 78	94,5	94,75
8 Petrobas 79	95,3	95,25
6¼ Pyhrn Autob. 77	97,4T	97,4T
8½ Queensl. A. 70	100,5	100,5T
7 RENFE 79	98,6bG	98,75
10 RENFE 82	109,2bG	109TB
8¼ RENFE 83	103	102,5T
8¾ Stockh. G. 75	101G	101G
7¾ Sumito F. 82	100,75G	100,75
7½ Sun Int. 73	100	100
7¼ Svenska C. 73	99,25T	99,25T
9¾ Svensk Ex. 80	101,9	101,9
10¼ Svensk E. 81	110	109TG
9½ Svensk Ex. 82	104,5G	104,25
5½ Tauernaut. 78	90,5T	90,35bG
9¾ Tauernaut. 82	109	–
7¾ Tokyo El. 69	100G	100G
6½ Tokyo El. 79	100bG	100TG
6 TVO-Kraftw. 78	96bG	96,25G

Wandelanleihen

	8. 10.	5. 10.
F 4¾ AKZO 69	85T	87T
F 5 Asics Corp. 83	102,5	102
F 3½ All Nippon 78	106	105T
F 3½ Asahi Opt. 78	128G	128G
F 4¾ Canon Inc. 77	478G	472T
F 3½ Cas. Comp. 78	360G	350T
F 5¾ Daiei Inc. 80	132G	132G
F 3 Daikin Ind. 84	98G	98
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	815G	810G
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	129G	129
F 3½ Jusco Co. 78	107,5G	107,5G
F 6 Komatsu 78	157T	157T
F 6 Konishiroku Pho. 81	122G	120
F 6¾ dgl. 82	117	117
F 3½ Kumagai 78	103G	103,5G
F 7½ Kraft Inc. 70	148,5	148T
F 3½ Marudai F 78	100	100
F 6 Michelin Int. 70	95G	95G
F 5¾ Minolta 77	230G	234G
F 4 dgl. 79	175,5G	179G
F 6,75 Mitsub. H 81	145G	145,25
F 6 dgl. 81	112,5	111,25
F 6 Nichii Co Ltd 80	143	143G
F 3¾ Nippon Sh. 78	138T	138T
F 3½ Nissan Mot. 78	97,5G	97,5G
F 4 Nisshin Steel 78	170G	175G
F 6¾ Océ v. d. Gr 69	110T	110T
F 3½ Olympus 78	285G	280G
F 3¾ Omron Tat 79	510T	510T
F 4¾ Onest Fin 79	250G	253G
F 3½ Ricoh Comp 78	223G	222
F 6½ Rothm. Int. 72	111G	111G
F 3¾ Sanden Corp 78	127,5	131T
F 6¼ Sekisui 76	146G	145
F 3½ Stanley 78	210G	205G
F 6 Taiyo Yuden 82	143	144G
F 5 Texaco Int 66	97,6	97,75
F 3½ Tok Elec 78	450G	470G
F 4 Tokyu Land 79	104,75G	104,75
F 3½ Trio Kenw. 78	100,5G	100,5G
F 6½ Uny Ltd 79	220G	225G

Anmerkungen: [illegible] B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart.

Ausländische Aktien in DM

	8. 10.	5. 10.
F L'Air Liquide	–	–
D Akzo	84,5	84
F Alcan	80,5	80
F Alcoa	102	100,5
F Alg.Bk.Nedtl.	294,5	294
F All Nippon Air	4T	4,05
F Allied Corp.	109G	107G
M ALPS El.	29,9	29,1
F Amax	55	56,5
F Am. Cyanamid	141	141,5
F Ameritech	222,5	218
D American Expr.	98,5G	99
D Am Motors	13,3	13,3
F Am. T & T	56,1	56,1
F Amro Bank	58,3	58,2
F Anglo Am. Corp.	43	58,2
M Anglo Am. Gold	28,5bG	29
F Arbed	76G	77G
D Armco	32	32,6
F Asahi Chem.	6,4G	6,5G
M Atl. Richfield	152	155,8
H Atlas Copco	39,8	40,1G
M Avon	72	73,3
D Baker Int.	51,5bG	53
F Ball Canada	23,6	23,6
F Banco de Bilbao	33,1	32,9
F Banco Central	33	32,8
F Banco Hisp. Americ.	22,8	22,5
F Banco de Santander	23,9	23,9
F Banco de Vizcaya	41	41
F Barlow Rand	20,5	21
M Baxter Trav. Lab	42	42,2
D Beatrice Foods	82G	81G
F Bell Atlantic	228,5	228,5
D Bell Canada	74G	74G
F Bell South	95,5	95
D Bethlehem Steel	54,3	54,3
F Black & Decker	81G	80G
F Boeing	161	159
M Bougainville Copper	4,55	4,69
F Bowater	6,65	6,6
D BP	18,9	19,1
M Broken Hill	26,2bG	26
F Bull	10,85	10,8T
F Can. Pacific	105G	105
F Canon	18,1	18,1
F Casio Comp.	19,25	19,2
F Caterpillar	98	104,5
D Ch. Manhattan	124	126G
F Chrysler	88,5	89
M Citicorp.	103,8	106
F City Investing	120,9	122
F Coca-Cola	186	186
D Colgate	80,5	–
M Commodore Int.	77,7	80,9
M Comm. Satellite	77,3	78,9
F Cons. Gold F.	19,45	19,7
D Cont. Group	175G	174G
F Control Data	91	90,5
H Courtaulds	4,9G	4,9G
M CRA	12,75	13
M CSR	7,95	8,1
F Daiei	7,76	7,76
F Dart & Kraft	236	235
M De Beers Cons.	15,7	16,1
F Deere Comp.	86,5	87,5
F Delta Air Lines	100	101
F Diam. Shamrock	58,1	57
M Digital Equipm.	273,5	272,3
M Disney Prod.	164	167,3
H Distillers	10,25G	10,25G
M Dome Petroleum	6,65	6,75
D Dow Chemical	86	85
D Dresser	64,2	64
M Driefontein Cons.	91,3	92,9
D DuPont	144,5G	143G
H Dunlop	1,55	1,55
D Eastern Air Lines	14,1	13,55
F Eastman Kodak	214,5	212,5
F Eaton	146T	146T
F Elf Aquitaine	80,5	80,2
F Enshart	83G	85G
D Ericsson	117T	119T
D Exxon	135	134,5
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	2,85	3
D dgl. Vz.	2,57	2,6
F Fluor	–	0,09
D Fluor	9,5T	9,5T
M Fluor	53,9bB	53,5
D Ford	134	133
F Fujitsu	17,2	17,45
F General Electric	164,5	162,5
F General Foods	172T	171T
F General Mining	43,5	43,8
D General Motors	233,5G	234
D Gen. Shopping	375T	375T
D Gevaert	175G	175G
F Goodyear	74	74,2
H Grace	128	127,5
F Greyhound	67T	66T
D GKN	6,5T	6,5T
F Gulf	–	–
F Gulf Canada	44	43,1
D Halliburton	97	97,5
F HCA Hospital	124	120G
M Hewlett Packard	108,8	110
D Highveld Steel	8,7T	8,7T
D dgl. o.O.	8,7T	8,7T
F Hitachi	109G	109G
M Holiday Inns	109,8	107,5
F Homestake	81	82,5
M Hongk. & Shanghai Bank	2,45	2,58
D Hoogovens	55,5	54
D Hughes Tool	45,7	44
F IBM	368,5	369,8
F ICI	24	24
M Impala Plat. Hold	40B	39,8
M Imperial Oil	100,4	100,3
M Intern. Harvester	20,5	20,7
F Inco	33,5	33,8
F Int. T & T	84	81,3
D Istituto Fin. Ind.	7,5G	7,5G
F Itoh	82G	82
F Izumiya	11G	11T
F Japan Line	1,4	1,35T
D Jusco	9T	9T
F Kawasaki Kisen	1,4G	1,4G
F Kawasaki Steel	1,95	1,85T
M Kloof Gold Min.	128	132,6
F Komatsu	5,55	5,5
D KLM	172,5	171
F Konishiroku Photo	7,2G	7,2G
F Kubota	3,8G	3,8G
D Lafarge	111G	111G
D Litton Ind.	202T	196T
F Lone Star	71G	72
D LTV	34,1	35,8
M M.I.M. Hold.	–	–
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,6G	3,5G
F Mandel Food	7,5G	7,5G
D Matsushita El.	20,2	20,6
M McDonald's	154	150G
M Merrill Lynch	84,6	83,7
F McDonnell D.	210	206
M Minerals & Res.	21,5	21,5exD
D Minnesota M.	230B	230G
D Minolta Camera	7,5T	7,3T
F Mitsubishi Chem.	3,78	3,75
F Mitsubishi El.	5,1G	5,1
F Mitsui Bk.	11,5T	11,2
F Mitsui & Co.	3,9G	3,85
F Mitsui Engn.	1,7G	1,7G
F Mitsui O. S. K.	1,7T	1,7T
F Mitsumi El.	17,2	16,8
H Mobil Corp.	86,8	88
F Monsanto	140,9	142
F Montedison	1,88	1,91
F Murata	37,5G	37,5G
M Nat. Semicond.	36,9bB	38,5
D Nat. Westminster	19,9T	19,9T
F NEC Corp.	16,1	16,2
F Nestlé	6322	6409
D Nikko Sec.	6,2G	6,1G
F Nippon Kokan	1,6	1,66
F Nippon Shinpan	6,35G	6,4
F Nippon Yusen	2,55G	2,55G
F Nissan Motor	7,65G	7,5G
F Nisshin Steel	2,1T	2,1T
F Nissho - Iwai	2,8G	2,8G
D NL Industries	40G	40
F Norsk Hydro	44,1exB	214,8
F Novo Ind.	525	523
F Nymex	212	210,5
H Occ. Petroleum	92,5	92,9
F Océ v. d. Grint	227T	222G
F Olivetti St.	9,3	9,4
F Olivetti Vz.	7,85bB	7,9bB
F Olympus Optical	12,8G	12,8
H v. Ommeren	23G	23G
F Omron Tateisi	28,5G	28,5
F Pacific Telesis	191	192
F Pakhoed	52,5	52,5
F PanAm	14,9	14,8bB
D Parker Drilling	22,5bG	23,1
F Parker Hannifin	92G	94G
F Peko Wallsend	12,75	12,9
M Pepsi	129,5	129
F Pernod-Ricard	255	256
F Peugeot	70	70
F Philip Morris	224	225,5
H Philips	47,6	47,3
D Phoenix Ass.	–	–
M Pioneer El.	30,6	30,5
F Pirelli	2,8	2,8
M Polaroid	82,5	80,5
M Prime Computer	47	47,5
F Procter & G.	151	167
D Ramada Inns	20,5	20,3G
M Ranger Oil	21,2	21,3
F Rank Org.	–	–
F Ricoh	12G	12
F Rio Tinto NA-St	22	22,1
F Rio Tinto Kum	22,5G	22,5G
H Robeco	58,5	56,1
F Rockwell	85	87
H Rolinco	56	57
F Rorento	185G	185,1
F Rothmans Int.	5,95	6,35
D Rowan Cos	35,2	35
H Royal Dutch	155,7	155
M Rustenburg Plat. Hold	28,3G	28,5bB
F Santa Steamship	1,6G	1,6G
F Sanden Corp	7,3T	7,3T
M Santos	17,8	15,75
F Sanyo Elec.	6,35	6,2
F Sanwa Bk.	12,6	12,4T
M SASOL	8,6	8,55bG
F Schering Plough	106,2	105
F Schlumberger	137	135,6
F Schw. Alum.	901	910bG
F Schw. Bankverein PS	343	341
F Schw. Bankverein OR	8,3	8,15
M Sears, Roebuck	97,6	98,2
F Seiyu Stores	7,8T	7,6T
F Sekisui House	6,7T	6,7T
F Selected Risk	47G	47G
F Shell Canada	61	60,9
H Shell T & T	258	258
D Singer	98	95
F Snia Bpd	2,88	2,92
D Solvay	211T	211T
D Sony Corp.	48,5	48,7
F Southwestern Bell	193,5	194
D Sperry Corp	170G	170G
F Squibb	140G	140
F Standard Oil	139	140
F Stanley Elec.	11,3G	10,8G
F Steyr-Daimler-P	20,7	21,5
F Sumitomo	6,2T	6,1G
F Sumitomo Heavy	2,55G	2,55G
D Sumitomo Metal	1,8T	1,8G
D Sun	149G	148G
M Sunshine Mining	30,2	31,3
F Swissair	1140G	1140G
F Taisei Kens.	2,3G	2,3G
M Tandy	75bB	76
F Taiyo Yuden	14,5T	14,5T
F Tenneco	111	109
D Texaco	109,5	110
F Texas Instruments	372	376
D Thomson-CSF	121T	115T
D Thorn Emi	16T	15,9T
F Tokyo El	17,3T	17,3T
D Tokyo Pac	408G	408G
F Tokyo Sanyo El.	8,8T	8,8T
D Toray	5,35	5,35
D Toshiba	5,4G	5,4
D Trans World Airlines	28,5	29,5G
F TRIO Kenwood	6,3	6,3T
F TRW	207G	210G
F Tsumura Juntendo	18,7G	18,7
D UAL	114T	114T
H Unilever	254,5	253
F Union Carbide	152,5	152
D Uniroyal	44G	43G
F United Techn	110,5	108,5
F US Steel	71,5	72,5
F US West	191,7	189,6
M Vaal Reefs Expl	31,8	32,9
D Ver.-Stork	112G	110G
D Volvo A	90T	90T
D dgl. Nam B	88T	88T
F Warner Commun.	59	58,5
F Warner Lambert	93	94,4
F Wells Fargo	127	127G
M Western Deep L.	133	136
M Western Mining	8,1bG	8,5bB
M Westinghouse El.	77,6	76,4
F Westl.-Utrecht H	88	88,5
D Xerox Corp.	115,5	115,5

ENERGIE / Berlins Kraftwerke sollen die saubersten in der Bundesrepublik werden

Die Japaner sind das Vorbild

GEROLD OSTERLOH, Berlin

Berlins Kraftwerke sollen die saubersten in der ganzen Bundesrepublik Deutschland werden. Darüber sind sich Vorstand des Berliner Stromversorgungs-Unternehmens Bewag und der Senat als Vertreter des Hauptaktionärs mit gut 50 Prozent Anteil einig. Nur über den Zeitplan gibt es aber Differenzen. Während der Vorstand der Bewag meint, aus technischen Gründen erst ab 1988 Entscheidungen über das richtige Verfahren zur Beseitigung der Stickoxyde treffen zu können, will der Senat schon möglichst vorher solche Sekundärmaßnahmen (Katalysatoren) in Angriff genommen wissen.

Als Beispiel gilt den Berliner Umweltschützern das japanische Vorgehen. Der Investitionsausschuß des Aufsichtsrates der Bewag war deshalb mit einer Delegation nach Fernost gereist. Als er wieder an der Spree war, brach Umweltsenator Horst Vetter (FDP) nach Tokio auf.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß der Vorstand – an der Spitze vertreten durch seinen Sprecher Wilm Tegethoff – vielmehr die weiter bestehenden technischen Probleme sieht. Der Senat dagegen drängt. Wirtschaftssenator Elmar Pieroth hat den Vorstand aufgefordert, doch mit umweltfreundlicheren Feuerungsmethoden sofort zu beginnen und die Katalysatortechnik schon Jahre vorher in Angriff zu nehmen.

Nach Auffassung der Bewag ist die japanische Technik nicht ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragbar. Denn die Japaner feuern nur mit hochwertiger Kohle und haben fast nur neue Kraftwerke, in denen sich die neuen Techniken leichter verwirklichen lassen. So muß die Technik für die Berliner Kraftwerke weiterentwickelt werden, wobei die Bewag nicht zuletzt auf die deutsche Industrie hofft. Lizenzen aus Japan könnten dabei allerdings Impulse geben.

So sieht der Fahrplan der Bewag zunächst Pilotanlagen für die Minimierung von Stickoxyden vor. Die erste soll den Plänen zufolge 1986 beim Kraftwerk Oberhavel in Spandau gebaut werden. Zwei Jahre lang sollen damit Erfahrungen gesammelt werden, um dann ab 1988 Investitionsentscheidungen zu treffen, so daß die ersten Entstickungskatalysatoren Anfang der 90er Jahre in Betrieb gehen können.

Wie weit die Japaner in der Reduzierung der Stickoxyde sind, zeigt ein Vergleich mit der deutschen Großfeuerungsanlagenverordnung. Danach sind höchstens 1800 Milligramm (mg) Stickoxyd je Kubikmeter Abluft bei Neuanlagen zulässig, bei den umzurüstenden Altanlagen 2000 mg. Die Japaner kommen heute bei einem Kraftwerk schon unter 200 mg. Das ist übrigens ein Wert, den die deutschen Umweltminister den Kraftwerksbetreibern in Zukunft auch gern vorgeben würden.

Die Bewag liegt mit ihren Kraftwerken heute in Berlin nach deutschen Maßstäben günstig. Der Ausstoß pendelt zwischen 700 und 1400 mg Stickoxyd. Beim neuen Kraftwerk Reuter West, für das gerade Richtfest gefeiert wurde, sollen es nach einem neuen Feuerungsverfahren nur 650 mg sein. Um noch weiter herunterzukommen, ist ein Katalysator notwendig, dessen späterer Einbau schon vorgeplant ist.

Was das kostet? Umweltsenator Vetter brachte aus Japan die Rechnung mit 25 Mill. DM je Anlage mit. Nach Berechnung der Bewag wird die Entstickung noch einmal soviel kosten wie die Entschwefelung, zusammen 2,2 Milliarden DM. Dazu kämen dann die laufenden Betriebskosten. Für den Berliner Stromverbraucher liefe diese Rechnung auf fünf Pfennig je Kilowattstunde höhere Preise hinaus. Das wäre eine Preiserhöhung um rund 20 Prozent.

Damit würden sich die Berliner Strompreise, ohnehin schon Spitze in der Bundesrepublik, noch weiter absetzen. Hinter der Hand sind aber auch schon Gedanken zu hören, wie man die Spannung aus den Berliner Strompreisen herausnehmen könnte – durch Umschichtung der Berlin-Förderung. Zudem ist Berlin eine Strominsel ohne Verbund, als Großstadt von der umweltfreundlichen Kernenergie ausgeschlossen. Im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit *müsse Berlin deshalb geholfen werden.*

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Stannigel/Kremer/Weyers, Beleihungsgrundsätze für Sparkassen, Kommentar und Handbuch, 1984, Deutscher Sparkassen-Verlag, Stuttgart, 1260 S., Balacroneinband, 176 Mark.

Der Immobilienmarkt wird immer wichtiger, aber auch immer undurchsichtiger, die Bewertung einer Immobilie zunehmend schwieriger. Drei Experten aus der Sparkassenorganisation haben sich dieses Themenkreises umfassend angenommen, haben völlig neu kommentiert und neueste Veränderungen juristischer und wirtschaftlicher Art voll berücksichtigt. Besonderer Wert wird der Immobilienbewertung und der Fortentwicklung der Wertermittlungsverfahren gewidmet. Da der zur Zeit konkurrenzlos dastehende Kommentar auch gewerbliche Immobilien, bau- und versicherungsrechtliche Fragen, Leasing, Bauherrenmodell, Richtwerte, Miet- und Preisspiegel behandelt, ist er – was der spröde Titel nicht vermuten läßt – für Praktiker im Kreditsektor ebenso geeignet wie für Studenten, Architekten und Bauingenieure.

Engelhardt/Kleinaltenkamp/Rieger, Der Direktvertrieb im Konsumgüterbereich, 1984, W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart, 158 S., geb., 46 Mark.

In der verdienstvollen Kohlhammer-Edition „Marketing" legen die Autoren, wissenschaftlich mit diesem jungen Lehrfach befaßt, eine absatzwirtschaftliche Analyse des Absatzes vom Hersteller zum Verbraucher ohne zwischengeschaltete Handelsstufen vor. Diese in wenn auch gedrängter Form bislang nicht vorliegende Untersuchung widmet sich weniger juristischen Aspekten, sondern beleuchtet diese Absatzform aus der Sicht von Anbieter und Nachfrager. Im Mittelpunkt stehen eigene empirische Untersuchungen aufgrund derer neue Erkenntnisse über Vorgehensweisen, Instrumentarium und Wirkung des Direktvertriebs gewonnen werden. Dabei werden neue Nachfragestrukturen ebenso berücksichtigt wie Fragen des – leider immer noch – schlechten Image des „Haustürverkaufs", das trotz überwiegend guten „Nahbilds" eine latente Gefahr für seriöse Anbieter ist.

Karl Sieg: Allgemeines Versicherungsvertragsrecht, Gabler-Verlag 1984, 186 S., 48 Mark.

Systematische Darstellungen des Allgemeinen Versicherungsvertragsrechts sind selten. In diese Lücke plaziert Prof. Dr. Sieg seinen Grundriß, der versucht, die spröde Materie der Vorschriften für sämtliche Versicherungszweige und für die gesamte Schadensversicherung (Paragraphen 1-80 VVG) didaktisch aufzuarbeiten. Durch eine übersichtliche Gliederung des Stoffes nach sachlichen Gesichtspunkten wird das Verständnis des Gesetzes erleichtert. In einem weit gespannten Bogen gelingt es – nach Begriffsdefinitionen von Versicherung, Versicherungsvertrag und Vertragsbeteiligung, der Darstellung der Obliegenheiten, der Fragen der Ersatzanspruchsübergänge, dem Einfluß des Europarechts und der Rechtsprechung – die komplizierte Materie durchschaubar zu machen.

J. Kurwert/M. Erdbrügger: Privathaftpflichtversicherung, Gabler-Verlag 1984, 138 S., 48 Mark.

Innerhalb des Versicherungszweiges der Allgemeinen Haftpflicht spielt, von der Anzahl der versicherten Risiken her, die Privathaftpflichtversicherung die größte Rolle. Der Versicherungsschutz regelt sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung. Um den speziellen Risikoverhältnissen in der Privathaftpflichtversicherung Rechnung zu tragen, gibt es besondere Bedingungen und Risikobeschreibungen (BBR) für die Privathaftpflichtversicherung, die einen auf dieses Risiko abgestimmten Versicherungsschutz festlegen. Das nun vorgelegte Buch gibt eine Kommentierung der BBR, die umfassend darüber informiert, welche Vertragswirklichkeit sich aus dem Abschluß von Privathaftpflichtversicherungen jeweils ergibt.

Hermann-Josef Bunte: Entscheidungssammlung zum ABG-Gesetz (AGBE), Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft, Band I: Entscheidungen aus den Jahren 1977 bis 1980, Heidelberg 1982, 924 S., (Ln.), 280 Mark; Band II: Entscheidungen aus dem Jahre 1981, Heidelberg 1983, 755 S., (Ln.), 230 Mark.

Das Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) faßte die gewachsene, höchst- und obergerichtliche Rechtsprechung in Normen zusammen. Inzwischen erfuhren die Vorschriften des AGB-Gesetzes weitergehende, richterliche Ausfüllung, Ergänzung und Kommentierung. Wichtig und unerläßlich für eine sachgerechte Auseinandersetzung mit Fragen zum AGB-Gesetz ist daher, die einschlägige Rechtsprechung im Auge zu behalten. Eine unvergleichlich gute Rechtsprechungsübersicht bietet hier die Entscheidungssammlung von Bunte, Professor an der Universität in Bielefeld und hervorragender Kenner der AGB-Materie. Ein umständliches Suchen in Zeitschriften, die im übrigen nur vereinzelt, sehr verstreut und in der Auswahl zufällig und zudem oft noch unvollständig über Entscheidungen zu Fragen des AGB-Gesetzes berichten, entfällt zugunsten einer kompakten, mit Sachverstand aufbereiteten Entscheidungssammlung. Band I enthält über 300, Band II 174 Entscheidungen. Unterschiedliche Register erleichtern den Zugang zur Materie, die Handhabung und Übersichtlichkeit des Werkes. Weitere Bände werden je nach Umfang der Rechtsprechung folgen.

Dieter Dröll: Handbuch für den Berufs-Erfolg, Societäts-Verlag 1984, 540 S., (geb.), 38 Mark.

Schulabgänger, aber auch Hochschulabsolventen, die den ersten Schritt in das Berufsleben machen wollen, stolpern meist gleich. Zu wenig Sorgfalt wird auf die Zusammenstellung der Bewerbungsunterlagen gelegt, obwohl damit eine Vorauswahl unter den Stellenplatzsuchenden getroffen wird. Hinweise, Tips und illustre Beispiele gibt der Verfasser aus seiner zwanzigjährigen Beraterpraxis. In alphabetischer Reihenfolge werden viele Stichworte zum Berufsweg, Aus- und Fortbildungsgang erklärt. Ein Ratgeber, der sich gleichermaßen für Fach- und Führungskräfte, aber auch Lehrer, Berufsberater, Personalleiter und nicht zuletzt Bewerber eignet.

Jürgen Bührens: Grundlagen des Rechnungswesens, Athenäum/Hain/Hanstein, 1984, 312 S., (kt.), 38 Mark.

Grundlegende Kenntnisse will dieses Lehrbuch auf den Teilgebieten des betrieblichen Rechnungswesens vermitteln. Die formalen Rahmenbedingungen für die Finanzbuchführung mit Abschlußrechnung, für die Betriebsbuchführung und die Finanzrechnung werden ebenso berücksichtigt, wie die Techniken der Handhabung einzelner Instrumente und Verfahrensweisen. Übungsaufgaben dienen zur Überprüfung des Lernerfolges.

Wöhe/Bilstein: Grundzüge der Unternehmensfinanzierung, Verlag Franz Vahlen, München 1984, 348 S., 29,50 Mark.

In einem systematischen Überblick behandelt dieses Lehrbuch die Hauptprobleme der Unternehmensfinanzierung. Durch die ausführliche, umfassende und verständliche Darstellung ist es für das Studium, betrieblicher Aus- und Weiterbildung, aber auch für die Praxis gleichermaßen geeignet. Didaktisch ausgereift beschränkt sich die dritte Auflage auf eine durch Gesetzesänderungen (Gewerbesteuer, Vermögenssteuer) notwendige Anpassung der betroffenen Beispiele.

Gösta B. Ihde: Transport, Verkehr, Logistik, Verlag Franz Vahlen, München 1984, 260 S., (geb.), 48 Mark.

Logistik als Oberbegriff zu Verkehr und Transport stellt die vorliegende Abhandlung in einen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang. Vor diesem Hintergrund werden die technischen und marktlichen Bedingungen aufgezeigt, an denen sich eine erfolgreiche Handhabung der Logistik orientieren muß. So kann die Logistik als betriebliche Funktion eine Führungskonzeption sein, die nicht nur als Rationalisierungs-, sondern auch als Marketinginstrument eingesetzt werden kann.

Banklexikon, Dreibändige Taschenbuchausgabe, 9. Auflage, Gabler-Verlag 1984, 58 Mark.

Das Standardwerk für Finanzfachleute in Industrie, Handel und Bank ist jetzt in der 9. Auflage, grundlegend überarbeitet und wesentlich erweitert – wobei die Gesetzgebung bis 1983 berücksichtigt wurde – neu vorgelegt worden. Die Ausgabe deckt in 5000 Stichwörtern das gesamte Bankwissen von „a-Ansprüchen" bis „zyklische Werte" ab. Die Informationen über nationale und internationale Geschäfte und Tatbestände im kreditwirtschaftlichen Bereich sind eine einmalige Fundgrube – nicht nur für Bankfachleute. Insgesamt gesehen bleibt dieses Standardwerk unentbehrlich für alle, die sich mit Fragen der Kreditwirtschaft zu befassen haben.

Heribert Meffert/Manfred Bruhn: Markenstrategien im Wettbewerb, Gabler-Verlag 1984, 250 S., 98 Mark.

Der Markenartikel als einzigartige Bündelung verschiedener Produktionseigenschaften, verbunden mit einem ständig verfeinerten Einsatz des Marketinginstrumentariums, war über Jahrzehnte Garant für eine erfolgreiche Markenstrategie von Hersteller- und Handelsunternehmen. In neuerer Zeit macht die zunehmende Verbreitung von Gattungsmarken (namenlose Produkte, No names) dem Markenartikel starke Konkurrenz. Das Buch verfolgt das Ziel, in der Markenpolitik eine Standortbestimmung vorzunehmen und die Entwicklungstendenzen der Hersteller- und Handelsmarkenpolitik aufzuzeigen, um so mitzuhelfen, die bei der Durchsetzung von Markenstrategien verbundenen Chancen und Risiken besser analysieren und bewerten zu können.

Aktienmarkt ohne Schwung

Auslandskäufe gaben keine Anregungen

DW. – Am Wochenbeginn blieb der Aktienhandel ungewöhnlich schleppend. Eine einheitliche Linie zeichnete sich nicht ab. Kaufaufträge aus dem Ausland lagen vornehmlich bei Siemens und der Deutschen Bank vor. Die Banken berichten von einer zunehmenden Zurückhaltung der Großanleger aber auch der privaten Bankenkundschaft, die gegenwärtig vorrangig an Renten interessiert scheint. Wegen der für möglich gehaltenen Dividendenerhöhungen stehen immer noch Großchemietitel auf einigen Kauflisten.

Ausdruck selektiver Käufe ist die uneinheitliche Tendenz der Technologiewerte, von denen PKI einen Teil des Wochenschlußgewinns wieder einbüßten, während SEL deutlich zulegten. Nach einem vorübergehenden Anstieg fielen Nixdorf auf die Ausgangsbasis zurück. Die Ankündigung einer Kaufhof-Optionsanleihe brachte der Kaufhausaktie keine Anregungen. Die Optionsanleihe ist nicht mit einem Bezugsrecht für die Aktionäre verbunden. Stahlaktien wurden auf dem bisherigen Niveau weiter recht flott gehandelt. Anlagekäufe in Veba zu Kursen, die etwas höher lagen als jene Preise, die bei der weiteren Teilprivatisierung zu Beginn dieses Jahres gefordert wurden.

Düsseldorf: Dahlbusch verloren 5 DM und Aigner 4 DM. Bonner Zement gaben um 3 DM und Huta um 2 DM nach. Edelstahl Witten erhöhten um 4 DM, Hein. Lehmann um 10 DM, Heinrich um 4 DM und Ver. Rumpus um 7 DM auf. Bei den Versicherungen gaben Allianz Leben um 25 DM nach. Allianz Vers. erhöhten um 8 DM.

Frankfurt: Brau AG erhöhten um 4 DM und Deutsche Steinzeug um 6 DM. Cassella gaben um 9 DM auf 450 DM nach und Chemische Verwaltung um 6 DM auf 282 DM nach. Linde verloren 6,70 DM auf 375,50 DM und Rheinische Hypo 10 DM auf 450 DM.

Hamburg: Markt und Kühlhallen zogen um 4 DM und Reichelt um 32 DM an. HEW gingen zu 80,50 DM um, während NWK-Vz. zu 167,50 DM gehandelt wurden. Phoenix Gummi vermochten sich mit 127 DM gut zu behaupten. Beiersdorf blieben bei 374 DM unverändert. Vereins- und Westbank wurden auf letzter Basis mit 296 DM umgesetzt.

München: Agrob St. erhöhten um 10 DM und Deckel AG um 0,80 DM. Dywidag stockten um 1 DM und Leonische Draht um 1,50 DM auf. Nachgeben mußten Audi NSU um 5 DM und AKS um 0,80 DM. Esterer Maschinen verloren 3 DM und Gehe AG 1 DM. Patrizier verbesserten sich um 2,50 DM.

Berlin: Kempinski zogen um 17 DM an. Rheinmetall wurden um 5,50 DM, Herlitz Vz. und Schering um je 2,50 DM, DeTeWe um 2 DM, Berthold und Lehmann um je 1,50 DM heraufgesetzt. Tempelhofer Feld taxierte man um 25 DM schwächer. Berliner Kindl und Orenstein gaben um je 2,50 DM nach.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 156,1 (155,6)
WELT-Umsatzindex: 3490 (3510)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Mailand

[illegible]

Wien

[illegible]

Tokio

[illegible]

Zürich

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Madrid

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Singapur

[illegible]

Paris

[illegible]

Sydney

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 8. 10. 84: 904 Optionen = 48 800 (59 300) Aktien, davon 130 Verkaufsoptionen: = 7250 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-110/5,5, 1-20/3, 4-100/16, 4-110/11, 4-130/3,65, BASF 1-160/8, 1-170/4, 1-180/2,9, 4-150/20, 4-160/2, 4-170/7, 7-160/17, 7-170/11,5, Bayer 1-160/20, 1-170/11,9, 1-180/7, 1-190/3,2, 4-170/16,55, 4-180/9,4, 4-190/6,1-5,6, 4-200/4, 7-170/20, BBC 1-210/4, Bay. Hypo 1-260/38, Bekula 4-100/5,5, BMW 1-400/9,5, 1-410/7, Commerzbank 1-170/6, 1-180/3,5, 4-170/10, 4-180/5,2, Conti 1-128/8,4 1-130/5,5, 1-140/2, 4-140/3,9, Daimler 1-580/25, Deutsche Bank 1-360/21, 1-380/12, 1-410/4,9, 4-346,75/36,8, 4-360/26,5, 4-370/22,1, 4-410/11,9, Dresdner Bank 1-160/14,5, 1-170/7, 1-180/4,4, 4-170/11,2, 4-180/6,3, 7-180/9,2, GHH St. 1-160/5,9, 4-170/6,6, Hoechst 1-170/11,2, 1-180/7,6, 1-190/3,6, 4-160/25, 4-180/9,6, 4-200/3,55, 7-170/3,9, Hoesch 1-100/9,65, 1-110/5, 4-100/14, 4-110/8,9, 4-120/4,8, 7-110/10, Karstadt 1-250/7, KHD 1-230/39, Klöckner 1-55/14, 1-60/9, 1-65/6, 1-70/3,5, 4-55/15, 4-60/11,4, 4-65/7,45, 4-70/5,5, 7-65/11, 7-75/89, 7-80/6,4, Mannesmann 1-160/5,9, 1-170/3,9, 4-160/9, 4-170/6, 4-180/3,6, Preussag 1-260/15,5, Rütigers 1-360/12, RWE St. 1-170/3,2, 4-160/14,6, Schering 4-360/45, Kali + Salz 1-280/7, 4-260/16, Siemens 1-400/44, 1-410/33,5, 1-420/27,8, 1-430/23,9, 1-450/12,6, 1-460/10, 1-470/6,6, 1-488/4, 4-460/18,6, 4-500/8, 7-480/15,4, Thyssen 1-80/4, 1-85/2,7, 4-80/7, 4-85/3,7, 7-80/9, Veba 1-162,5/12,9, 1-180/3, 4-160/18,5, 4-170/9,5, 4-180/5,6, 4-190/2,3, 7-180/8,3, VW 1-180/11, 1-200/4, 4-180/17, 4-190/12, 4-200/7, 4-210/5, 7-200/11,9, Alacan 4-80/11,8, 4-85/7,4, 4-90/5, Chrysler 1-95/5, 1-100/3,4, IBM 1-380/12, 1-390/8, 4-410/9, Philips 1-50/2, Royal Dutch 1-160/4,3, Sony 4-55/5,6, Sperry 1-110/8, 4-130/3,1, Xerox 4-120/7,5. **Verkaufsoptionen:** 1-100/1,9, 1-110/5, 4-100/3,2, BASF 1-160/2, Bayer 4-170/2,5, Commerzbank 1-160/2, 1-170/5,9, 4-160/3,2, Daimler 1-580/8,5, 4-580/14, Deutsche Bank 1-350/3, 4-350/5,4, Dresdner Bank 1-160/1,4, 7-170/9, GHH St. 4-160/9,5, Hoechst 7-170/3,8, Kaufhof 4-220/3,8, Klöckner 1-60/1, 1-70/3,5, 4-60/1,2, 4-65/3, Lufthansa St. 4-150/2,8, Mannesmann 1-160/4,8, 4-150/2,3, 4-160/8, Kali + Salz 4-230/3,4, Siemens 1-410/1,9, 1-420/4,4, 1-430/7, 4-420/5,1, Thyssen 4-75/3, VW 1-180/4,8, 7-170/5,1, Chrysler 1-85/1,9, 1-90/5, 7-90/11,5, Elf 4-80/5, General Motors 4-200/5, 4-220/9,4, Litton 1-190/4, Philips 4-45/2,4, Royal Dutch 1-150/3,05.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 8. 10.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅞–11⅛	5⅜–5½	4¾–5⅛
3 Monate	11⅛–11½	5½–5¾	5 –5¼
6 Monate	11⅜–11⅝	5⅞–6⅛	5 –5½
12 Monate	11¾–12	6 –6¼	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1495,00	1852,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1508,70
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	237,00	292,98
1 £ Sovereign Elizabeth II.	234,00	289,56
20 belgische Franken	181,00	233,70
10 Rubel Tscherwonez	247,00	308,94
2 südafrikanische Rand	235,00	289,56
Krüger Rand, neu	1059,00	1247,16
Maple Leaf	1059,00	1247,16
Platin Noble Man	1009,00	1190,16

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	245,00	306,66
20 schweiz. Franken „Vreneli"	187,00	237,12
20 franz. Franken „Napoléon"	186,00	235,98
100 österr. Kronen (Neuprägung)	978,00	1178,76
20 österr. Kronen (Neuprägung)	194,00	243,96
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	447,00	549,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

8. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	3,0398	3,0478	2,9970	2,98	3,08
London1)	3,764	3,778	3,728	3,70	3,85
Dublin1)	3,090	3,101	3,044	3,76	3,91
Montreal3)	2,3051	2,3131	2,2702	2,25	2,35
Amsterd.	88,560	88,780	88,55	87,25	89,75
Zürich	121,040	121,240	121,17	119,50	122,25
Brüssel	4,927	4,947	4,874	4,80	5,00
Paris	32,520	32,680	32,100	31,71	33,50
Kopenh.	27,585	27,705	27,28	26,50	28,25
Oslo	34,595	34,615	33,92	33,50	32,25
Stockh.**)	35,155	35,315	34,61	34,00	35,75
Mailand2) **)	1,609	1,619	1,572	1,57	1,67
Wien	14,216	14,256	14,172	14,15	14,35
Madrid**)	1,779	1,789	1,744	1,70	1,82
Lissabon**)	1,878	1,898	1,778	1,55	2,35
Tokio	1,2320	1,2350	–	1,19	1,25
Helsinki	48,03	48,23	47,025	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	3,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,4145	2,4685	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5280	2,5470	–	2,48	2,58
Johannesbg.*)	1,7725	1,7915	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die neue Woche begann ohne Überraschungen. Die Tolerierung der niedrigen Tagesgeldsätze durch die FED und den daraus resultierenden freundlichen Bondmärkten in den USA am vergangenen Freitag, entspannten das Klima. Bei geringen Umsätzen wurde zwischen 3,0360 und 3,0440 gehandelt. Die amtliche Notiz von 3,0438 kam ohne Mithilfe der Bundesbank zustande. Die amtlichen Notierungen der übrigen Währungen kamen durchweg auf höherem Niveau zustande. Schwächer notierten lediglich die norwegische Krone, des Escudo und die Finnmark. US-Dollar in: Amsterdam 3,4315; Brüssel 61,64; Paris 9,3340; Mailand 1886,50; Wien 21,3760; Zürich 2,5126; Ir. Pfund/DM 3,097; Pfund/Dollar 1,2389; Pfund/DM 3,771.

Ostmarkkurs am 8. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Um bis zu ⅛ Prozent schwächere Dollar-Depots waren am 8. Oktober ausschlaggebend für deutlich geschrumpfte Dollar-Depots am Termin-Markt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,59/1,49	4,20/4,10	8,30/8,10
Pfund/Dollar	0,05–0,06	0,31–0,34	0,78–0,82
Pfund/DM	2,40/1,00	4,80/3,40	8,50/7,10
FF/DM	26/1	57/41	110/94

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 10.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 8. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 7,75 (6,87) – 8,00 (7,12) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,48). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 7,25 (6,91) – 8,00 (7,18) – 8,25 (7,40) – 8,50 (7,58) – 8,50 (7,71) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,55, 2 Jahre 6,50. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100,80, Rendite 7,30.

DER SPIEGEL als Opfer von Propagandatechniken des KGB

Kläger

Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co KG
Rudolf Augstein

&

Beklagte

Sir James Goldsmith
Cavenham Communications Limited
Anthony Shrimsley

Im "High Court of Justice, Queen's Bench Division", London, England, wurde am 8.10.1984 die folgende Vereinbarung verkündet:

Herr John Wilmers, Rechtsanwalt für die Kläger

Zusammen mit meinen Kollegen, Herr Charles Gray und Herr Andrew Monson, vertrete ich die Kläger, die zugleich die Eigentümer und Herausgeber der bundesdeutschen Wochenzeitschrift "Der Spiegel" sind. Meine sehr verehrten Kollegen Lord Rawlinson, Herr Andrew Bateson, Herr James Price und Herr Mark Warby vertreten die Beklagten Sir James Goldsmith, Cavenham Communications Limited und Herr Anthony Shrimsley.

Am 21.1.1981 hielt Sir James Goldsmith eine Rede vor dem Medienausschuß der Konservativen Partei im britischen Unterhaus, die anschließend veröffentlicht wurde, unter anderem im "NOW!", einem von Anthony Shrimsley herausgegebenen Magazin.

Thema der Rede war die sowjetische Propaganda und die systematische Manipulation der westlichen Medien durch bestimmte Organe der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Sir James beschrieb die drei Hauptorganisationen, die für diese Aufgabe zuständig sind und die dem Politbüro in Moskau Bericht erstatten: die Abteilung für Internationale Fragen unter der Leitung von Boris Ponomarew; die Abteilung für Internationale Informationen unter der Leitung von Leonid Samjatin; und die KGB-gesteuerte sowjetische Propagandaorganisation mit dem Namen "Dienst A", die Teil der Ersten Hauptabteilung des KGB ist. "Dienst A" plant, koordiniert und unterstützt geheime Operationen, die die Wirksamkeit sowjetischer Propaganda erhöhen sollen.

Als Beispiel dafür bezog sich Sir James auf Informationen, die von General Sejna geliefert worden waren, einem ehemaligen hohen Beamten der tschechoslowakischen Regierung und früherer Sekretär des Verteidigungsausschusses der tschechoslowakischen Regierungspartei, der 1968 übergelaufen ist. Sir James führte aus: "General Sejna, der übergelaufene hochrangige tschechische Nachrichtendienstler, gab zu, daß die vom deutschen Nachrichtenmagazin 'Der Spiegel' geführte Diskreditierungskampagne gegen Franz Josef Strauß vom KGB orchestriert worden ist."

Die Kläger haben an dieser Aussage Anstoß genommen, weil sie der Meinung sind, daß sie den Eindruck erweckt, daß das Magazin unter der Kontrolle des KGB sei, wissentlich Journalisten beschäftige, die nachrichtendienstliche Tätigkeiten für die Kommunisten ausführen, und daß es in Wirklichkeit eine Deckorganisation des KGB sei. Meine Mandanten haben Wert darauf gelegt, alle derartigen Andeutungen zurückzuweisen und dafür Sorge zu tragen, daß ihre journalistische und redaktionelle Unabhängigkeit außer Frage stehe.

Lord Rawlinson, Rechtsanwalt der Beklagten

Sir James vertritt die Ansicht, daß die Sowjets bei der Verfolgung ihrer Politik massive und ständige Propagandakampagnen auf offener wie auch verdeckter Basis ausführen. In der offenen Variante erfolgt dies durch die kommunistisch kontrollierten Medien in der ganzen Welt; die andere besteht darin, "Stories" zu verbreiten und zu plazieren, von denen viele auf Fälschungen und auf als "Desinformation" bekannten absichtlichen Unwahrheiten basieren.

Die letztendliche Zielsetzung dieser Kampagnen ist die Unterminierung der Staaten und Gesellschaften des freien Westens. Insbesondere zielen sie darauf ab, Ideen, Einzelpersonen und Regierungen zu fördern, die der sowjetischen Strategie dienlich sind, und umgekehrt diejenigen zu diskreditieren, die den Interessen des Kommunismus feindlich gegenüberstehen.

In der Verfolgung ihrer Ziele machen die Sowjets Gebrauch von den nichtsahnenden westlichen Medien. Zusätzlich zur offen kontrollierten kommunistischen Presse, deren Wert begrenzt ist, weil die Quellen öffentlich bekannt sind, existieren großangelegte und ständige Bemühungen, verdeckte Propaganda durch gutplazierte und einflußreiche Personen zum Einsatz zu bringen, die sich der Rolle, die sie spielen, bewußt sein mögen oder auch nicht. Die Medien, die so benutzt werden, sollen nicht realisieren, daß sie sich an KGB-gesteuerten Kampagnen beteiligen.

Sir James vertritt den Standpunkt, daß die Sowjets in der Verfolgung dieser Politik sich bewußt dazu entschlossen haben, den westdeutschen Politiker Franz Josef Strauß zu diskreditieren, und eine Kampagne der Diffamierung, der Desinformation und der Provokation gegen ihn gestartet haben. Franz Josef Strauß war Verteidigungsminister in der Regierung Adenauer, als er eine Rede im Bundestag hielt, in der er für die Aufstellung von US-kontrollierten Kernwaffen auf deutschem Boden als Gegengewicht zu der wachsenden sowjetischen Bedrohung plädierte. Sir James vertritt die Ansicht, daß die Sowjets vor diesem Hintergrund beschlossen, in dieser Kampagne von der Tatsache Gebrauch zu machen, daß "Der Spiegel" gut dafür bekannt war, daß er Straußens politische Ansichten keineswegs teilte und regelmäßig Artikel veröffentlichte, die diese Opposition zum Ausdruck brachten.

Zur Stützung seiner Argumente hatte Sir James für Zeugen aus diesem Lande, den USA und der Bundesrepublik gesorgt, die über sowjetische Politik im allgemeinen und über die besondere Rolle und die Organisationsstruktur verdeckter sowjetischer Propaganda ausgesagt hätten. Außerdem hätte Sir James hochrangige sowjetische Überläufer und solche aus anderen Ostblockstaaten als Zeugen gerufen, die in ihrer früheren Eigenschaft als Offiziere des KGB oder ihm angegliederter Nachrichtendienste selbst an der Desinformation und Unterwanderung der westlichen Medien beteiligt waren, einschließlich der Anwerbung einflußreicher westlicher Agenten, zu denen auch Journalisten zählten. Sie hätten Beweismaterial über einige Fälle sowjetischer "Aktivmaßnahmen" geben können. Genauer gesagt: Bestimmte Personen unter diesen hochrangigen Beamten (die inzwischen zum Westen übergelaufen sind) hätten über Gespräche Auskunft gegeben, bei denen Pläne genehmigt wurden, die darauf abzielten, Strauß zu diskreditieren und den "Spiegel" in der oben angedeuteten Art und Weise zu benutzen. Zeugen dieser Art hätten über die Tatsache ausgesagt, daß die westlichen Medien, die benutzt werden, in überwiegender Mehrheit nicht wissen, daß sie so benutzt werden, und darüber hinaus, daß ein wichtiger Teil der Planung solcher Operationen darin besteht, zu gewährleisten, daß die Publikationsorgane sich über die Quelle der Materialien, die ihnen zugespielt werden, im unklaren bleiben und daß die meisten Betroffenen nicht wissen, daß sie letzten Endes sowjetischen Zielen dienen.

Schließlich hätte Sir James den General Sejna als Zeuge aufgerufen, der eine eidesstattliche Versicherung darüber abgegeben hat, daß er die von Sir James zitierten und von den Klägern beanstandeten Aussagen gemacht hat.

Sir James vertrat und vertritt weiterhin die Ansicht, daß viele westliche Publikationsorgane unwissentlich von den Sowjets in den vom KGB und anderen sowjetischen Organisationen gesteuerten Kampagnen benutzt wurden und werden. Nach Auffassung von Sir James kann "Der Spiegel" zusammen mit anderen westlichen Publikationsorganen ohne weiteres als Opfer von Propagandatechniken des KGB angesehen werden.

Ich freue mich, öffentlich für die Beklagten sagen zu können, wie dies schon vor Beginn dieser Verhandlung angedeutet wurde, daß es nie in der Absicht von Sir James gelegen hat zu unterstellen, daß die Kläger oder ihre Zeitschrift vom sowjetischen Geheimdienst kontrolliert worden sind, daß sie mit ihm zusammengearbeitet haben oder wissentlich Journalisten beschäftigt haben, die KGB-Agenten waren.

Herr John Wilmers, Rechtsanwalt für die Kläger

Infolgedessen vertreten meine Mandanten jetzt die Ansicht, daß für sie keine Notwendigkeit mehr besteht, diese Klage fortzuführen. Sie haben natürlich keines der Beweismittel der Beklagten gesehen, aber sie akzeptieren die Ansicht völlig, daß, ganz allgemein gesprochen, der sowjetische Geheimdienst versucht, so zu arbeiten, wie von meinem Kollegen beschrieben, obwohl sie selbst sich dessen nicht bewußt sind, daß sie in der von Sir James Goldsmith erwähnten Weise benutzt worden sind. Meine Mandanten sind sich der Gefahren für die Pressefreiheit bewußt, die von verdeckter sowjetischer Propagandatätigkeit ausgehen.

Ich freue mich, sagen zu können, daß die im Streit befindlichen Parteien auf der Basis dieser Vereinbarung darin übereingekommen sind, die Klage fallenzulassen.

Unter diesen Umständen bleibt mir nur, das Gericht um die Erlaubnis zu bitten, das Protokoll zurückzuziehen.

Sieg für die Verteidigung des Westens

Gestern gab SIR JAMES GOLDSMITH folgende persönliche Erklärung ab:

Obwohl die oben in voller Länge zitierte Vereinbarung in Grenzen für sich selber spricht, bedarf ihre volle öffentliche Bedeutung weiterer Hintergrundinformationen und Kommentare.

Die Behauptung, daß die "Spiegel-Affäre", die "cause célèbre" der sechziger Jahre, vom KGB aus orchestriert worden sei, ist natürlich schon vor mir von anderen gemacht worden, insbesondere von dem hochrangigen tschechoslowakischen Überläufer General Jan Sejna, der die ursprüngliche Quelle war, und von dem bekannten amerikanischen Verleger, Schriftsteller und Televisionpersönlichkeit William F. Buckley, Jr. in seiner von vielen Zeitungen gedruckten Kolumne. Diese Aussagen sind alle unwidersprochen geblieben. Erst als ich diesen Vorwurf in meiner Rede vom 21.1.1981 wiederholt habe, hat Herr Rudolf Augstein, Herausgeber des "Spiegel", Schritte dagegen unternommen, indem er eine Diffamierungsklage gegen meine Person, Cavenham Communications Limited und Anthony Shrimsley, damals Herausgeber des Magazins "NOW!", das den vollen Text meiner Rede abgedruckt hatte, erhob.

Da ich gute Gründe hatte zu glauben, daß der Vorwurf gut begründet sei, beschloß ich eine Gegenklage zu führen. In den Jahren seither förderte ich massive internationale Nachforschungsbemühungen in der Absicht, nicht nur zu beweisen, daß die Behauptung wahr ist, sondern darüber hinaus festzustellen, daß die Benutzung des "Spiegel" vom KGB und anderen Organen des sowjetischen Staates nur eines unter einer immensen Anzahl ähnlicher Beispiele in der ganzen Welt ist.

Es war nie meine Absicht zu unterstellen, daß "Der Spiegel" sich zu irgendeiner Zeit der Tatsache bewußt war, daß er vom KGB benutzt wird. Tatsächlich ist der springende Punkt sowjetischer Manipulation der westlichen Medien der, daß die Publikationsorgane, die so benutzt werden, die Quelle des ihnen zugespielten Materials nicht kennen sollen. Ich habe mich deswegen gefreut, daß ich diese Sache in der Vereinbarung klar herausstellen konnte.

In diesem Zusammenhang habe ich jedoch überhaupt keine Zugeständnisse gemacht bezüglich des Inhaltes von meiner Rede von 1981, nämlich die Methoden von den Sowjets gebraucht die westlichen Medien zu manipulieren. Es ist auch beachtenswert, daß

— Der Vorschlag, daß die Sache zu einem Vergleich gebracht werden solle, kam von dem Kläger und nicht von den Beklagten.

— Wäre der Vorschlag nicht gemacht worden oder hätte es sich als unmöglich erwiesen, zu einer Vereinbarung zu gelangen, hätten wir Beweismittel dafür erbracht, daß in der Tat eine Entscheidung in Moskau gefällt wurde, den "Spiegel" 1962 als Teil einer gegen den damaligen Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Strauß gerichteten Diskreditierungskampagne zu benutzen, und so jegliche Chance auszuschließen, daß er eventuell der Nachfolger von Dr. Adenauer als westdeutscher Kanzler werden könnte.

— Wir hätten auch weltbekannte Spezialisten präsentiert, um den besonderen Fall der "Spiegel-Affäre" in den Zusammenhang der massiven und ständigen sowjetischen Kampagne zur Subversion westlicher Gesellschaften durch Propaganda und Desinformation zu stellen.

Was wird jetzt geschehen? Die eidesstattlichen Erklärungen und Dokumentationsmaterialien, die für den Prozeß zusammengetragen wurden, der dann nie stattgefunden hat, sind zu wichtig, um sie dem zu übergeben, was Chruschtschow einmal den "Mülleimer der Geschichte" genannt hat. Im Laufe der Zeit werden sie als Buch mit einem umfangreichen Dokumentationsteil veröffentlicht werden.

Die Vereinbarung vom 8. 10. 1984 ist ein großartiger Sieg für die Verteidigung des Westens gegen seinen Hauptfeind, den sowjetischen Imperialismus.

Sir James Goldsmith, London

Warenpreise – Termine

Zu größeren Abschlägen kam es am Freitag bei den Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee schwächer aus dem Markt ging, konnte sich Kakao etwas befestigen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	5. 10.	4. 10.
Dez.	348,50	346,25
März	356,50	354,75
Mai	355,00	353,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	5. 10.	4. 10.
St. Lawrence I CW	240,25	239,85
Amber Durum	249,80	249,50
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	141,00	141,40
Dez.	144,90	145,00
März	151,50	151,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	119,10	119,10
Dez.	130,30	121,30
März	123,70	124,20
Hafer Chicago (c/bush)	5. 10.	4. 10.
Dez.	165,75	176,50
März	177,00	177,50
Mai	175,50	175,75
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	280,50	280,00
März	285,50	285,25
Mai	289,75	289,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	5. 10.	4. 10.
Okt.	130,50	129,90
Dez.	128,20	128,80
März	131,80	132,30

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	4. 10.	3. 10.
Terminkontr. Dez.	134,85	134,05
März	133,75	133,00
Mai	132,75	132,00
Kakao		
New York ($/t)	5. 10.	4. 10.
Terminkontr. Dez.	2185	2160
März	2160	2136
Mai	2165	2157
Umsatz	2564	3871
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,40	5,33
März	6,03	5,85
Mai	6,39	6,18
Juli	6,67	6,46
Sept.	6,95	6,74
Umsatz	13 875	9875
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5. 10. 4,62	4. 10. 4,69
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	5. 10.	4. 10.
Kontrakt Nov.	2345–2348	2332–2333
Jan.	2277–2278	2260–2264
März	2204–2207	2188–2190
Umsatz	2176	1501
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1859–1860	1852–1853
März	1825–1827	1820
Mai	1824–1826	1822–1823
Umsatz	2398	5305
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Dez.	143,00–143,40	139,20–139,80
März	159,00–159,20	155,80–156,00
Mai	165,80–166,00	163,00–163,20
Umsatz	2026	3324
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	5. 10.	4. 10.
schw. Sarawak spez.	445,00	440,00
weißer Sarawak	690,00	685,00
weißer Muntok	697,00	692,50
Orangensaft		
New York (c/lb)	5. 10.	4. 10.
Nov.	179,00	177,30
Jan.	181,30	179,70
März	181,50	179,95
Mai	181,00	179,95
Juli	180,75	179,65
Umsatz	750	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	5. 10.	4. 10.
Südstaaten fob Werk	35,50	35,50
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	29,75	29,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	27,25	27,00
Dez.	25,15	25,35
Jan.	24,70	24,90
März	24,50	24,70
Mai	24,25	24,40
Juli	24,00	24,20
Aug.	23,75	23,90
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	27,50	27,50
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	30,00	30,00
Choise white hog 4% fr. F.	21,00	21,00
Talg		
New York (c/lb) top white	21,50	21,75
fancy	21,75	21,50
bleichfähig	19,50	19,75
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine		
Chicago (c/lb) Okt.	44,25	45,10
Dez.	46,17	46,95
Febr.	48,25	48,85
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) Febr.	64,70	65,90
März	64,20	65,45
Mai	65,20	66,50
Rinder		
Chicago (c/lb)	5. 10.	4. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush) Nov.	588,50	592,00
Jan.	602,00	604,50
März	614,50	618,00
Mai	626,50	629,00
Juli	634,00	635,50
Aug.	634,00	635,00
Sept.	625,00	627,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht) Okt.	141,50	141,30
Dez.	147,80	147,80
Jan.	151,00	151,80
März	156,50	156,30
Mai	161,50	161,00
Juli	166,50	166,50
Aug.	165,50	165,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	5. 10.	4. 10.
Okt.	346,00	347,00
Dez.	354,00	355,40
März	367,30	368,40
Kokosöl		
New York (c/lb)	5. 10.	4. 10.
Westküste fob Werk	56,00	56,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	8. 10.	5. 10.
jegl. Herk. cif	845,00	855,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	825,00	825,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	660,00	665,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	243,00	242,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1295,00	1499,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	290,50	285,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	5. 10.	4. 10.
Okt.	63,35	63,90
Dez.	64,18	64,35
März	66,18	66,35
Mai	67,41	67,65
Juli	68,64	68,80
Okt.	69,01	69,20
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	44,50	45,00
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	5. 10.	4. 10.
Okt.	501	505
Dez.	505–508	504–506
Jan.	506–510	508–508
Umsatz	62	51
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	5. 10.	4. 10.
Okt.	unerhältl.	51,60
Dez.	unerhältl.	51,40
März	unerhältl.	53,40
Mai	unerhältl.	53,40
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	5. 10.	4. 10.
Okt.	559,0–560,0	557,1–560,0
Dez.	566,5–568,0	564,5–566,0
März	578,5–579,5	577,0–580,0
Umsatz	28	17
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	5. 10.	4. 10.
East African 3 long	580,00	580,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	5. 10.	4. 10.
Okt.	13 271	13 237
Nov.	13 150	13 139
Kautschuk		
London (p/kg)	5. 10.	4. 10.
Nr. 1 RSS loco	62,00–65,00	62,00–65,00
Nov.	60,00–62,50	60,00–62,50
Dez.	61,00–63,50	61,00–64,00
Jan.	61,00–64,50	61,00–65,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	5. 10.	4. 10.
Okt.	209,00–210,00	211,50–212,00
Nov.	210,50–211,00	210,75–212,50
Nr. 2 RSS Okt.	197,50–198,50	198,50–199,50
Nr. 3 RSS Okt.	194,00–195,00	195,00–196,00
Nr. 4 RSS Okt.	187,00–188,00	188,00–189,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	5. 10.	4. 10.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)		
Blei: Basis London	8. 10.	5. 10.
laufend. Monat	124,11–124,30	124,26–124,64
drittfolg. Monat	125,43–125,62	125,40–125,77
Zink: Basis London		
laufend. Monat	232,34–242,72	232,10–232,29
drittfolg. Monat	228,95–229,32	229,64–230,02
Produz.-Preis	286,49	285,53
Reinzinn 99,9%	4024–4064	4098–4139

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	8. 10.	5. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	390,45–392,34	391,86–393,75
Blei in Kabeln	131,75–132,75	132,00–133,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	8. 10.	5. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	380	381
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	424–427	424–430
MS 63	409–414	410–415

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	5. 10.	4. 10.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	8. 10.	5. 10.
Leg. 225	345–363	345–363
Leg. 226	347–365	347–365
Leg. 231	377–395	377–395
Leg. 233	387–405	387–405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	8. 10.	5. 10.
Platin (DM je g)	34,25	34,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 900	34 200
Rücknahmepr.	33 150	33 450
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	34 200	34 470
Rücknahmepr.	33 390	33 610
verarbeitet	35 880	36 180
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 575	33 800
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	731,20	758,00
Rücknahmepr.	709,70	735,80
verarbeitet	763,30	791,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)		
London	8. 10.	5. 10.
10.30	342,75	346,55
15.00	341,80	343,80
Zürich mittags	342,20–342,70	344,50–345,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 000	103 100
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	597,20	608,80
3 Monate	602,10	623,60
6 Monate	615,85	638,55
12 Monate	646,25	670,60
Platin (£-Feinunze)		
London	5. 10.	4. 10.
fr. Markt	260,70	262,70
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	112,35	112,40

New Yorker Preise	5. 10.	4. 10.
Gold H & H Ankauf	343,80	346,2
Silber H & H Ankauf	735,50	761,0
Platin fr. Händlerpr.	326,00–328,50	326,00–328,5
Produz.-Preis	475,00	475,0
Palladium		
fr. Händlerpr.	139,00–140,00	139,50–140,5
Produz.-Preis	150,00	150,0
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	727,50	760,3
Nov.	733,50	761,8
Dez.	739,00	773,0
Jan.	747,00	780,8
März	760,00	794,0
Mai	775,60	810,3
Juli	793,00	825,5
Umsatz	25 000	12 00

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	5. 10.	4. 10.
Okt.	55,55	56,3
Nov.	56,00	56,8
Dez.	56,60	57,4
Jan.	57,25	58,0
März	58,45	59,2
Mai	59,60	60,4
Juli	60,80	61,6
Umsatz	6 500	4 30

Londoner Metallbörse

	8. 10.	5. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	804,00–804,50	809,00–810,0
3 Monate	827,50–828,00	832,00–832,5
Blei (£/t) Kasse	328,50–329,00	329,50–330,5
3 Monate	332,00–332,50	332,00–332,5
Kupfer		
Highergrade (£/t) mittags Kasse	1021,0–1021,5	1025,0–1025,
3 Monate	1044,0–1044,5	1046,0–1046,
abends Kasse	–	1021,0–1022,0
3 Monate	–	1042,5–1043,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1025,0–1025,5	1021,0–1023,0
3 Monate	1043,0–1044,0	1040,0–1042,0
Zink (£/t) Kasse	615,00–616,00	611,00–612,0
3 Monate	606,00–607,00	603,00–603,5
Zinn (£/t) Kasse	9470–9480	9370–9375
3 Monate	9430–9431	9355–9360
Quecksilber ($/Fl.)	–	307–308
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	83–87





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

FINANZEN

Sporthaushalt für 1985 fast mit Olympia-Niveau

sid, Bonn

Fast olympisches Niveau erreicht der Entwurf für den Sporthaushalt 1985, der im Sportausschuß des Deutschen Bundestages erstmals beraten wurde. Insgesamt 189,055 Millionen Mark weisen zehn Ministerien für Maßnahmen im Bereich des Sports aus. Das sind nur 1,328 Millionen Mark oder 0,7 Prozent weniger, als im *Olympiajahr 1984* angesetzt waren.

Verglichen mit dem Vorjahr ist der Gesamtansatz im Innenministerium um sechs Prozent von 101,5 auf 95,4 Millionen Mark zurückgegangen. Hier schlugen 1984 vor allem die 5,4 Millionen Mark zur Entsendung der Olympiamannschaften von Los Angeles und Sarajevo zu Buche. Aber im Vergleich zum nicht-olympischen Jahr 1983 steigen die Einzelansätze. Allein 52,1 Millionen stehen für zentrale Maßnahmen in der Sportförderung 1985 bereit. 9,57 Millionen entfallen davon auf Personalkosten für die 110 Bundestrainer, für Geschäftsführer der Fachverbände fallen weitere 2,6 Millionen an.

Mit 9,375 Millionen Mark schlagen die Unterhaltskosten für Bundesleistungszentren zu Buche, glatte neun Millionen stehen für Lehrgangs- und Schulungsmaßnahmen der Verbände bereit. Für 4,5 Millionen können bundesdeutsche Mannschaften zu internationalen Großereignissen im Ausland reisen, die Ausrichtung von großen nationalen und internationalen Sportveranstaltungen im Inland sind mit 3,1 Millionen veranschlagt.

Erstmals werden im Haushalt 1985 Mittel für die gesundheitliche Betreuung der Spitzensportler in Training und Wettkampf ausgewiesen. 1,9 Millionen Mark stehen dafür bereit, dazu kommen 1,6 Millionen für sportmedizinische Untersuchungen der Spitzensportler in den Untersuchungszentren.

Neben dem Bundesinnenministerium stellen neun weitere Ressorts Gelder für sportliche Maßnahmen bereit: Auswärtiges Amt 7,565 Millionen (1984: 7,565), Arbeit 8,79 Millionen (9,19), Verteidigung 26,347 (21,923), Jugend, Familie und Gesundheit 12,462 (12,357), Verkehr 2,7 (2,4), Postministerium 4,9 (4,9), Innerdeutsche Beziehungen 27,06 (27,03), Wissenschaft und Bildung 0,523 (0,240), Wirtschaftliche Zusammenarbeit 3,286 (3,247).

GALOPP

Trainer Jentzsch verärgert über Abarys Reiter

MICHAEL PLEYER, Paris

Der 16. Platz in einem Feld von 22 Pferden war für Gestüt Fährhofs vierjährigen Galopperhengst Abary im Prix de l'Arc de Triomphe (1,5 Millionen Mark, 2400 m) am Sonntag ein sehr mäßiges Abschneiden. Bei der inoffiziellen Weltmeisterschaft der Galopper im Bois de Boulogne von Paris fand der ansonsten unkomplizierte *Hengst in keiner Phase zu seiner* gewohnten Aktion. Jockey Maurice Philipperon (38): „Er kam mit dem aufgeweichten Geläuf nicht zurecht. Außerdem fehlt dem Pferd die Klasse, um hier mitzuhalten."

Das hatte Trainer Heinz Jentzsch von Anfang an befürchtet. Verärgert zeigte er sich nur über die Reitweise von Philipperon: „Er hat schon nach den ersten 200 m der Zielgeraden aufgegeben." Zwar war da bereits abzusehen, daß Abary für einen der vier mit Geldpreisen ausgestatteten Vorderplätze nicht mehr in Frage kam, aber, so Jentzsch: „Für uns wäre es doch wichtig gewesen, wenigstens ein bißchen weiter vorn im Mittelfeld anzukommen."

Dafür kann man sich normalerweise nichts kaufen, in diesem Fall wäre es aber vielleicht doch einigermaßen wichtig gewesen. Hintergrund für den Start in Paris war nämlich nicht nur die Devise „Wer nicht wagt, der nicht gewinnt" von Besitzer Walther Jacobs. Es ging vielmehr darum, den internationalen Marktwert von Abary so weit wie möglich aufzuwerten. Der Hengst, zusammen mit der Spitzenstute Las Vegas das Beste, was die deutsche Vollblutzucht zu bieten hat, soll ausländischen Kaufinteressenten schmackhaft gemacht werden.

Denn das deutsche Tierzuchtrecht läßt paradoxerweise trotz hervorragender Leistungen eine Verwendung des Hengstes zur Zucht nicht zu. Der Grund ist eine sogenannte „Binnenhodigkeit" (Kryptorchismus): Ein Hoden liegt in der Bauchhöhle. Die Verantwortlichen glauben, daß die Vererbungskraft bei solchen Pferden eingeschränkt ist. In den führenden Vollblutländern wäre dies kein Hindernis, aber die deutsche Zucht muß auf den aktuell erwiesenermaßen besten Hengst deswegen verzichten. Jacobs: „Ich muß Abary doch wohl eines Tages ins Ausland verkaufen. Ein achter oder zehnter Rang hätte da vielleicht etwas weitergeholfen."

Die mühsame Suche nach dem Zuschauer

Alles schien auf ein Top-Ereignis hinzudeuten, denn die Ausgangslage war überaus günstig: Formel-1-Finale als Grand-Prix-Premiere auf dem neuen Nürburgring. Doch nur 60 000 Zuschauer waren gekommen, und das ist viel zu wenig für ein sportliches Großereignis dieser Güteklasse. Die Deutsche Presseagentur (dpa) nennt es „ein enttäuschendes Ergebnis" und erinnert: „Unter ähnlichen Voraussetzungen – nach einer ebenso langen Rennpause im *Zweiten Weltkrieg – hatte der Auto*mobilclub von Deutschland (AvD) beim ersten Nachkriegs-Grand Prix 1950 400 000 Besucher gezählt." Lediglich 100 000 haben im neuen Eifel-Motodrom noch Platz, aber auch das hätte dem Etat von über vier Millionen Mark bereits gutgetan. So bleibt nur das Fazit: Die Nagelprobe als Grand-Prix-Rennstrecke hat der neue Ring mit dem Großen Preis von Europa bestanden, das Publikum aber kommt nicht zuhauf.

„Ein ganzes Ursachenbündel" (so Nürburgring-Geschäftsführer Mertel) müsse er dafür anführen, warum der Ring im verregneten Sommer und in diesem kühlen, nassen Herbst vom Renn-Publikum nicht gerade in Scharen heimgesucht wurde. Nach *der erst am 12. Mai erfolgten Eröff*nung mußte zwangsläufig Veranstaltung auf Veranstaltung dichtgedrängt folgen. Mertel: „Da gab es eben einen gewissen Abnutzungseffekt." Der Streik der Metaller habe dann typische Motorsportkunden gezwungen, die Mark dreimal umzudrehen, um anschließend daheim in der warmen Wohnküche zu bleiben. Der Druckerstreik wiederum habe die Publikationsmöglichkeiten reduziert, und schließlich hätten Fußball-Europameisterschaft und Olympische Spiele ein Loch gerissen.

STAND ● PUNKT

Dann meldeten die Meteorologen im *Juni und im Juli die dritt- und fünft*regnerischsten Monate seit einhundert Jahren. Mertel: „Das sind Momente, die durchschlugen."

Zweifellos, und niemand wird dem Stab der Nürburgring GmbH attestieren, nach der Eröffnungsfeier nur nach gebratenen Tauben Ausschau gehalten zu haben und ansonsten unter hundertjährigen Eichen vom Paradies in der Eifel zu träumen.

Szenenwechsel: Beim Abendessen irgendwo in der Eifel zwischen Mayen und Niederzissen, am Abend nach dem Grand Prix. An den Nebentischen Renn-Besucher aus dem Rheinland, aus Hamburg und Niedersachsen. Der Tenor ist einstimmig: Ein Rennwochenende in der Eifel sei zu teuer geworden, koste *inklusive Übernachtungen für zwei* Personen rund 600 Mark. Auch wer nicht die teuersten Karten am Renntag erstehe, müsse in etwa so kalkulieren. Schließlich kämen die Karten für die Trainingstage hinzu. Wer bei naßkaltem Wetter einen Aufwärmungsschluck brauchte, dem wurde es spätestens bei der Bezahlung warm: Rund 25 bis 30 Mark waren von einem Ehepaar aus Pattensen für zwei doppelte Cognac und zwei Kaffee zu bezahlen. Und wer in seine Pension einrückte, wunderte sich, warum er für ein einfaches Zimmer 90 Mark entrichten mußte.

Wenn der Zuschauerstrom auch künftig versickert, dann wird man dafür nicht nur das rauhe Klima ver*antwortlich machen können. Beim* Grand Prix von Europa war das Rahmenprogramm dünn, die Informationen eher diffus. Mancher Zuschauer fühlte sich im Stich gelassen. Das Bündel von Ursachen läßt sich also lichten. KLAUS BLUME

FORMEL 1 / Frankreich jubelt über den ersten Sieger auf dem neuen Ring

„Los, Alain, noch eine Runde"

KLAUS BLUME, Nürburgring

Die Formel 1 bestehe zu 80 Prozent aus Sport und zu 20 Prozent aus Show – diese Feststellung traf der Engländer Bernie Ecclestone, der Chef der Konstrukteursvereinigung (FOCA). Das Spektakel wird in 14 Tagen beim Großen Preis von Portugal seinen Höhepunkt finden. Sport als grandiose Show, denn im letzten Lauf geht es darum, wer Weltmeister wird: der Österreicher Lauda oder der Franzose Prost.

Seit fünf Jahren gehört Alain Prost zu den besten Autorennfahrern der Welt, seine Fahrweise ist präzise und mittlerweile nur dann aggressiv, wenn die Situation es erfordert. Die These läßt sich allein schon durch Beobachtungen beim Grand Prix von Europa auf dem neuen Nürburgring erhärten: Am Samstag, als im Regen trainiert werden mußte, fuhren Prost und dessen McLaren-Teamkollege Niki Lauda gleichsam wie ein weißrotes Tandem durchs Motodrom. Im Castrol-S hinter der Start- und Ziel-Geraden nahm Prost aber Lauda von Runde zu Runde fast zehn Meter ab. Präzise fand er stets seinen Anbremspunkt, ebenso präzise seine Linie quer durch die großen Pfützen, während sich Lauda eher in einem Seiltanz üben mußte. Beim Start zum Rennen kämpfte sich Prost aggressiv von der zweiten Startposition aus gleich vor der ersten Kurve an die Spitze des Feldes, um dann geradezu wie entfesselt seinen Vorsprung auszubauen. Erst als dieser für den Sieg reichte, drosselte er das Tempo.

Alain Prost, der erste Sieger auf dem neuen Nürburgring, kann der erste französische Weltmeister in der Formel 1 werden. Und die französische Presse jubelte gestern bereits. „Los, Alain, noch eine Runde", fordert der volkstümliche „Le Parisien" vor dem Finale in Portugal, und „Libération" schreibt: „Die Götter des Nürburgrings haben Prost wieder in den Sattel gehoben."

Der in der Nähe von Genf ansässige frühere Renault-Star ist zweifellos ein begnadeter Rennfahrer, und schon mit 21 Jahren, als er 1976 seine Rennfahrer-Karriere begann, deutete vieles darauf hin: Prost gewann gleich im ersten Jahr zwölf von 13 Rennen. Eine schnelle graue Maus haben sie ihn in der Branche jedoch immer genannt, dem die Ausstrahlung, die Star-Aura, fehle. Wenn Schlagzeilen in der internationalen Boulevard- und Regenbogenpresse ein solches Image korrigieren können: Dem Mann, der privat einen pechschwarzen Porsche ohne jeglichen Chromschnickschnack fährt, wird seit Wochen eine Romanze mit Prinzessin Stephanie von Monaco nachgesagt. Und Prost lächelt dazu, statt zu dementieren. Wie sollte er auch? Schließlich wich die Prinzessin auch am Wochenende in der Eifel nicht von seiner Seite.

Alain Prost oder Niki Lauda – einer von den beiden wird in zwei Wochen Formel-1-Weltmeister 1984 sein. Lauda hat 4,5 Punkte Vorsprung. Gewinnt Prost, muß er Zweiter werden. Wird Prost Zweiter, reicht Lauda Platz fünf. Belegt der Franzose aber nur Platz drei, ist Lauda automatisch Weltmeister. Doch wer immer es auch schafft, schon jetzt steht fest: Die Weltmeisterschaft wird mit einem englischen Rennwagen (McLaren) und einem deutschen Motor (Porsche) gewonnen. Und weil Porsche auch den Langstrecken-Weltmeister 1984 stellen wird, muß man sich in Zuffenhausen überlegen, wie es spätestens 1986 weitergehen wird, um diese Erfolgsschiene nicht zu verlassen. Auf alle Fälle wird sich Porsche auch bei spektakulären Rallyes (Paris–Dakar) engagieren. Neu ins Programm könnte freilich auch die Konstruktion eines Rennwagens für die amerikanischen Indy-Rennen aufgenommen werden. Porsche-Werksfahrer Jochen Mass: „Ich fühle mich mit 38 Jahren noch nicht zu alt, ein solches Abenteuer zu wagen. Schließlich wird die Langstrecken-Weltmeisterschaft genauso scharf wie die Formel 1 gefahren."

NACHRICHTEN

Briegel soll spielen

Mailand (sid) – Hans-Peter Briegel soll im WM-Qualifikationsspiel gegen Schweden (17. Oktober in Köln) eingesetzt werden. Das erklärte Franz Beckenbauer, Teamchef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, als Beobachter des Spiels von Briegels Verein Hellas Verona bei Inter Mailand (0:0). Rummenigge war Mailands bester Spieler.

Braun wechselt

Neustadt (dpa) – Radprofi Gregor Braun hat seinen Vertrag mit dem französischen Rennstall „La Redoute" gelöst. Braun will in der nächsten Saison wieder für eine italienische Mannschaft fahren.

Langer Fünfter

Paris (sid) – Bernhard Langer belegte beim internationalen Golf-Turnier von Saint Nom la Bretêche bei Paris den fünften Platz. Sieger der mit 30 000 Dollar dotierten Veranstaltung wurde der Schotte Sandy Lyle.

Tennis: Gegen Spanien

London (sid) – Bei der Auslosung des Davis-Cups 1985 erhielt Deutschland Spanien in einem Heimspiel als Gegner. Bei einem Sieg müßten anschließend die USA, die gegen Japan spielen, ebenfalls in Deutschland antreten.

EISHOCKEY

Bundesliga, 4. Spieltag: Rießersee – Iserlohn 5:5, Landshut – Kaufbeuren 4:3, Rosenheim – Köln 4:1, Mannheim – Düsseldorf 3:2, Essen-West – Schwenningen 2:5

DIE TABELLE

1.Landshut	4	3	1	0	16:11	7:1
2.Kaufbeuren	4	3	0	1	19:14	6:2
3.Rosenheim	4	3	0	1	15:10	6:2
4.Mannheim	4	3	0	1	17:14	6:2
5.Köln	4	2	1	1	13:9	5:3
6.Düsseldorf	4	2	0	2	18:13	4:4
7.Schwenning.	4	2	0	2	17:14	4:4
8.Iserlohn	4	0	1	3	15:22	1:7
9.Rießersee	4	0	1	3	12:21	1:7
10.Essen-West	4	0	0	4	7:21	0:8

HANDBALL

Bundesliga, 2. Spieltag: Bergkamen – Großwallstadt 20:20, Düsseldorf – Dankersen 20:20, Essen – Walau-Massenheim 19:12.

GOLF

Jugend-Länderpokal der Landesverbände in Braunfels (gewertet zwei von drei Vierern und zweimal fünf von sechs Einzeln): 1. Nordrhein-Westfalen (Pokalverteidiger) 72 Schläge über Standard 72, 2. Hessen 100, 3. Hamburg 111, 4. Rheinland-Pfalz 113, 5. Niedersachsen/Bremen 122, 6. Bayern 137. – Beste Einzelspieler: 1. Eckstein (Hamburg) 71+72=143 Schläge, 2. von Hagen (Hessen) 72+78=150, 3. Strüver (Hamburg) 75+77=152.

TENNIS

Damen-Turnier in Manhattan Beach, Finale, Einzel: Evert-Lloyd – Turnbull (beide USA) 6:2, 6:3. – Doppel: Evert-Lloyd/Turnbull – Bunge/Pfaff (Deutschland) 6:2, 6:4.

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 1, 21, 23, 34, 41, 43, Zusatzspiel: 5. – **Rennquintett**, Rennen A: 6, 1, 11. – Rennen B: 28, 25, 23. (ohne Gewähr)

Unser Leben währet 70 Jahre,
und wenn's hoch kommt, so sind's 80 Jahre
und wenn's köstlich gewesen ist,
so ist's Mühe und Arbeit gewesen.
(aus Psalm 90)

Nach einem langen und erfüllten Leben verschied am 3. Oktober 1984 mein lieber Mann, unser lieber Vater und Großvater

Walter Pouplier

Direktor i. R.

* 1. 5. 1899 † 3. 10. 1984

In Liebe und Dankbarkeit

Ingeborg Pouplier geb. Voormann
Mechthild Pouplier
Lothar Pouplier
Uta Pouplier geb. Treiber
Helga Lohrmann geb. Pouplier
Dietrich Lohrmann
Arnold Pouplier
Aysun Pouplier geb. Okumus
Reinhard, Philipp, Marianne und Ulrike

5804 Herdecke, Stuttgart, Neu-Ulm, Suresnes und Hirschberg
Wittbräucker Str. 41

Auf Wunsch des Verstorbenen fand die Beisetzung im engsten Kreise statt.

Anstelle etwa zugedachter Blumenspenden bitten wir, das SOS-Kinderdorf zu bedenken. Postscheckkonto München 60640-802.

Wir nehmen Abschied von

Walter Pouplier

* 1. 5. 1899 † 3. 10. 1984

Walter Pouplier war unserem Unternehmen bis zu seiner Pensionierung über vier Jahrzehnte verbunden.
In verantwortungsvoller Position hat er sich um den Aufbau unserer Gesellschaft bleibende Verdienste erworben.
Als Vorstandsmitglied gestaltete er ein wesentliches Stück der Geschichte unseres Unternehmens mit.

Bei dem Verstorbenen verbanden sich berufliches Können mit einer überzeugenden Persönlichkeit. Hierdurch hat sich Walter Pouplier bei unseren Geschäftsfreunden, seinen Kollegen und Mitarbeitern Achtung und Anerkennung erworben.
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

THYSSEN SCHULTE GMBH
Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Lotte Poltz

geb. Stoop

* 14. Dezember 1907 † 6. Oktober 1984

Dr. Ludwig Poltz
und Kinder

2070 Großhansdorf, Hoisdorfer Landstraße 61
Rosenhof 1, Haus A.

Trauerfeier am Donnerstag, dem 11. Oktober 1984 um 10 Uhr in der Kapelle des Neuen Friedhofes in Hamburg-Niendorf.
Anschließend Beisetzung im engsten Familienkreis.

Hannelore Gadatsch

Moderatorin mit Mut zum Moderaten

„Haut sie ihn nicht in die Pfanne, so muß sie etwas mit ihm haben." Bissig kommentiert Hannelore Gadatsch die nicht abreißenden Gerüchte, sie habe ihren Part-time-job als eine von sieben „Tagesthemen"-Moderatoren allein der Protektion durch den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth zu verdanken. Späth hingegen, so Hannelore Gadatsch weiter, sei vor ihr als einem „linken Frauenzimmer" gewarnt worden.

Gegenüber Kritiken und Gerüchten zeigt sich die gestandene TV-Journalistin nicht unempfindlich. Aber wo steht Hannelore Gadatsch nun tatsächlich? Ihren politischen Standort bezeichnet sie als „sozialliberal". Zwar hätte sie den Bonner Wechsel vom Herbst 1982 begrüßt, in ihrem Leben jedoch überwiegend SPD gewählt, denn in den 50er Jahren sei sie Mitglied, später Präsidentin des Berliner Schülerparlaments gewesen, das regelmäßig im Rathaus Schöneberg tagte: „Dort lernte ich die Regierenden Bürgermeister kennen – Ernst Reuter, Otto Suhr, Willy Brandt."

Doch von einem Parteibeitritt wollten sowohl sie als auch ihr Mann Claus Jürgen Gadatsch – Leiter der Redaktion Fernsehen-Aktuell beim Südwestfunk – nie etwas wissen: „Ich habe eine angelsächsische Auffassung von Journalismus – da bin ich auch mit Franz Alt überquer." Sie beklagt den wachsenden Druck von Politikern auf die öffentlich-rechtlichen Medien. Als einen Intendanten, der es verstehe, diesen Druck abzuwehren, rühmt sie ausdrücklich Hans Bausch vom Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart.

Hannelore Gadatsch, die 1963 beim Saarländischen Rundfunk als TV-Journalistin startete und im Mai 1966 zum Südwestfunk kam, gehört seit 1977 zum Redaktions-Team von „Report" – als Dame im Gruppenbild mit Leiter Franz Alt, Wolfgang Moser, Jochen Nuhn und Victor von Oertzen. Die 43jährige attraktive Hannelore Gadatsch freut sich über die steigende Popularität, seitdem sie zusätzlich noch die „Tagesthemen" moderiert.



Betont ihre Unabhängigkeit: Tagesthemen-Moderatorin Hannelore Gadatsch FOTO: PETER SYLENT

Laufend erhält sie Zuschriften. Einer stellte die hübsche Gleichung auf: „Intelligenz + Charme + Schönheit = Hannelore Gadatsch." Zwei riskierten – einmal schriftlich, einmal telefonisch – einen Heiratsantrag. „Sie waren sehr enttäuscht, als ich ihnen sagte, daß ich schon 19 Jahre mit demselben Mann verheiratet bin und zwei Söhne von 18 und 16 Jahren habe."

Aber die TV-Beliebtheit hat auch ihren Preis: „Mit wachsender Popularität häufen sich Neid und Mißgunst bei Kollegen." Es sind – wie sie hinzufügt – ganz überwiegend Kollegen männlichen Geschlechts. Überhaupt meint Hannelore Gadatsch, daß es Frauen – selbst bei gleicher Begabung – im TV-Geschäft immer noch viel schwerer hätten. „Das gute Aussehen hilft da auch nicht viel weiter."

Was betrachtet Hannelore Gadatsch nun als das größte Erfolgserlebnis in ihrer 21jährigen TV-Laufbahn? Sie verweist auf die 15 Millionen Mark, die seit ihrem „Report"-Bericht vom 12. Juli 1983 über die Dürrekatastrophe in Äthiopien (wofür sie im Mai dieses Jahres den „Journalistenpreis Entwicklungspolitik" erhielt) auf die Konten eingegangen sind. Hannelore Gadatsch: „Manchmal bekam ich täglich Anrufe: ‚Ich muß helfen. Sagen Sie mir, was ich tun kann.' Überall habe ich Hebammendienst geleistet, bin von Pressekonferenz zu Pressekonferenz gereist ... Seit dem Äthiopien-Bericht hat sich mein Leben grundsätzlich geändert. Mein Privatleben ist noch schmaler geworden ..."

GISELHER SCHMIDT

„Die DDR ist anders" – als H. W. Schwarze glaubt

Die schönen Vorurteile

Fünfunddreißig Jahre „DDR" – da ließ sich das ZDF nicht lumpen: Serviert wurde am Sonntag abend nicht nur ein etwas abgestandener, aber nicht uninteressanter DEFA-Film („Bis daß der Tod euch scheidet"), sondern es durfte auch wieder einmal nachgedacht werden über Deutschland – und zwar von einem Zeitgenossen, der uns seit langem versichert, daß es *ein* Deutschland eigentlich gar nicht mehr gibt. Statt dessen hätten wir uns mit zwei deutschen Staaten abzufinden: der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR". Und: „Die DDR ist anders!"

Es war Hanns Werner Schwarze, den das ZDF beauftragt hatte, zum wiederholten Male durch die „DDR" zu kutschieren und „Beobachtungen" festzuhalten, Bilder, die belegen sollten, daß die „DDR" ganz anders sei, als wir sie uns in unserer antikommunistischen Verblendung und westlichen Wohlstandssattheit vorstellen. Nun, man kennt Hanns Werner Schwarze und seine spezielle Sichtweise der „DDR" – bis 1982 war er Leiter des „Kennzeichen-D"-Studios, und bis heute ist er ein bedingungsloser Anhänger jener Variante von Entspannungspolitik geblieben, die von der schönen These eines innerdeutschen Wandels durch Annäherung ausging und bei der Anbiederung an die Machthaber in der „DDR" und der UdSSR endete.

In der Konsequenz dieser Entwicklung lag denn auch Schwarzes jüngster Versuch, uns die „DDR" als etwas Erträgliches darzustellen. Daß allein in diesem Jahr Zehntausende die „DDR" verließen oder ein Verlassen durch Flucht in westliche Botschaften erzwangen (die Prager Tragödie hält noch an), irritiert diesen Journalisten nicht im geringsten. Er gehört, wenn es um die „DDR" geht, zu jenen, die Bert Brecht so glänzend in seinem Gedicht „Lob des Zweifels" charakterisierte: „Sie glauben nicht den Fakten, sie glauben nur sich. Im Notfall müssen die Fakten dran glauben."

Aber Hanns Werner Schwarze begnügt sich inzwischen schon nicht mehr mit dem verbalen Retuschieren oder schlichten Weglassen von Fakten – inzwischen reduzieren sich die meisten Kommentare dieses Mannes zur deutsch-deutschen Problematik sowie zur inneren Situation in der „DDR" auf reinen Zynismus. So bringt er es fertig, die Schlangen vor der Ostberliner Buchhandlung „das gute buch" „beeindruckend" zu nennen, weil sie für ihn nicht so sehr Mangelproduktion und Zensurauswirkung belegen, sondern fröhliche Leselust, die – nach Schwarze – natürlich in der „DDR" viel größer sei als im westlichen Teil Deutschlands. Dies hat, wie man wissen kann, mit den Fakten nicht viel zu tun, wohl aber mit dem rührenden Klischee vom „Leseland DDR", das deren oberste Kulturpolizisten seit Jahrzehnten verbreiten lassen und mit unaufgeschlüsselten Zahlen belegen, die nicht deutlich werden lassen, daß Millionen Parteibroschüren und Ideologietraktate, die kein Mensch wirklich liest, selbstverständlich mitgezählt werden.

Auch fällt Hanns Werner Schwarze zur katastrophalen Wohnungsbaulage in der „DDR" außer ein paar zaghaften Anfragen nichts weiter als Kopfnicken ein, wenn ihm ein Stralsunder Professor weitschweifig und nichtssagend mitteilt, warum die Wohnungsfrage immer noch nicht gelöst sei. Daß vor allem deshalb keine anständigen Wohnungen gebaut wurden, weil das System Milliarden in den systemrettenden Mauerbau investierte, das fällt dem ZDF-Beobachter Schwarze auch nicht eine Filmsekunde lang mehr ein.

Schließlich beobachtete er gerührt die in der Tat mehr als bemerkenswerte und aufopferungvolle Arbeit von Angehörigen der evangelischen Kirche gerade in den Bereichen der Behindertenfürsorge und Altenpflege. Doch anstatt zu erwähnen, wie gleichgültig die „DDR" diesen Problemen wirklich gegenübersteht, erwähnt er mehrmals, daß der Staat Pflegesätze bezahle. Dazu ist zu sagen, daß es erstens geringere als üblich sind, und zweitens geht die Behindertenfürsorge der SED so weit, daß sie zum X. Parteitag 1981 eine Ausgangssperre für geistig und körperlich Behinderte in Ost-Berlin verhängte, weil deren Anblick einer optimistischen Atmosphäre abträglich sei. Die „DDR" ist anders – wie wahr! Sie ist ganz anders, als Hans Werner Schwarze uns weiszumachen versucht.

ULRICH SCHACHT







ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Der dritte Mann
Englischer Spielfilm (1949)
Mit Joseph Cotten u. a.
11.45 Umschau
11.55 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Die zerteilte Zeit
16.55 Klamottenkiste
17.10 Da schau her!
17.40 Kleine Geschichten aus dem Zoo
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
21.00 Report
Porträt des polnischen Schriftstellers Wladyslaw Bartoszewski
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Unter anderem mit folgenden Berichten: Kulturszene Barcelona – Aktuelles aus der spanischen Kulturmetropole
Ziegler, Zürich – Der Schauspieler und Schriftsteller Alexander Ziegler kam als umstrittener Zeuge in der Affäre Wörner/ Kießling in die Schlagzeilen. Zur Zeit spielt er mit Ingrid van Bergen sein neuestes Stück
Die gelben Berge – Seit Jahrhunderten ein Zentrum der chinesischen Naturmalerei
Japanische Bildergeschichten – Comics machen in Japan ein Drittel der Buchproduktion aus
Der Sänger aus den Abruzzen – Mimo Locasciulli wird auch „der italienische Bob Dylan" genannt
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Mein Name ist Hase!
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
19.00 heute
19.30 Cartouche, der Bandit
Französisch-italienischer Spielfilm (1961)
21.07 Der Brachvogel
Bericht von Henry Makowski
21.15 WISO
21.45 heute-journal
22.05 Heinrich Penthesilea von Kleist
Filmreport von Hans Neuenfels über seine Inszenierung
Heinrich von Kleists Trauerspiel um die Amazonenkönigin Penthesilea, die in Haßliebe zum Griechen Achilles entbrennt, gilt als schwer inszenierbar. Regisseur Neuenfels wagte sich 1981 im Berliner Schiller-Theater an das Stück. Seine Version dauert über vier Stunden. In diesem Report versucht er, seine Überlegungen und Zweifel zu verdeutlichen, etwas von der geistigen Anstrengung zu vermitteln, die diese Tragödie abverlangt
0.25 heute

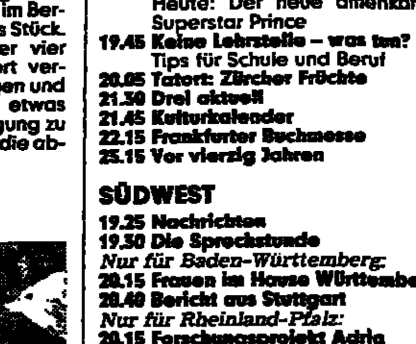


Cartouche, der Bandit – Claudia Cardinale und Jean Paul Belmondo in dem franz.-ital. Spielfilm aus dem Jahre 1961 FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Helmut Grosse aus Kenia: Zuerst sterben die Rinder
20.45 Rückblende
Vor 150 Jahren: Der Arzt Joseph Ignace Guillotin (1738 – 1814)
21.00 Formel Eins
21.45 Der ungleiche Streit
Beobachtungen beim Arbeitskampf der Metaller
22.15 Deutscher Alltag
23.15 Schach dem Weltmeister
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Haste Töne?
Amateure und Profis machen Musik
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Live aus Berlin mit Zuschauern und Experten
21.15 Schrecken des Krieges (4)
General Graf Hugo
22.10 Sie – Er – Es
22.55 Sternenhimmel im Oktober
23.10 Schach dem Weltmeister
23.40 Nachrichten



HESSEN
19.00 Formel Eins
ARD-Hitparade mit Peter Illmann
Heute: Der neue amerikanische Superstar Prince
19.45 Keine Lehrstelle – was tun?
Tips für Schule und Beruf
20.05 Tatort: Zürcher Früchte
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Frankfurter Buchmesse
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Forschungsprojekt Adria
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Maigret kennt kein Erbarmen
22.55 Les cuisines ...
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.15 Die Angst überwinden – Analphabeten bei uns
18.45 Rundschau
19.00 Der große Caruso
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Mario Lanza, Ann Blyth u. a.
Regie: Richard Thorpe
20.45 Die Sprechstunde
Nierensteine – Was tun?
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch – bei MBB
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau

Nachlese mit Schnupfen

Min. – Das war's also wieder mal, auf der Frankfurter Buchmesse. Gemischt die Gesichter, bekannt nur die Gefühle. Wie sollte einem schon werden? Es war wie immer. 300 000 Bücher gafften einen an, kriegten Stielaugen, zupften an einem herum.

Und doch war etwas anders. Die Erotik der Buchdeckel wollte nicht so recht schnappen. Die Bücher hatten einen Nebenbuhler. Sie waren regelrecht graue Mäuschen gegenüber dem Star. Jawohl, die Buchmesse hatte ihren Star. Das war die Architektur. Die neuen Hallen sind der neueste Heuler auf dem Markt, das Pöstestmoderne, was es derzeit gibt. O. M. Ungers hat sie uns hingezaubert, hell, heroisch, herausfordernd. Alles aus Glas, die Gänge aus Glas, die Galerien aus Glas, selbst die Fenster waren aus Glas. Man kriegte ganz glasige Augen.

Also: Man schritt in die Halle 4. Man stieß die Tür auf. Paar Schritte weiter mußte man wieder eine Tür aufstoßen. Überhaupt rempelte man ständig an irgendwelche Türen. Dann kam der glatte Marmorboden. Man schwebte wie auf Eis. Man drehte selig Pirouetten. Davon erschöpft hätte man sich gerne in die Sessel versenkt. Aber die waren besetzt. Obwohl dreimal so viele Sessel hätten aufgestellt werden können.

Na, dann ab auf den Laufgang, zu deutsch Via Mobile, gemeint ist ein fahrbarer Fußboden. „Links laufen, rechts stehen." Trotz Gedränges entschied ich mich für links. Nach ein paar Schritten war klar, da lief gar nichts. Das Ding war kaputt. Und trotzdem gingen alle hier, verschmähten den breiten Fußgängerweg daneben. An der nächsten „Weiche" scherte ich aus und betrat wieder normalen Boden. Aber da war es schon zu spät. Das nächste rollende Teilstück war nicht kaputt. Die Menge glitt grinsend vorbei. An der Rolltreppe fädelte ich mich unauffällig wieder ein. Es ging nach oben. Unter uns fuhr die Eisenbahn. Es ging wieder runter. Es wurde dunkler. Vielleicht war die Beleuchtung kaputt. Es wurde kälter. Die Heizung war nicht an. Dafür gab es ausgiebig den Blick durchs Glas.

Aber dann! Der Augenblick, der alles vergessen macht! Der einen klein macht, der einen groß macht. Die Galerie, raumstrotzend wie eine Bahnhofshalle! Das Tonnengewölbe aus Glas hoch oben. Wir Zwerge am Boden. Brust und Brüste rasseln voller Seufzer. Die Weite des Raumes schlägt aufs Gemüt. Es wird einem klamm. Zugig ist es auch. Geheizt wird nicht.

Wieder daheim, pflegt man die Erinnerung an einen Schnupfen, geholt im vollen Einklang mit dem Pathos der Postmoderne. Einen sog. Post-Katarrh.

Berlin: Verdis „Requiem" unter Riccardo Chailly

Klänge wie Weihrauch

In jedermann stecke ein Stück von einem Katholiken und von einem Protestanten, hat der kluge W. H. Auden einmal im Gespräch dekretiert (Golo Mann zitiert es). Denn: „Die Wahrheit sei katholisch, protestantisch dagegen die Suche nach ihr."

Es war denn auch der musikkritische Protestantismus, der anhaltend Verdis „Requiem" die Glaubenswahrheit bestritt und es als Opernmusik abzuqualifizieren versuchte. Gerade sein Katholizismus aber, seine Gewißheit im Glauben, gibt ihm seine klar gegliederte Sprache, seine musikalisch schöne Beredsamkeit fern aller Dogmen. Verdis „Requiem" singt keinen Takt lang Lehrmeinung ex cathedra herab.

Das seltsame an ihm: es gibt sich musikalisch so diesseitig, wie es jenseitig ist. Die Schwierigkeit ist nur, diese Jenseitigkeit durchschimmern zu lassen durch die Wolken aus melodischem Klang, die bei Verdi wie Weihrauch aufsteigen, ohne indes Geist und Form zu vernebeln.

Freilich – um jene Jenseitigkeit aufzuspüren und aufzuzeigen, muß man wohl schon etwas älter sein, als es der 31jährige, hochbegabte Riccardo Chailly einstweilen ist. In der Berliner Philharmonie führte er mit dem Radio-Symphonie-Orchester, der Frankfurter Kantorei und dem Freiburger Vokalensemble zum Gedenken an Ferenc Fricsay, der am 9. August 70 geworden wäre, Verdis „Requiem" auf und wird diese Aufführung morgen und übermorgen in Frankfurts Alter Oper wiederholen: Beispiel für eine künstlerische Kooperation der fruchtbarsten Art. Wenn die Zusammenarbeit der Opernhäuser in Deutschland, immer wieder beschworen, auch immer wieder scheitert: große Konzertveranstaltungen lassen sich offensichtlich zum Gewinn aller überregional realisieren.

Natürlich hatte sich Chailly für sein erstes „Requiem" ein Solistenquartett verpflichtet, auf dem sich auch ein „Troubadour" hätte bauen lassen. Katia Ricciarelli singt die Sopran-Partie mit leicht ekstatischem Leuchten, einem Aufflug der Seele, von dem man nie ganz genau weiß, ob er den Himmel oder den Belcanto visiert. Aber in Verdis „Requiem" ist beides am Ende doch wohl ein und dasselbe.

Brigitte Faßbaender besitzt den Alt einer echtblütigen Italiendeutschen. Sie harmoniert prachtvoll mit der Ricciarelli und gibt ihren Soli den ergreifenden Klang einer Weltabgewandtheit, die gefaßt dem Tode entgegensingt. Der Tenor der Aufführung ist Veriano Luchetti, eine stabile Stimme inmitten dieser Vergeistigung musikalischer Art, in der sich Leib und Seele noch nicht auseinandergelebt haben. Ferruccio Furlanetto singt die Baßpartie, ein junger Sänger, dem das „Mors stupebit" allerdings noch nicht Schauder durch Kehle und Seele jagt.

Davon sind auch die Frankfurter und Freiburger Chorvereinigungen auf ihre gesunde Art frei. Sie singen anständig vom Blatt, was man ihnen anständig einstudiert hat. Sie öffnen sich noch nicht immer der Musik, die sie singen, sie öffnen einstweilen vor allem den Mund. Die innere Beteiligung des einzelnen am musikalischen Vorgang bleiben die tüchtigen Chorsänger bisher noch schuldig. Dafür legt sich das Radio-Symphonie-Orchester leidenschaftlich ins Zeug und zeigt, wieviel Kunstfertigkeit ihm in nur zwei Jahren unter Chailly bereits zuwuchs. Die Aufführung ist von musikalisch zwingender Einheitlichkeit, klingt großartig und sichert sich einen Vorderplatz unter den Versuchen, dem „Requiem" Verdis schon auf Erden gerecht zu werden.

KLAUS GEITEL

Jochen Ulrichs „Orpheus" im Tanz-Forum Köln

Der Energiespender Tod

Jochen Ulrich, Mitbegründer des seit 1971 bestehenden Tanz-Forums der Oper der Stadt Köln, seit fünf Jahren dessen alleiniger Direktor und Chefchoreograph, hat mit seinen Arbeiten nie den richtigen Durchbruch geschafft. Zwar haben er und seine 22köpfige Compagnie auf zahlreichen Auslandstourneen und bei internationalen Tanzexperten Anerkennung gefunden für das Bemühen um den zeitgenössischen Tanz, doch Kassenknüller waren die Abende des Tanz-Forums in den letzten Jahren nicht mehr, am allerwenigsten in der Heimatstadt Köln.

Vermutlich wird dasselbe Schicksal auch dem neuen Tanzstück „Orpheus" widerfahren, für das Ulrich gemeinsam mit dem Ausstatter und Tänzer Tony Westwood verantwortlich zeichnet. Ulrich, der sich in seinem Metier ebensogut auskennt wie in allen anderen Bereichen Bildender und Darstellender Kunst, stellt an seine Arbeiten stets einen hohen, vielleicht zu hohen intellektuellen Anspruch. Seine Kreationen sind durchweg grüblerisch ausgetüftelte, ja, quälende Auseinandersetzungen und schließen sich hermetisch gegen den Zuschauer ab. So auch „Orpheus", in dem Ulrich laut Programmnotiz „die Kraft eines schöpferischen Individuums mit all seinen Erfolgsmöglichkeiten, Gefährdungen und Selbst-Findungsprozessen in unserer heute wirksamen Realität aufs neue befragen will".

Konkret heißt das beim Tanz-Forum: ein Choreograph alias Orpheus wird auf dem Höhepunkt seines Erfolges von Selbstzweifeln geplagt, verliert seine künstlerische Identität, durchschreitet die Qualen einer Selbstanalyse und findet erst in der Begegnung mit dem Tod neue, veränderte Schaffenslust. Das klingt einleuchtend und einfach, wenn auch nicht besonders originell. Bei Ulrich und Westwood wird das zu einer collageartigen Reihung, quasi zu einer Anthologie der Tanzstile und Symbole aus Literatur und Bildender Kunst, deren Logik nicht erkennbar ist. Ein Rätsel in tanzenden Bildern, das sein Material bei Sauras „Carmen"-Film ebenso findet wie beim Tanztheater der Pina Bausch oder bei Jean Cocteau, ohne sich zu einer choreographisch inhaltlichen Aussage im angestrebten Sinne zu fügen. Mit kräftigen, optischen Reizen wie großformatigen Spiegelrahmen, rotem Mobiliar, zahllosen Kostümen und Tüchern, bis hin zu einer dezenten Sexszene im Peep-Show-Stil, wird das Interesse des Publikums wachgehalten.

Zu einer von Samuelina Tahija und Michael Ranta an Klavier und Schlagzeug ausgeführten Musikcollage tanzen und agieren Timur Ratlas als Orpheus, Philippe Talard als sein anderes Ich und die nach wie vor guttrainierte Compagnie mit unermüdlicher Hingabe. Wenn dieses Tanzstück über die Selbstfindung autobiographische Elemente enthalten sollte, dann ist zu hoffen, daß der Choreograph Ulrich in Zukunft den Mut zu einem unverwechselbaren Personalstil findet.

ALBIN HÄNSEROTH

Erinnerungen an den Wintergarten – Welche Chancen hat das Glas im Zeichen des Energiesparens?

Die Sonne gehört zur Wohnkultur

Der vielseitigste und interessanteste Baustoff, den die moderne Architektur kennt, ist Glas. Es schafft fließende Übergänge zwischen innen und außen, holt die Landschaft in die Wohnung. Glas läßt Gebäude auch nachts leben. Es bringt ganze Baukörper fast zum Schweben, wie z. B. die Neue Nationalgalerie in Berlin von Mies van der Rohe. Man kann sagen, jedes Bauwerk wird durch seine Fensterflächen, durch Glas also, strukturiert. Kurz: Glas gestaltet.



Erhielt den „Zuhause-Energiesparpreis '84": Das von Hartmut und Heide Niederwöhrmeier gebaute Einfamilienhaus, von der Sonnenfront her gesehen FOTO: DIE WELT

Der Einsatz des Baustoffes Glas nach solchen rein ästhetischen Maßgaben nahm vor den Energiekrisen der 70er Jahre kaum Rücksicht auf bauphysikalische Gegebenheiten, d. h. die schlechte Wärmedämmfähigkeit von Glas wurde zugunsten gestalterischer Ziele in Kauf genommen. (Auch dafür ist die Neue Nationalgalerie ein Beispiel.) Nach dem Energieschock hat man deshalb mit staatlichen Wörmeschutzverordnungen – die neueste Fassung ist seit dem 1. 1. 1984 in Kraft – indirekt Glas als Baustoff zurückgedrängt, indem Mindestwerte für die Wärmedämmfähigkeit von Fassadenkonstruktionen vorgeschrieben wurden. Und das bedeutete im Klartext: Glasflächen als wärmetechnische Schwachstellen vermeiden.

Heute ist genau in diesem Punkt ein radikaler Umdenkungsprozeß im Gange. Jüngstes Zeichen: den „Zuhause-Energiesparpreis '84" erhält ein Haus, bei dem Glas gerade unter bauphysikalischen, d. h. wärmetechnischen Gesichtspunkten, architektonisch bestimmend wird. Das Energiesparkonzept dieses Einfamilienhauses ist nicht monofunktional nur auf eine gute Wärmedämmung ausgerichtet, sondern besteht aus einem komplexen System verschiedener Einzelmaßnahmen. Dazu gehören u. a. Wärmepumpe, Kachelofen, thermische Zonierung in der Grundrißorganisation (Hauptwohnraum nach Süden, Schlafraum nach Norden usw.), Innenausbau mit Materialien, die eine hohe Wärmespeicherfähigkeit besitzen (z. B. porige Ziegel).

Sein Gesicht erhält das Haus aber durch die großen Fensterflächen vor der Südseite, wo zusätzlich ein Wintergarten angeordnet wurde. Dieser Glasanbau ist wichtigster Bestandteil des Energiesparkonzeptes: Im Winter sammelt das Glashaus die kostenlose Sonnenwärme ein und gibt sie an die übrigen Hausräume ab. Gleichzeitig fungiert es als klimatische Pufferzone. Im Sommer erhält man bei ausreichender Belüftung und Beschattung durch Pflanzenbewuchs oder Markisen einen zusätzlichen Freiraum mit eigener, reizvoller Atmosphäre.

Das alles wird hochtrabend passive Solararchitektur genannt. Ist aber auch ohne architektonische Schlagwörter mühelos zu verstehen. Und eigentlich sind diese Dinge ja auch gar nicht so neu. Die traditionelle norddeutsche Bäderarchitektur z. B. kennt von alters her den Wintergarten als bestimmendes Element, und für noble Bürgerhäuser des vorigen Jahrhunderts war er ebenfalls ein Muß.

Glasflächen werden also nicht mehr als die großen Energieverschwender angesehen, sondern neben dem Gewinn an Wohnqualität zur Nutzung der passiv einstrahlenden Sonnenenergie verwandt. Dazu haben natürlich auch technische Neuentwicklungen des Baustoffes Glas beigetragen: Heute warten Dreifachverglasungen mit ähnlichen Wärmedämmfähigkeiten auf wie gemauerte Wände. Das Neueste sind Doppelfenster, deren innere Scheibe einseitig, aber sichtneutral metallisch bedampft ist, so daß die Wärmestrahlen zwar ungehindert von außen nach innen dringen können, nicht aber umgekehrt. Heizverluste durch Fensterflächen gehören damit der Vergangenheit an.

Das neue Bewußtsein der Vielseitigkeit des Glases wird auch außerhalb des Bereiches der Einfamilienhaus-Alltagsarchitektur spürbar. So findet man seit kurzem in fast jeder größeren deutschen Metropole neu erbaute Tageslichtpassagen. Weg von der schummerig durch Neon-Reklametafeln beleuchteten Verkaufshöhle, die den Käufer brutal überwältigen will, besinnt man sich der angenehmen Atmosphäre, die die vom Tageslicht beschienenen Verkehrsflächen bieten.

Diese Glaspassagen, ein Bautypus aus dem 19. Jahrhundert, funktionieren im Prinzip nach dem gleichen Muster wie der private Wintergarten. Im Sommer sind es, wenn gut gelüftet, angenehme Freiräume, in denen man vor plötzlichen Witterungseinbrüchen geschützt ist. Im Winter heizen sie sich durch Sonneneinstrahlung, aber auch schon durch diffuses Sonnenlicht immerhin um ein paar Grad auf, so daß sie auch dann zu den angenehmen innerstädtischen Treffpunkten und Kommunikationsorten werden, von denen die anliegenden Geschäftsleute profitieren.

Weniger bekannt dürfte sein, daß sich auch der moderne Bürohausbau von den Gesichtspunkten passiver Sonnenenergienutzung mittels durchsichtiger Glasflächen und Speichermassen neuerdings leiten läßt. Standard war und ist in diesem Bereich ja immer noch die außen verspiegelte Glasfassade, die die eingestrahlte Wärmeenergie wieder nach außen reflektieren soll.

Konsequenz ist eine komplizierte und im Zeitalter der Energiekrise anachronistisch aufwendige Klimaanlage im Innern. Den Weg in die neue Richtung zeigt das Gebäude für Mathematik und EDV-Grundausbildung der Technischen Unversität Berlin (Architekten: Georg Kohlmaier, Barna von Sartory), das vor kurzem fertiggestellt wurde. Das ist ein mit Dreischeibenverglasung rundum umhüllter Bürobau, bei dem die Prinzipien der passiven Solararchitektur durchgängig angewendet wurden. Hier hat man sogar die Schränke gemauert, um möglichst viel Speichervolumen zu erhalten.

Nun, so weit sollte der Häuslebauer vielleicht nicht gehen. Aber er sollte wissen, daß er durch großzügige Glasflächen nicht nur interesssanter gestalten kann. Darüber hinaus nutzt er das kostenlose Energiepotential der Sonne und hilft uns allen, mit den begrenzten Energiereserven länger auszukommen und besser zu leben.

B. WOLTER-SCHÄFERS

Die Frankfurter „Schirn" vor der Fertigstellung – Ein umstrittener Plan des Kulturdezernenten

Nur ein Metzgerladen für die schönen Künste?

Die Stadt Frankfurt steht vor einer schwierigen und folgenschweren Entscheidung. Auf dem Römerberg, zwischen den wiederaufgebauten Fachwerkhäusern und dem Dom, entsteht ein für kulturelle Zwecke bestimmtes Gebäude, das den Namen „Schirn" bekommen hat, in Erinnerung an den vielfach verwinkelten, total weggebombten Altstadtkern, auf dessen Boden der Neubau steht und wo wir Studenten in den Metzgerläden (Schirn) heiße Rippchen kauften und sie nebenan oder dort selbst mit einem oder mehreren Glas Apfelwein verzehrten, statt in den Hörsälen der Universität zu sitzen.

Jetzt also soll es umgekehrt gehen. Schirn (Metzgerladen), das soll jetzt Kultur verbreiten und sie womöglich nicht abmurksen. Das Kulturdezernat legt also, schon vor der Fertigstellung des Gebäudes, einen umfassenden Plan vor, der dieses Schirn-Kulturhaus mit dem Theater am Turm (TAT) unter einer Direktion vereinigen soll, ein Plan, der schon einmal vorlag und wieder zurückgezogen wurde. Der Plan taucht deshalb wieder auf, weil es schließlich um die Verwaltungskosten für ein neues Haus geht (für das im Grunde genommen nach Meinung des Unterzeichneten kein Bedarf besteht). Nun soll darüber entschieden werden.

Wenn die Erinnerung nicht trügt, bestand zur Zeit der Errichtung des scheußlichen historischen Museums die Idee, auf dem großen freien Grundstück zwischen Römer und Dom ein „totales" Kulturzentrum zu errichten, vor allem ein audiovisuelles Instrument zum pädagogisch zu bewirkenden Fortschritt der Frankfurter. Was man damals so unter Fortschritt verstand.

Jetzt soll das neue Haus nur noch für Ausstellungen und „andere kulturelle Initiativen" dienen. Verwaltung und Technik soll es mit dem TAT gemeinsam haben. Frage: Erfordern beide Häuser die gleiche Technik? Zweitens: Was soll denn eigentlich auf dem Römerberg ausgestellt werden? Eigene Ausstellungen und alle möglichen Sonderausstellungen der Frankfurter Museen, hört man, die bisher von den Museen selbst veranstaltet wurden. (Nebenbei gesagt: In der Alten Oper kann man so viele Ausstellungen unterbringen, wie es gar nicht gibt.) Es sollen konkurrierende Überschneidungen der Museumsausstellungen vermieden werden. In Zukunft sollen die Museen ihre diesbezüglichen Wünsche beim Kulturdezernat beantragen; in konkurrierenden Zweifelsfällen entscheidet das Kulturdezernat.

Also eine Zentralisierung der Kultur beim Dezernat? Noch nicht ganz. Das Volkstheater, die halbprivaten Theater, die Städtischen Bühnen, die Alte Oper, der Kunstverein im Steinernen Haus nebenan, der städtische Anteil am Städel sind nicht zur Integration in die neu zu gründende Gesellschaft vorgesehen. Nun ja, die meisten dieser Institute hängen sowieso von der städtischen Kasse ab. Nur hat in Zweifelsfällen, außer bei Neubesetzung des jeweils leitenden Postens, das Dezernat nichts hineinzuentscheiden.

Ferner soll das TAT in Zukunft neben Eigenproduktionen mit Gastregisseuren auch Eigenproduktionen freier Gruppen zulassen, alternative Gruppen einladen und Jugend- und Kindertheater betreiben. Außer dem letztgenannten Auftrag gab es das alles auch schon unter Peter Hahn, wenn auch nicht nach allen Richtungen hin ausgewogen. Auch eine Dramatikerwerkstatt soll am TAT für Uraufführungen junger Dramatiker sorgen, die an etablierten Theatern keine Chance haben. Das gab es ein oder zweimal auch bei Peter Hahn, ohne daß man dafür einen besonderen Spartentitel vorsehen mußte.

Unter dem Direktor der neu zu gründenden Gesellschaft sollen mehrere Stellvertreter für die einzelnen Sparten eingesetzt werden. Außerdem werden als Vorbilder oder mögliche Arbeiter große Namen genannt, Chéreau, Mnouchkine, Strehler, Brook, so als ob das spektakuläre Fiasko mit Faßbinders TAT-Direktorium nicht Warnung genug vor Vollmundigkeit gewesen wäre. Die Kosten für das Gesamt der neuen Gesellschaft können erst festgestellt werden, wenn das neue Haus fertig ist. Aber wegen der langfristigen Planungen muß man jetzt schon die Organisation auf die Beine stellen. Mag sein.

Aber wenn man sich das alles vergegenwärtigt, kann man nur Mitleid empfinden mit dem Magistrat, der, ob er will oder nicht, eine Entscheidung treffen muß. Wäre es nicht am billigsten und last not least am gescheitesten, dem neuen Haus ganz einfach einen Direktor plus Personal zu bewiligen und sämtliche hochtrabenden gesamtkulturellen Pläne in die Schubladen zurückzuschieben?

Bleibt das TAT, das mit der Entlassung Peter Hahns zu einer neuen planerischen Spielwiese geworden ist. Ob sich der Magistrat nicht eines Tages nach dem Hahn zurücksehnen wird, falls dieser Magistrat nach der nächsten Kommunalwahl noch da ist? Aber dieses „Falls" hängt nicht von den Problemen der Kulturmetzgerei (Schirn) ab.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Sabine Sinjen und N. Schwientek in der Berliner Aufführung FOTO: BINDER/THIELE

Ein fast vergessenes Stück: Das Schiller-Theater in Berlin zeigt Henrik Ibsens „Frau vom Meer"

Seifenblasen der Sehnsucht nach der wilden See

Was machte diesen mühsamen Versuch, ein fast vergessenes Stück des großen alten Norwegers neu zu beleben, so zäh, so abstrakt, auf weite Strecken hin so irrig? Diese „Frau vom Meer" ist doch eine Leidensschwester von Ibsens Nora, von Hedda Gabler. Vor einem Jahrhundert kam sie zuerst auf die Bühne. Der Duse diente die nervös-neurotische Heldin zum Gegenstand für viele und lange Triumphreisen. Seither wird dies Stück kaum mehr gespielt. Berlin hat die unselige Frauengestalt seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht mehr auf der Bühne gesehen.

Man notiert lauter Unzulänglichkeiten. Unzulänglich ist sicher schon des alten Ibsen sonderbar sentimentalisch übertünchte Vorlage. Vergangenheit rauscht munkelnd auf. Die zweite, junge Frau eines norwegischen Landdoktors hungert, wie eine aufs Trockene geworfene Seejungfrau, sehnsüchtig an den Gestaden des Meeres. Sie quält sich mit Unerfülltheit. Sie trocknet seelisch aus.

Vergangenheit quält sie. Ein großer Unbekannter hat einst ihr Dasein einmal kurz berührt. Er ist längst, muß sie glauben, vom Meer in die Tiefe gezogen worden. Er taucht wieder auf. Er kann sie, wie sie dumpf hoffte, doch nicht befreien und mitnehmen auf die große, wilde See. Ein Frauendasein wird wieder in eine belanglose Bürgerlichkeit zurückgestoßen.

Vielleicht könnte man dieses ständig symbolbefrachtete Traumspiel heute wirklich zeigen, wenn man es deutlich in die Epoche seiner dramatischen Entstehung zurückspielte. Aber hier (unter der irrigen und sehr unentschlossenen Regie von Thomas Schulte-Michels) wird es im lockeren und freien Gewande von 1984 dargeboten. Die Frau vom Meer ist nicht geschnürt, nicht wie unsere Großmütter streng gewandet, Sabine Sinjen kommt im leichten Pulli barfuß. Sie ist kostümlich schon völlig frei. Sie ist ein Kind unserer Zeit. Und da gehört sie nicht hin. Alle anderen ergehen sich (in diesem Falle ganz falsch) wie liederliche Urlaubsmacher von heute. Jeder Zwang ist schon von ihnen gefallen. Woran reibt sich da, fragt man sich, diese nur noch neurotische Frau vom Meer?

Das Bühnenbild von Susanne Thaler ist klotzig und grundhäßlich. Die arme, junge, aufgestörte Frau lebt in einem scheußlichen Bungalow am Meer, das unsereinen deutlich an Hermann Görings Prachtbauten in der Wuhlheide erinnert. Schwere Pracht. Die Stimmung ist ganz anders befrachtet, als Ibsen sie damals als eng und bedrückend empfand.

Das Spiel ist ständig von ziemlich unerträglichen Regiemühsalen aufgeputscht. Die Darsteller müssen immer neue, möglichst „freie" oder aufdringliche „Spielastik" turnen. Sie krümmen sich auf dem Boden. Sie haschen sich umständlich. Sie werden in immer neue Exzentritäten gezwungen, müssen durch lauter überflüssige Reifen springen. Es passiert dauernd etwas. Aber es geschieht im Sinne Ibsens kaum etwas deutlich.

Die große, eigentlich doch schreckliche Konfrontation dieser Frau am Meer mit ihrem heiklen Jugendtraum verpufft schließlich völlig. Da fliegen nur dumme Seifenblasen (wörtlich) durch die Luft. Heinrich Giskes kann seinem darstellerischen Gegenstand überhaupt keine Gestalt abgewinnen. Er wirkt wie ein lästiger „tunichtguter" Tennislehrer. Nur die beiden Mädchengestalten (Sibylle Canonica und Christiane Leuchtmann) können ihre bezugreichen Kicherrollen einigermaßen füllen. Sonst aber bleibt die Ausgrabung eher ärgerlich und wahrhaft überflüssig.

FRIEDRICH LUFT

JOURNAL

Neues Museum für den Märchenkönig Ludwig II.

AP, Herrenchiemsee

Dem bayerischen „Märchenkönig" Ludwig II. wird ein Museum gewidmet. Das bayerische Finanzministerium teilte in München mit, das „Ludwig-II.-Museum" soll zum 100. Todestag des Königs im Juni 1986 fertiggestellt werden. Es soll in zwölf Räumen im Schloß Herrenchiemsee entstehen und Gedenkstücke und Dokumente des Königs und seiner Zeit zeigen. Der Ausbau des Schlosses kostet rund 25 Millionen Mark.

„Prawda" kritisiert Jewtuschenko-Film

AFP, Moskau

„Naive und kindische Romantik" hat die sowjetische Parteizeitung „Prawda" dem ersten Film des sowjetischen Dichters Jewgeni Jewtuschenko, „Destki Sad" (Kindergarten), vorgeworfen. Zu den kritisierten Szenen, die im Widerspruch zur Sowjetideologie stehen, gehören die positive Schilderung eines Rabbiners, die Darstellung eines weiblichen Aktes und eine Szene, in der das Erscheinungsbild der Sowjetarmee satirisch verfremdet wird. Der weitgehend autobiographische Film war bei der Biennale von Venedig '84 gezeigt worden.

Ligeti: Zukunft der Musik liegt in der Elektronik

dpa, Graz

Die Zukunft der Musik liege in der Elektronik, sagte György Ligeti bei einer Diskussion in Graz. Er würde allen jungen Komponisten raten, sich nicht nur mit der Technik der EDV vertraut zu machen, sondern vor allem mit der ganz anderen Denkweise: „Neuartige Klänge sind uninteressant, aber die Vorstellung von musikalischen Prozessen, die bisher nicht vorstellbar waren, hat eine große Zukunft. Die Datenverarbeitung tötet die Spontanität des Komponisten keineswegs ab." Ligeti sprach im Anschluß an ein Konzert im Rahmen des ausschließlich seinen Werken gewidmeten „Musikprotokolls" des „steirischen herbstes".

Deutscher Dokumentartag: Bessere Fachinformationen

DW. Darmstadt

Heute beginnt in Darmstadt der von der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation e. V. veranstaltete „Deutsche Dokumentartag". Er steht unter dem Motto „Perspektiven der Fachinformation". Allgemein wird erwartet, daß die Mitglieder ein neues, stark verjüngtes Präsidium wählen, um die seit Jahren schwelende Identitätskrise der Gesellschaft zu überwinden. Im Rahmen des Dokumentartages, der bis zum 12. Oktober dauert, führt der Verein Deutscher Dokumentare eine eigene Veranstaltungsreihe durch, die dem Thema der Fortbildung in Information, Dokumentation und Kommunikation gewidmet ist.

Irmgard Seefried 65

Auf ihrer holden Stimme gründeten sich nach dem Krieg die Wiener Staatsoper und die Salzburger Festspiele neu. Die Mozart- und Strauss-Sängerin Irmgard Seefried, die heute 65 Jahre alt wird, wurde sozusagen Stimmführerin beim Wiederaufbau des musikalischen Österreich. Der Sopran der Seefried war immer Kunst- und Naturereignis zugleich. Karajan hatte die blutjunge Sängerin nach Aachen verpflichtet. Doch noch vor dem Ende des Krieges hatte sie sich schon an die Wiener Staatsoper vorgesungen. Richard Strauss wählte sie sich zum „Komponisten" in der Festaufführung der „Ariadne" zu seinem 80. Geburtstag. Das Nachkriegs-Europa, die Met in New York entzückten sich an der Seefried. In ihrem Singen schwang stets Frische mit, eine junge Fraulichkeit, gepaart mit ganz alter Singkultur. gtl.

„Erbarmen, Thanassi, tu's nicht!"

AP, Athen

Der 63jährige Vorsitzende des griechischen Schriftstellerverbandes, Thanassi Nasioutzik, hat jetzt bestritten, daß er seinen 73jährigen Schriftstellerkollegen und Schatzmeister des Verbandes, Thanassi Diamantopoulos, in dessen Athener Wohnung mit einem Hammer umgebracht habe. Zwei Tage nach dieser Bluttat hatte Nasioutzik einen Selbstmordversuch unternommen.

Er habe ein Alibi für den Morgen des 24. September, an dem die Tat begangen worden sei, sagte der Verdächtige in seiner Wohnung im Athener Vorort Psychico. „Ich bin unschuldig. Die Polizei befindet sich im Irrtum. Ich suche nach dem Taxifahrer, der mich an jenem Morgen gefahren hat." In der Zeitung habe er von dem Verdacht gegen ihn gelesen. „Ich konnte den Gedanken nicht ertragen, was noch geschehen könnte, und nahm darum eine Überdosis Schlaftabletten", begründete er seinen Selbstmordversuch.

Der Mordfall wird von der Polizei als eines der brutalsten Verbrechen dieser Art bezeichnet, für das es keine Parallele gebe. Die Leiche des ermordeten Schriftstellers wurde im Badezimmer seiner Wohnung in einer Blutlache gefunden. Die gerichtsärztliche Untersuchung ergab, daß der Schädel durch 94 Schläge mit einem kleinen Hammer zertrümmert worden war. Ein Nachbar berichtete der Polizei, er habe gehört, wie Diamantopoulos den Angreifer angefleht habe: „Hab Erbarmen, Thanassi, tu's nicht."

In diesem Herbst sollte das neueste Buch von Diamantopoulos herauskommen, das den Titel „Sex und Gesellschaft" trägt. Nasioutzik war in dem Mordfall vernommen worden, nachdem die Polizei erfahren hatte, daß er es abgelehnt habe, bei der Beisetzung des Erschlagenen die Grabrede zu halten, und statt dessen zum Landhaus seines Bruders gefahren sei. „Ich halte niemals Reden", sagte der Verdächtigte dazu. „Zum Teil wegen meines Herzleidens. Und zum Haus meines Bruders bin ich gegangen, weil ich befürchtete, daß mich die Polizei wegen meiner Steuerschulden festnehmen würde."

Nasioutzik war vor gut einer Woche tatsächlich unter dem Vorwurf der Steuerhinterziehung festgenommen, am vergangenen Freitag aber wieder aus dem Gefängnis entlassen worden, nachdem er 350 000 Drachmen (rund 8400 Mark) einer 2,9 Millionen Drachmen (knapp 70 000 Mark) betragenden Steuerschuld bezahlt hatte. Den Rest will er in monatlichen Raten abtragen.

Nasioutzik gilt auch im Kreis seiner Kollegen als angesehener Autor von Büchern und Aufsätzen über philosophische und wissenschaftliche Themen; er wird als überzeugter Kommunist und stiller Mann bezeichnet, der zurückgezogen ganz für seine zwei Töchter und seine Arbeit lebe.

Nationales Echo auf einen einzigen Schuß

Jäger tötet Jagdgegner und trifft Frankreichs wunden Punkt

A. GRAF KAGENECK, Paris

Weil er seinen kleinen Privatweg und seinen Garten vor dem mörderischen Appetit der Sonntagsjäger verteidigen wollte, ist ein Südfranzose heute ein toter Mann. Cosimo Lipartiti, ein 48jähriger ehemaliger Fremdenlegionär, verlor sein Leben, als einer der beiden Schützen, denen er den Zugang zu seinem Eigentum verwehren wollte, kurzerhand eine Ladung Schrot auf ihn abfeuerte. Die beiden Jäger sehen ihrer Aburteilung entgegen. Ihre Affekttat aber hat den uralten Streit in Frankreich über den Mißbrauch der Jagd erneut entfacht.

Der tragische Fall im Ort La Valette nahe Toulon beleuchtet die zunehmende Spannung zwischen Gegnern und Anhängern dieses äußerst beliebten „Sports" der Franzosen. In Frankreich gibt es etwa zwei Millionen Jäger. Die Ausübung des Jagdrechts ist zwar seit einigen Jahren eingeschränkt. Jungjäger erhalten einen Jagdschein nur noch nach Ablegung einer Prüfung, doch erreicht diese nicht annähernd den Härtegrad deutscher Jagdscheinexamen.

Zudem üben französische Jäger ihr Jagdrecht in einer Umwelt aus, die seit Jahren von einem dramatisch abnehmenden Wildbestand gekennzeichnet ist. Schon längst gibt es keinen natürlichen Besatz an Hasen, Rebhühnern oder Fasanen mehr. Man setzt daher vor Eröffnung der Jagdsaison entsprechende Wildarten aus, die dann meist mit Haut und Haaren vernichtet werden.

Da, wo nichts mehr übrig bleibt oder das Geld der meist ländlich-armen Jagdgesellschaften nicht ausgereicht hat, um teure Wildarten (oft aus dem Ausland) auszusetzen, macht man sich über das natürlich Vorhandene her, Tauben, Elstern, Eichelhäher und Kleinvögel. Hauptsache, es knallt. Kein Franzose würde sich sein geheiligtes Recht nehmen lassen, am Sonntag mit dem Schießprügel über der Schulter und von seinem Hund begleitet über die meist leeren Felder zu spazieren und Jagdlust zu empfinden. Schließlich hat man sich das vor 200 Jahren in der großen Revolution von den Aristokraten erkämpft.

Aber die Zahl derer, die der Raserei ein Ende setzen wollen, wächst im Lande. Einer von ihnen war Cosimo Lipartiti. Als Fremdenlegionär hatte er in Algerien einst Jagd auf Menschen machen müssen und sich hinterher geschworen, nie mehr ein Gewehr in die Hand zu nehmen. „Hier beginnt die Achtung vor dem Leben und die Liebe zur Natur", schrieb er an den Zaun seines kleinen Eigentums in La Valette. Als er am Samstag nachmittag zwei Jäger gewahrte, die in seinen Privatweg einbogen, wies er sie auf das Gesetz hin, das die Bejagung von privatem Land verbietet. Es kam zum Streit, in dessen Verlauf sich der fatale Schuß löste. Acht Tage vorher war der Hund des Legionärs von einem Schrotschützen im eigenen Garten verletzt woren.

„Das Maß ist voll", ließ die bekannteste Umweltschützerin Frankreichs, Brigitte Bardot, gestern die Öffentlichkeit wissen. „Die sogenannten Jäger kennen keine Grenzen ihrer Leidenschaft mehr. Schon längst töten sie nur noch Tiere, die sie vorher aussetzen. Jetzt sind sie einen Schritt weitergegangen und schießen auf die Menschen, die sich ihnen entgegenstellen."

Strom aus den Vulkanen

Energieversorgung der Äolischen Inseln ist bald autonom

KLAUS RÜHLE, Rom

Die sieben Äolischen Inseln, rund 40 Kilometer von der Nordküste Siziliens entfernt, werden in ihrer Energieversorgung bald autonom sein – durch natürliche Quellen wie Wind, Sonne und Vulkanwärme.

Seit dem 4. Oktober bezieht die Insel Vulcano (434 Bewohner) ihren Strom von der Sonne. Eine 85 mal 50 Meter große Fläche aus Siliciumplatten, die im Winkel von 45 Grad dem Himmel zugewandt sind, fängt die Solarstrahlung auf und speist damit riesige Bleiakkumulatoren. Die tagsüber gesammelte Sonnenenergie dient nachts zur Stromversorgung. Es handelt sich um eine 80-Kilowatt-Anlage, die elektrischen Strom von 220 Volt Spannung liefert. Sie kostete den italienischen Staat umgerechnet rund 60 Millionen Mark.

Die anderen Inseln des Äolischen Archipels verwenden meist Windkraft zur autonomen Stromversorgung. Dies gilt für Lipari und Salina mit ihren 85 698 beziehungsweise 2193 Einwohnern. Der Windgenerator von Salina mit 13 Meter langen Flügeln erzeugt bei einer Windstärke von 38 Stundenkilometern 15 Kilowatt elektrischen Stroms. Auch Alicudi und Filicudi, die beiden kleinsten Inseln des Archipels, werden in Kürze durch die Verwendung von Windkraft energieautonom werden.

Eine weitere Energiequelle, die angezapft werden soll, ist die der Vulkane von Stromboli und Vulcano. Nach Abschluß der Fremdenverkehrssaison werden die Versuchsbohrungen jetzt wiederaufgenommen. Die geothermische Energie soll für die Stromversorgung und zur Gewinnung von Trinkwasser durch mechanische Entsalzung verwendet werden. Die vulkanische Energie muß in 2000 Meter Tiefe gewonnen werden und setzt einen geregelten Fluß der heißen Gasdämpfe voraus.



Ein Bild, das es nicht geben sollte: Eine verwahrloste Giftmülldeponie. FOTO: J. DARCHINGER

Freie Fahrt für gefährliche Fracht?

Experten sind sicher: Nichts ist so gut geregelt wie der Transport von Nukleargütern

ARNO NÖLDECHEN, Frankfurt

Die Wogen um den gesunkenen Atommüll-Frachter „Mont Louis" haben sich gerade geglättet, da macht Greenpeace wieder von sich reden: Angeblich ist es Vertretern der radikalen Naturschutzorganisation gelungen, in den sensiblen Bereich der Wiederaufbereitungsanlage von La Hague einzudringen, womit sie bewiesen haben wollen, daß die Sicherheitsmaßnahmen nicht genügten. Um letzteren Punkt ging es ja vor allem bei der Kritik an den versunkenen Containern vor der belgischen Küste. Fachleute indessen kritisieren zunehmend die dilettantische Berichterstattung, ja Panikmache im Zusammenhang mit diesem Unfall.

Ein Blick in ein naturwissenschaftliches Lexikon hätte genügt, um festzustellen, daß Uranhexafluorid eine relativ unproblematisch zu handhabende Verbindung ist, die bis 56 Grad Celsius fest bleibt und mit Meereswasser keinesfalls explosionsartig reagiert, wie es Greenpeace-Leute glauben machen wollten. Auch habe die Strahlung nicht die ihr nachgesagte Gefährlichkeit. Die Uran-Isotope, sogenannte „Alpha-Strahler", reichen bei sehr langsamem radioaktivem Zerfall nur einige Millimeter weit.

Uranhexafluorid reagiert zwar mit Wasser. Dabei entstehen auch leicht lösliches Uranoxydfluorid und Flußsäure. Beide Reaktionsprodukte hätten sich aber bei einem Leck der Behälter so schnell im Meer verteilt, daß sich jeder Nachweis an Radioaktivität äußerst schwierig gestalten würde. Die Weltmeere selbst enthalten nämlich seit ihrer Entstehung Uran. In der Nordsee lassen sich in einem theoretischen Würfel mit einer Kantenlänge von einem Kilometer drei Tonnen Uran nachweisen. Nicht viel, immerhin aber solche Mengen, daß das rohstoffarme Japan heute schon eine Anlage zur Gewinnung von Uran aus Meerwasser betreibt.

Selbst wenn also bei dem Unfall der „Mont Louis" größere Mengen dieser gasförmigen Verbindung entwichen wären, hätte es nicht die vielerorts apostrophierte Katastrophe gegeben.

Darüber hinaus, so die Fachleute, seien die Transportbehälter von solcher Stabilität, daß mit einem Leck kaum zu rechnen sei. Die Container werden extremen Belastungen ausgesetzt, ehe sie auf Reisen gehen. Bei Tests werden sie aus 200 Meter Höhe fallengelassen beziehungsweise 280 Meter tief versenkt. Sie widerstehen 30 Minuten lang Temperaturen von 800 Grad. Resultat: kaum ein Kratzer, geschweige denn ein Loch.

Diese Tests entsprechen den Bestimmungen der internationalen Atomenergie-Kommission in Wien, zu deren Mitgliedsländern unter anderem Deutschland, Frankreich und die USA gehören. Selbst die UdSSR achtet die Regeln.

In Deutschland testet die Berliner Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) jeden Behältertyp, der radioaktives Material transportieren soll, lückenlos vom Konstruktionstisch bis zum fertigen Produkt. Jede x-beliebige Schraube im Deckel eines bestimmten Containers läßt sich nach Jahren noch identifizieren.

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig erteilt anhand der BAM-Baumusterprüfung für jeden einzelnen Behälter einen Zulassungsschein. Ein hoher Kontrollaufwand, der freilich eines dennoch nicht ausschließt: menschliches Versagen, so Dipl.-Ing. Heinz W. Hübner von der BAM.

Die Transnuklear GmbH in Hanau, die praktisch alle Transporte mit Materialien des Brennelemente-Kreislaufs und mit Kobalt 60 in Deutschland arrangiert und dazu einen eigenen Lkw-Park unterhält, hat denn auch seit 1966 keinen einzigen Unfall mit freigesetztem radioaktivem Material gemeldet, wie Geschäftsführer Ulrich E. Timm vermerkt. Und das bei jährlich etwa 2000 Transporten über durchschnittlich 500 Kilometer.

Die amtliche Statistik meldet an die 400 000 sogenannte Versandstükke oder Sammelsendungen pro Jahr, von denen rund 40 000 als „meldepflichtige" Ereignisse registriert werden: Ein Fall pro 40 000 sorgt dann für Aufmerksamkeit, wird zum „Fall." Aber auch dabei muß kein radioaktives Material frei geworden sein. Schon falsch ausgefüllte Begleitzettel, Verletzungen von Vorschriften oder Versand ohne Genehmigung gelten als ein solcher „Fall". Gesundheitliche Schädigungen wurden bisher jedenfalls noch nicht einmal gemeldet.

Nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Inneren, Carl-Dieter Spranger, ist der Sicherheitsstandard in keiner anderen Branche höher als in der kerntechnischen Industrie.

Unter diesen Umständen ist es beinahe unverständlich, daß die verantwortliche französische Firma Cogema erst 23 Tage nach der Kollision erschöpfende Auskunft gab. So etwas erweckt Mißtrauen – ein Mißtrauen, daß angesichts des enormen Sicherheitsaufwandes eigentlich gar nicht erst aufzukommen brauchte.

1,6 Millionen zum Schutz der Karibu-Herde

AFP, Montreal

Nach dem Massensterben der Karibus in der Tundra Kanadas will die kanadische Regierung gemeinsam mit den Eskimos des Landes eine weitere Umweltkatastrophe verhindern. Unzählige freiwillige Helfer haben mit Unterstützung von zwei Hubschraubern bereits Tausende von Tierkadavern entlang der beiden Flüsse Caniapiscau und Koksoak geborgen. Die Regierung in Quebec hat sich jetzt bereit erklärt, für alle Kosten dieser Aktion in Höhe von umgerechnet 1,6 Millionen Mark aufzukommen. Entlang der beiden Flüsse werden weitere Zäume aufgestellt. Damit sollen die etwa 350 000 nachziehenden Karibus, die zu einer der größten Herden der Welt gehören, daran gehindert werden, die Hochwasser führenden Flüsse an zu gefährlichen Stellen zu überqueren. Die Tiere sind für die Ureinwohner dieser Region 1800 Kilomter nördlich von Montreal eine unersetzliche Nahrungsreserve. Das kanadische Umweltministerium will deshalb auch eine Untersuchung anstellen lassen, damit ein solches Massensterben, wie es jetzt vermutlich durch das zu schnelle Ablassen eines Staudamms eingetreten ist, künftig vermieden werden kann.

Mafia-Krieg geht weiter

AP, Neapel

Die Enthüllungen des Mafia-Bosses Tommaso Buscetta und die seither vorgenommenen Verhaftungen haben den Krieg der Mafia-Familien untereinander nicht eingeschränkt. Angehörige der verfeindeten Clans der Bardellinos und der Nuvolettas setzten am Wochenende ihren mörderischen Kampf um die Vorherrschaft im Verbrechermilieu Neapels fort. Resultat: Fünf Tote.

Insel für Verbannte

dpa, Teheran

300 Rauschgiftabhängige sind gestern in Iran auf eine Insel verbannt worden. Der für Rauschgiftkriminalität zuständige Teheraner Staatsanwalt erklärte, mit dieser Maßnahme werde „der konsequente allseitige Kampf" gegen Rauschgift vorangetrieben. Die Insel im Persischen Golf habe eine Aufnahmekapazität für 15 000 „straffällige Süchtige".

Zyankali-Bonbons

AP, Osaka

Zum zweiten Mal ist ein führender japanischer Süßwarenhersteller Opfer von Erpressern geworden. In sechs Supermärkten in Westjapan wurden Pralinen und Bonbons der Marke Morinaga mit einer tödlichen Dosis Zyankali gefunden. Die Pakkungen wurden vergiftet, um vom Hersteller umgerechnet 1,2 Millionen Mark zu erpressen.

Rätselhaftes Schicksal

dpa, Madrid

Die spanischen Behörden haben am Wochenende die Suche nach dem 243 Bruttoregistertonnen großen Fischereikühlschiff „Montrove" endgültig aufgegeben, das seit dem 19. Juli in den Gewässern vor der mauretanischen Sahara-Küste mit 17 Besatzungsmitgliedern an Bord spurlos verschwunden ist. Das rätselhafte Schicksal beschäftigt seit Wochen die spanische Öffentlichkeit. Nach Spekulationen über den Verbleib des Schiffes ist es, wenn nicht untergegangen oder gekapert, als Waffenschmuggler-Schiff „abgetaucht".

Mutterschaftsurlaub

dpa, Kassel

Eine berufstätige Mutter, die nach dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) bezahlt wird und deren Arbeitgeber den Mutterschaftsurlaub auf den Jahresurlaub anrechnet, muß dies hinnehmen. Dies entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel in einem Grundsatzurteil. Nach der Neufassung des Mutterschaftsgesetzes von 1979 kann der Mutterschaftsurlaub auf den Jahresurlaub angerechnet werden. Das gelte auch für Angestellte, die nach BAT bezahlt werden.

ZU GUTER LETZT

Geklautes Auto, keinen Führerschein, besoffen.

WETTER: Regnerisch, mild

Wetterlage: Das Frontensystem des umfangreichen Tiefs über dem Nordmeer überquert Deutschland von Nordwest nach Südost. Dabei wird überwiegend milde Meeresluft herangeführt.

8. Oktober 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Stationen: 17 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, stil; Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer; Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze; H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete; Luftströmung: warm, kalt; Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion; Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Dienstag:
Im Süden und Südosten zunächst noch aufgeheitert, im Tagesverlauf Bewölkungszunahme und Regen. Im mittleren Bereich der Bundesrepublik und in Berlin überwiegend bewölkt und regnerisch. Im Norden nachmittags auflockernde Bewölkung und trocken. Höchsttemperaturen um 14 bis 17 Grad. Nächtliche Tiefstwerte im Norden bei 8, sonst um 12 Grad.

Weitere Aussichten:
Noch keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	30°
Bonn	14°	Kopenh.	13°
Dresden	13°	Las Palmas	23°
Essen	13°	London	17°
Frankfurt	12°	Madrid	14°
Hamburg	13°	Mailand	17°
List/Sylt	14°	Mallorca	20°
München	12°	Moskau	12°
Stuttgart	10°	Nizza	20°
Algier	16°	Oslo	12°
Amsterdam	12°	Paris	14°
Athen	20°	Prag	11°
Barcelona	18°	Rom	18°
Brüssel	12°	Stockholm	10°
Budapest	15°	Tel Aviv	27°
Bukarest	26°	Tunis	19°
Helsinki	12°	Wien	12°
Istanbul	26°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 6.37 Uhr, Untergang: 17.40 Uhr; **Mondaufgang:** 18.06 Uhr, Untergang: 6.47 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Der Schnitt mit dem Laser-Messer senkt die Kosten

JOCHEN AUMILLER, München

Deutsche Operateure zeigen bislang noch eine ausgeprägte Berührungsangst gegenüber dem „Laserskalpell". Ganz im Gegensatz zu ihren amerikanischen Kollegen, die sich schon seit Jahren mit diesem neuen „Lichtinstrument" angefreundet haben. Nun plädiert einer für den verstärkten Lasereinsatz in der Medizin, von dem man es eigentlich nicht erwartet hätte: Hans Sitzmann, Direktor des Landesverbandes der Ortskrankenkassen in Bayern.

Bisher waren es gerade die Krankenkassen, die dem technischen Fortschritt in der Medizin recht kritisch gegenüberstanden. Jede neue Methode, so die Befürchtung, heize die Kostenexplosion im Gesundheitswesen weiter an. In der Lasermedizin allerdings sieht Sitzmann „ein eklatantes Beispiel" für ein „beträchtliches Einsparungspotential". Daneben ärgert es ihn, daß die Laseranwendung international auf dem Vormarsch sei, nicht jedoch in der Bundesrepublik Deutschland, „obgleich hier die erforderlichen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Vorleistungen erbracht wurden und weiterhin geleistet werden".

Der Kassenfunktionär qualifiziert den Einsatz des Lasers in der Medizin schlichtweg als „kostendämpfend und qualitätsverbessernd". Seine Gründe: Zunächst werde der teure Krankenhaussektor entlastet, weil verschiedene Lasertherapien ambulant durchgeführt werden können. Wenn schon ein stationärer Krankenhausaufenthalt nötig wird, bringe der Lasereinsatz eine Verkürzung der Verweildauer. Schließlich könne, so Sitzmann, bei „langwierigen Erkrankungen ein Heilerfolg schneller herbeigeführt werden".

So erfreulich diese „Laser-Aussichten" auch sind, die Belege für seine Thesen sind noch eher spärlich und betreffen nur einige wenige Teilbereiche innerhalb der operativen Fächer.

So berichtet die Universitäts-Hautklinik München über erste klinische Erfahrungen mit dem sogenannten Neodyn-YAG-Laser bei der Behandlung von Hauttumoren. Neben örtlicher Betäubung ist eine Wasserkühlung der „belichteten" Hautoberfläche erforderlich. Das Verfahren funktioniert offenbar hervorragend. Unmittelbar nach der Bestrahlung verfärben sich die Tumoren weiß. Schon drei Tage später kommt es bei den meisten zu einer Umwandlung des Tumorgewebes in einen trockenen Schorf, der nach drei bis sechs Wochen abfällt. Nur vereinzelt bilden sich Narben, meistens blieb lediglich ein heller Fleck zurück. Vorteile bringt dieses Verfahren allerdings nur, wenn die Tumoren nicht dicker als fünf Millimeter sind. Eine Gefahr des Lasers: Verbrennungsschäden. Deshalb müssen die Laserspezialisten sich genau überlegen, welche Bestrahlungsdosis sie wählen. Die dünne Haut des Handrückens beispielsweise verträgt viel weniger Laserenergie als etwa die Haut des Rükkens.

Vielversprechend ist der Lasereinsatz auch im Magen-Darm-Bereich. Vor allem Patienten mit fortgeschrittenem Magenkrebs, einer der häufigsten Tumorformen, können davon profitieren. Mit dem Laser ist es möglich, die allmähliche „Strangulierung" der Verdauungsstraße durch die bösartige Wucherung zu beseitigen. Damit wird zwar nicht der Krebs geheilt, aber die Lebensqualität der Patienten erheblich verbessert. Diese Methode ist allerdings noch nicht etabliert. Sie wird erst erprobt.

Schon seit längerem bedienen sich Urologen des Lasers. Diffizile Nierenoperationen gelingen mit dem Lichtskalpell häufig besser. Inzwischen greifen Ärzte dieser Fachrichtung auch zum Laser, wenn Patienten mit besonderen Warzen (Condylome) in der Harnröhre behandelt werden müssen. Wie Privatdozent A. Schilling, München, erläutert, sprechen die erzielten Ergebnisse dafür, daß auch „beim extremen Befall der Harnröhre auf die alten, teilweise verstümmelnden Methoden verzichtet und dabei ein akzeptables Ergebnis erzielt werden kann".

Erfahrungen bei mehr als 1000 Patienten liegen bei der Verwendung des Lasers im Rahmen kieferchirurgischer Eingriffe vor. Hier wird nicht die Fähigkeit des Lasers genutzt, Gewebe aufzutrennen, vielmehr läßt er sich bei entsprechender Dosierung auch als Blutstiller gebrauchen. Gerade bei Patienten mit Blutgerinnungsstörungen – etwa bei Blutern – kommt es darauf an, daß einem größeren Blutverlust vorgebeugt wird. K. Ackermann von der Kieferchirurgischen Universitätsklinik München greift bei diesen Patienten bereits routinemäßig zum Laser.